

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Ebenfalls teilte Jan Moldenhauer (MdL ST) am 11. Juni 2022 auf Facebook einen Presseartikel über die Rückführung von illegal nach Großbritannien eingereisten Migrantinnen und Migranten. In seinem Kommentar dazu nahm er insbesondere daran Anstoß, dass es sich um „kulturfremde“ Menschen handle:

*„Großbritannien macht es richtig und schiebt illegale Zuwanderer nach Ruanda ab. Daran sollte sich Deutschland ein Beispiel nehmen. Die kulturfremden jungen Männer müssen zurück nach Afrika geschickt werden, denn dort gehören sie hin.“<sup>1138</sup>*

Die zitierten Aussagen schreiben Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten pauschal ein niedriges Bildungsniveau, gänzlich fehlende Qualifikationen sowie letztlich geringe kognitive Fähigkeiten zu.

Dennis Hohloch (MdL BB, Bundesschriftführer) sprach sich auf einer Veranstaltung am 25. August 2024 in Brandenburg an der Havel (BB) für eine Ungleichbehandlung hinsichtlich der Bildung nicht-deutscher Kinder aus, indem er ihnen bei Fehlverhalten das Recht auf Bildung verwehren will:

*„Kein Schüler, der kein Deutsch kann, wird jemals wieder eine deutsche Klasse mehr von innen sehen, liebe Freunde! Wir werden eine Migrationsobergrenze von 10 Prozent einführen. Und noch wichtiger: Wir werden diesen Schülern, die rauben, die klauen, die deutsche Schüler drangsaliieren, [...] als ‚scheiß Deutsche‘ bezeichnen und den Schulfrieden stören, diesen Schülern werden wir das Recht auf Bildung aberkennen, sie von der Präsenzplicht entbinden [...] und auch diese Schüler werden auf Dauer eine deutsche Schule nicht mehr von innen sehen und es ist nicht unser Problem, wie diese Eltern ihre Kinder beschulen. [...] Damit die Eltern auch mal einen Anreiz haben, ihren Mohammed und ihren Ali ordentlich zu erziehen, werden wir diesen Eltern das Kindergeld und die Sozialhilfe so lange kürzen, bis der nicht in der Lage ist an einer deutschen Schule unterrichtet zu werden [...] und dann wollen wir mal sehen, wie lange wir noch Probleme an unseren Schulen haben, die so aussehen.“<sup>1139</sup>*

Mit dem Ausschluss von Schülern, die kein Deutsch sprechen, vom Schulsystem, macht Hohloch deutlich, dass es ihm gerade nicht darum geht, diese zu integrieren.

<sup>1138</sup> Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 15.06.2022.

<sup>1139</sup> Hohloch, Dennis: Aussagen auf dem AfD Familienfest in Brandenburg (Havel) am 25.08.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com) am 25.08.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 02.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Denn gerade der Schulbesuch stellt einen wesentlichen Faktor für gelungene Integration dar. Sodann suggeriert er, dass strafrechtlich relevantes Verhalten an Schulen vornehmlich von Migrantinnen und Migranten ausgehe und dies in der mangelhaften Erziehung durch ihre Eltern begründet sei, die hierfür sogleich durch die Kürzung von Sozialleistungen – deren Bezug er unterstellt – mit verantwortlich gemacht werden. Damit zeichnet er das pejorative Bild einer durchgehend fehlenden Integrationsfähigkeit und -willigkeit von Migrantinnen und Migranten.

#### ff. Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen

Überdies findet sich in der AfD eine Vielzahl von Äußerungen, die auch nach der Verdachtsfalleinstufung die kollektive Rückführung von Ausländern oder Deutschen mit Migrationsgeschichte fordern. Anders als in dem Unterkapitel Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen (E. I. 1. a.) knüpfen die hier ausgewerteten Aussagen aber nicht primär an einen vermeintlichen Austausch der Bevölkerung an, sondern fordern die Rückführung all jener, die für empfundene Probleme in Deutschland verantwortlich gemacht werden, und bringen insofern eine fremdenfeindliche Haltung zum Ausdruck.

Am 14. August 2023 schrieb der AfD-Bundesverband auf Facebook:

*„Gewaltdelikte steigen um 38 Prozent: Sichere Bahnhöfe gibt es nur mit Abschiebungen!*

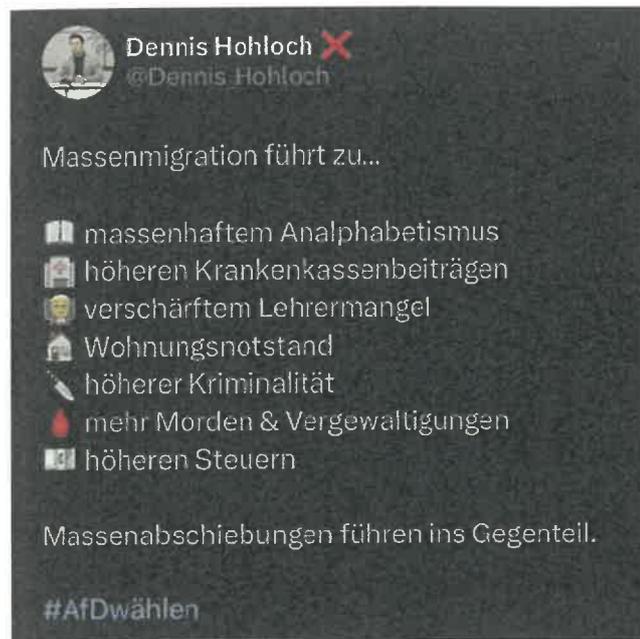
*Mit der Ampel-Regierung werden unsere Bahnhöfe und Züge zu Angsträumen! [...] Die politischen Reaktionen seitens der etablierten Parteien und der Polizeifunktionäre sind vorhersehbar: Es ist eine Mischung aus Verharmlosung, Beschweigen und Ablenkung. Zur Kategorie ‚Ablenkung‘ gehört die Forderung der Deutschen Polizei-Gewerkschaft, 3500 zusätzliche Beamte für den ‚bahnpolizeilichen Bereich‘ bereitzustellen. Das geht völlig am Kern des Problems vorbei: Wir brauchen diese Beamten nicht auf den Bahnhöfen, sondern an den Grenzen und am Abschiebeflughafen – damit das Gewalt- und Messerstecher-Klientel gar nicht erst nach Deutschland kommen und hier verweilen kann. Anstatt unsere Bahnhöfe und Freibäder zu Sicherheitstrakten zu machen, muss das Problem an der Wurzel gepackt werden. Diese Wurzel heißt: Massenmigrations-Ideologie!“<sup>1140</sup>*

<sup>1140</sup> AfD: Facebook-Eintrag vom 14.08.2023, abgerufen am 19.10.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdB BB) befürwortete in einem Facebook-Post vom 25. Mai 2023 anhand folgender Grafik „Massenabschiebungen“<sup>1141</sup>:



In der Gesamtschau sind die Äußerungen des Bundesverbands der AfD und ihres Bundesschriftführers geeignet, Migrantinnen und Migranten als Hauptursache für Unsicherheit, Kriminalität und wirtschaftliche Nachteile darzustellen. Sie suggerieren, das Land werde sicherer und ökonomisch erfolgreicher, wenn Migrantinnen und Migranten massenweise in ihre Herkunftsländer abgeschoben würden, und zielen insofern darauf ab, Ablehnung gegenüber dieser Gruppe hervorzurufen und sie als Menschen zweiter Klasse abzuwerten.

In einem Facebook-Beitrag vom 6. Oktober 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

*„Denn die genauere Aufschlüsselung der Zahlen zeigt, in welchem Ausmaß wir von sogenannten ‚Flüchtlingen‘ verhöhnt und betrogen werden: Mehr als die Hälfte (52,4%) der volljährigen Asylbewerber konnte im ersten Halbjahr 2023 keine Identitätspapiere vorweisen. Bei den Syrern sind es 36 Prozent, bei den Afghanen 64 Prozent und bei den Somaliern sage und schreibe 92 Prozent! Man kann wohl kaum davon ausgehen, dass all die Somalier ihren Pass ‚versehentlich‘ verloren haben. Dabei ist die hohe Zahl der unregistrierten Somalier*

<sup>1141</sup> Hohloch, Dennis: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 18.10.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*sehr beunruhigend, denn immer wieder fallen gerade Somalier mit erschreckenden Gewaltverbrechen auf.“<sup>1142</sup>*

Eine beigefügte Grafik enthält die Aussage „Kein Pass? Gute Heimreise!“<sup>1143</sup>

Hier stellt die AfD alle Ausländer, die keinen Pass vorzuweisen haben, als Personen dar, die das deutsche Migrationssystem verhöhnen oder betrügen, und fordert entsprechend undifferenziert für alle – ungeachtet etwaiger Asylgründe – die Abschiebung.

Der AfD-Bundesverband verwendete in einem Facebook-Beitrag vom 25. September 2023 die Parole „Abschieben schafft Wohnraum“:

*„Statt sinnlosem Wohnungsbaugipfel: Abschieben schafft Wohnraum! [...] Wenn jährlich Hunderttausende oder gar Millionen nach Deutschland einreisen, ohne dass Wohnungen in gleicher Zahl gebaut werden, dann ist eben nicht mehr genug Wohnraum da. Woraufhin aufgrund der steigenden Nachfrage auch die Mieten anziehen. Das Ergebnis: Bis 2025 könnten laut Berechnungen des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft (GdW) bis zu eine Million Wohnungen fehlen.*

*Doch anstatt überhaupt darüber zu sprechen, wie man dieses Problem durch konsequente Abschiebungen und geschützte Grenzen reduzieren kann, veranstalteten die etablierten Parteien einen sinnlosen ‚Wohnungsbaugipfel‘ und beschließen brutale Reglementierungen zu Lasten der Deutschen.“<sup>1144</sup>*

Der Bundesschatzmeister Carsten Hütter (MdL SN) veröffentlichte den Beitrag am selben Tag ebenfalls auf seiner Facebook-Seite.<sup>1145</sup>

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) und Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-



<sup>1142</sup> AfD: Facebook-Eintrag vom 06.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.

<sup>1143</sup> Ebd.

<sup>1144</sup> AfD: Facebook-Eintrag vom 25.09.2023, abgerufen am 19.10.2023.

<sup>1145</sup> Hütter, Carsten: Facebook-Eintrag vom 25.09.2023, abgerufen am 17.10.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Bundestagsfraktion, NW) griffen ebenfalls den Slogan „Abschieben schafft Wohnraum“<sup>1146</sup> bzw. „Remigration schafft Wohnraum“<sup>1147</sup> auf.

Auch Reimond Hoffmann, Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, verwendete den Slogan im August 2022 auf Facebook:

„Wir haben Platz‘ schreien sie. ‚Wohnraum ist zu teuer‘ schreien sie auch. Wir haben die Lösung: Abschieben schafft Wohnraum!“<sup>1148</sup>

Marc Bernhard (MdB, BW)<sup>1149</sup>, Stephan Brandner (MdB, TH und stellvertretender Bundessprecher)<sup>1150</sup> und Sebastian Münzenmaier (MdB, RP)<sup>1151</sup> teilten ebenfalls auf ihren Social-Media-Kanälen ein Bild mit der Losung „Abschieben schafft Wohnraum!“

Anhaltspunkte für gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bietet diese Parole nicht wegen der inhaltlich zutreffenden Prämisse, dass der Zuzug unterzubringender Geflüchteter Wohnraum beansprucht, der insbesondere in urbanen Regionen knapp ist, sondern wegen der zur „Lösung“ vorgeschlagenen Mittel: Die Parole „Abschieben schafft Wohnraum“ kann so verstanden werden, dass diese bei sachnaher Auslegung die Forderung impliziert, Abschiebungen nicht als Konsequenz einer rechtsstaatlichen Entscheidung im Einzelfall, sondern massenhaft zu einem dem Ausländerrecht fremden Zweck – nämlich zur Gewinnung von Wohnraum für die autochthone Bevölkerung und damit auf Grundlage sachfremder Erwägungen – durchzuführen und ist überdies geeignet, massive Ablehnung gegenüber Personen mit Migrationsgeschichte hervorzurufen, da sie als gewichtige wenn nicht gar ausschließliche Ursache für Missstände am Wohnungsmarkt empfunden werden sollen.

Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) verband die oben genannte Parole „Abschiebung schafft Wohnraum“ mit einer pauschalen Abwertung von Migrantinnen und Migranten in ihrer Rede auf der Kundgebung „Der Kanal ist voll – Aufnahmestopp jetzt!“ am 5. September 2023 in Zossen (BB):

<sup>1146</sup> Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 05.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.  
<sup>1147</sup> Heiferich, Matthias: Instagram-Story vom 28.02.2024, abgerufen am 29.02.2024.  
<sup>1148</sup> Hoffmann, Reimond: Facebook-Eintrag vom 02.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.  
<sup>1149</sup> Bernhard, Marc: Telegram-Beitrag vom 23.03.2023, abgerufen am 13.04.2023.  
<sup>1150</sup> Brandner, Stephan: Telegram-Beitrag vom 01.08.2024, abgerufen am 16.09.2024.  
<sup>1151</sup> Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 04.05.2024, abgerufen am 06.05.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Abschiebung schafft bezahlbaren Wohnraum und sie schafft vor allem wieder rechtsstaatliche Zustände in Deutschland! Und sie schafft vor allem auch Sicherheit, denn die Fachkräfte des Todes haben in Deutschland einfach nichts zu suchen und das muss man so deutlich auch aussprechen. [...] Deswegen, liebe Freunde wird es Zeit für einen AfD-Innenminister, es wird Zeit für ein Abschiebeministerium in Brandenburg und guten Flug nach Hause! [...] Migrantenrevolte arabischer Zuwanderer aus dem Maghreb, unintegriert, die unsere westlichen Werte ablehnen, die auch unseren Staat und unseren Rechtsstaat ablehnen. Das, was gerade in Frankreich passiert ist, ist nur eine Frage der Zeit, wann und wo damit in Deutschland zu rechnen ist, wo wir und wann wir das in Deutschland erleben werden, wenn dieser Politik nicht endlich schnell Einhalt geboten wird. Denn die Explosion zugewanderter Kriminalität, die haben wir auf jeden Fall an Silvester erlebt in Berlin. [...] Ich danke euch, dass ihr hier seid, dass ihr uns gemeinsam als letztes Bollwerk für Deutschland gegen diese Migration, gegen diese Massenmigration unterstützt.“<sup>1152</sup>*

Nicole Hess (Beisitzerin im AfD-Landesvorstand Hessen und mittlerweile MdB, HE), trat im Februar 2024 als AfD-Kandidatin zur Bürgermeisterwahl in Fliesen (HE) an. In einem Interview erklärte sie zu den Inhalten ihrer Agenda unter anderem das Vorhaben, pauschal Mietverträge für Unterkünfte von Geflüchteten kündigen zu wollen, um so einer vermeintlichen „Überfremdung“ entgegenwirken zu wollen:

*„Stärkung des Heimatgefühls in der Gemeinde. Die Überfremdung stoppen. Das bedeutet auch, die Mietverträge der Sammelunterkunft zu überprüfen und falls möglich, unter Beachtung aller gesetzlichen Fristen, zu kündigen.“<sup>1153</sup>*

In einem Tweet vom 28. März 2023 antwortete Jean-Pascal Hohm (Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Cottbus und seit Oktober 2024 MdL BB) auf einen Tweet des Bundeskanzlers zu Diskussionsinhalten aus dem Koalitionsausschuss:

*„Ok. Macht ihr jetzt endlich auch mal etwas gegen die Überfremdung unserer Heimat?“<sup>1154</sup>*

<sup>1152</sup> Bessin, Birgit: Livestream zur Rede auf der Kundgebung „Der Kanal ist voll – Aufnahmestopp jetzt“; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, Kanal: „Birgit Bessin“, abgerufen am 17.10.2023.

<sup>1153</sup> Osthessen-News: „Bürgermeisterwahl am Sonntag - Der Kandidaten-Check (2): Nicole Hess (AfD)“ vom 20.02.2024, in: <https://m.osthessen-news.de>, abgerufen am 20.02.2024.

<sup>1154</sup> Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 28.03.2023, abgerufen am 12.04.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der AfD-Kreisverband Bodensee (BW) verbreitete auf Telegram am 18. September 2024 einen Videobeitrag des Accounts Wilhelm Kachel unter der Überschrift: *„Keine Lust deine Heimat zu verlieren? Dann wähl mit beiden Stimmen blau!“*

In dem mit künstlicher Intelligenz erstellten Video wird eine vermeintlich stattfindende Überfremdung dargestellt. So wird unter anderem eine große Zahl muslimischer Männer auf Gebetsteppichen gezeigt, die auf dem Platz einer offenkundig deutschen Innenstadt gemeinschaftlich beten. Die dargestellten Szenen sind mit folgendem Textbeitrag unterlegt:

*„Du liebst deine Heimat. Du liebst Deutschland. Hier bist du zu Hause. Aber Deutschland hat sich verändert. Es ist fremder geworden. An manchen Orten fühlt es sich gar nicht mehr nach zu Hause an. Dort, wo kein Deutsch mehr gesprochen wird und fremde Kulturen längst dominieren. Doch diese Entwicklung ist keinesfalls alternativlos. Die Lösung heißt Remigration. [...] Hilf auch du, das möglich zu machen, was alle für unmöglich halten. Hilf auch du, Deutschland zu retten.“<sup>1155</sup>*

<sup>1155</sup> AfD Bodensee: Telegram-Beitrag vom 18.09.2024, abgerufen am 21.10.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Damit kritisiert der Kreisverband gerade nicht etwa nur Probleme bei der Integration, sondern bringt zum Ausdruck, dass er sich bereits durch die bloße Anwesenheit von Menschen aus „fremden Kulturen“ gestört fühlt und diese ausweisen möchte, um dadurch nicht weniger als die Rettung Deutschlands zu erzielen.

Robert Teske, der ausweislich des Internetauftritts der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag zum damaligen Zeitpunkt als Büroleiter<sup>1156</sup> des Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke (MdL TH) fungierte und mittlerweile selbst als Abgeordneter dem Bundestag angehört, teilte in einem Tweet vom 17. September 2023 einen Comic, in welchem Ausländer schwer verunglimpft werden:

<sup>1156</sup> AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: „Mitarbeiter“ vom 28.12.2023, in: <https://afd-thl.de>, abgerufen am 28.12.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Doch noch immer gibt es illegale Einwanderer und kriminelle Ausländer sowie abgelehnte Asylbewerber in Neustadt...



1157

In der Darstellung werden die genannten Personengruppen pauschal als Straftäter diffamiert und als „Kanaken“ abgewertet. Zugleich wird mit dem „Abschiebeexpress“ die daran geknüpfte Rechtsfolge deutlich, die beinhaltet, diese Personen kollektiv ohne Einzelfallprüfung abzuschicken. Eine Szene („nach Syrien fährt ein Sonderzug“) ist zudem dazu geeignet, Assoziationen zu Deportationen durch die Nationalsozialisten zu wecken. Die in einem anderen Panel dargestellten Menschen im letzten Waggon des zuvor benannten „Sonderzugs“ werden zudem stereotypisiert und objektifiziert.

1157 Teske, Robert: Tweet vom 17.09.2023, abgerufen am 20.09.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Im gleichen Stil dieser Benjamin Blümchen-Parodie verbreitete der AfD-Kreisverband Böblingen (BW) am 23. September 2023 auf TikTok einen fremdenfeindlichen Videobeitrag. Hierin wird der Elefant „Grenzjamin“ von Zootieren zur Hilfe gerufen, weil diese von einem „*illegale[n] Migrant[en]*“, dargestellt als rassistische Karikatur, angegriffen würden: „*Hilf uns Grenzjamin. Der illegale Migrant hat unsere Freunde angegriffen.*“ Das Video endet mit der Abschiebung des „*gewalttätige[n] Migrant[en]*“ durch den Elefanten „Grenzjamin“.<sup>1158</sup>

Das damalige Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST) unterstellte in einem Facebook-Beitrag vom 2. November 2022 der Bundesregierung die gezielte Ersetzung des deutschen Volkes durch Migranten und forderte die Entwicklung hin zu einem „Abschiebeland“:

*„Pulverfass Migration - voll ist voll. In riesengroßen Schritten treibt unsere Regierung die Selbstzerstörung Deutschlands immer weiter voran. Habeck katapultiert uns zurück in die Steinzeit, Lauterbach nimmt uns die Grundrechte und Frau Faeser ersetzt unser deutsches Volk. Die Aufnahmeeinrichtungen sind voll, deutsche Städte ächzen unter dem massiven illegalen Ansturm, vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, und Frau Faeser reibt sich die Hände und schaut einfach weg. [...] Was Deutschland jetzt braucht, ist ein sofortiger Paradigmenwechsel – es muss endlich zu einem Abschiebeland werden.“<sup>1159</sup>*

Der damalige Bundestagsabgeordnete und Leiter der bundesweit tätigen innerparteilichen Gruppierung Russlanddeutsche in der AfD, Eugen Schmidt (NW), entgegnete in einer Instagram-Story vom Juni 2022 auf das Eintreten der Antidiskriminierungsbeauftragten Ferda Ataman für Deutschland als „modernes Einwanderungsland“:

*„Ich sage: Deutschland zu einem modernen Rückführungsland machen!“<sup>1160</sup>*

Am 3. Juni 2022 fand in Bayern unter dem Motto „West trifft Ost“ ein „Bayerisch-Brandenburgischer AfD-Infoabend“ statt, auf dem Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt

<sup>1158</sup> AfD Kreisverband Böblingen: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 23.09.2023, Kanal: „afd\_kv\_boeblingen“, abgerufen am 15.03.2024.

<sup>1159</sup> Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 02.11.2022, abgerufen am 04.11.2022.

<sup>1160</sup> Schmidt, Eugen: Instagram-Story vom 10.07.2022, abgerufen am 11.07.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

AfD-Landesvorsitzende und MdL, mittlerweile MdB, BB) in ihrer Rede eine „Abschiebeoffensive“ forderte.<sup>1161</sup>

Marvin Weber äußerte im Juli 2022 auf Telegram:

*„Wir brauchen dringend eine Abschiebekultur! Wir sind nicht das Sozialamt der Welt. Wir sind nicht der historische Müllhaufen für alle Verbrechen dieser Welt.“<sup>1162</sup>*

Diese Äußerung spricht explizit von „Müllhaufen für Verbrechen dieser Welt“, bedeutet aber in der Konsequenz, dass die Menschen, die nach Deutschland migrieren, in den Augen Webers „Müll“ sind. Er beschreibt sie hier in abschätziger Weise und spricht ihnen ihre Menschenwürde ab.

Die zitierten Aussagen und Verlautbarungen, die auf Begrifflichkeiten wie „Abschiebeparty“, „Abschiebekultur“, „Abschiebeoffensive“ oder Transformation Deutschlands zu einem „modernem Rückführungsland“ rekurren, sind im Gesamtkontext so zu verstehen, dass sie groß angelegte Rückführungen tendenziell unabhängig von der individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit, sondern orientiert am Herkunftsland anstreben. Die Forderungen beschränken sich nämlich nicht etwa auf die beschleunigte Bearbeitung von Asylanträgen und die zeitnahe Rückführung nach einem ablehnenden Bescheid, sondern fußen auf einer vermeintlich grundsätzlichen Inkompatibilität bestimmter Bevölkerungsgruppen und der damit einhergehenden Überfremdung, die es rückgängig zu machen gelte.

In Fortführung dieser Logik fordern viele in der AfD eine sogenannte Remigration. Dieser Begriff wurde insbesondere von der rechtsextremistischen Identitären Bewegung geprägt und vielfach in rechtsextremistischen Kreisen rezipiert. In diesem Kontext meint er eine systematische Rückführung von Menschen mit Migrationsgeschichte. „Remigration“ gilt innerhalb der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten als Antwort auf den vermeintlichen Bevölkerungsaustausch.<sup>1163</sup> Dies bietet Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die Menschenwürde, da letztlich die Ausweisung derjenigen Bevölkerungsteile aus Deutschland und Europa gefordert wird, die

<sup>1161</sup> Bessin, Birgit: „Bayerisch-brandenburgischer Info-Abend der AfD am 3.6. in München. ‚West trifft Ost‘“ vom 06.06.2022; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com), Kanal: „AfD Kreisverband Bad Tölz“, abgerufen am 07.06.2022.

<sup>1162</sup> Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.07.2022, abgerufen am 26.07.2022.

<sup>1163</sup> OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 23.06.2021, OVG 1 N 96/20, juris, Rn. 10; VGH München, Beschl. v. 28.02.2020, 10 CE 19.2517, juris, Rn. 17; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 402.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

den ethnokulturellen Kriterien der neurechten Szene nicht entsprechen.<sup>1164</sup> Durch diese Forderung, die primär für völkische Denkmuster spricht (vgl. dazu Kapitel E. I. 1. a.), kommt auch eine migranten- bzw. fremdenfeindliche Grundhaltung<sup>1165</sup> zum Vorschein.

In einem Facebook-Beitrag vom 13. Oktober 2023 schrieb der AfD-Bundesverband:

*„Wir brauchen keine eingeflogenen Migranten, sondern Abschiebungen und konsequente Remigration!“<sup>1166</sup>*

Am 18. Dezember 2023 ging der AfD-Bundesverband auf Facebook folgendermaßen auf die Forderung nach „Remigration“ ein:

*„Die #AfD wünscht einen schönen Tag der #Remigration!*

*Wie heißt es so schön? Man soll die Feste feiern, wie sie fallen. Deshalb feiert die AfD heute mit Ihnen den ‚Tag der Remigration‘ – als Gegenentwurf zum sogenannten ‚Internationalen Tag der #Migranten‘ der Vereinten Nationen. Remigration und konsequente Abschiebungen waren schließlich noch nie so notwendig wie heute: Rund 300.000 ausreisepflichtige Ausländer halten sich rechtswidrig in Deutschland auf, Millionen von Migranten und Pseudoflüchtlingen werden mit ‚#Bürgergeld‘ durchgefüttert oder gar in Luxus-Hotels einquartiert.*

*Zum Feiern gibt es infolgedessen für die einheimische Bevölkerung immer weniger: Die Messer-Kriminalität explodiert, Weihnachtsmärkte werden zum Gefahrenbereich, Freibäder verwandeln sich in arabische Besatzungszonen. Die als ‚radikal‘ gebrandmarkte Lösung entspricht dabei lediglich dem gesunden Menschenverstand: Geltendes Asyl- und Ausländerrecht muss eingehalten und durchgesetzt werden. Wer für seinen eigenen Lebensunterhalt aufkommt, sich anpasst und unsere Gesetze und Gebräuche respektiert, kann bleiben. Wer dazu nicht bereit oder in der Lage ist, dem weisen wir die Tür. #DeshalbAfD“<sup>1167</sup>*

Anlässlich der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen veröffentlichten die dortigen Landesverbände der Jungen Alternative im Juli 2024 eine gemeinsame Jugendwahlkampagne unter dem Motto „Können wir Deutschland noch

<sup>1164</sup> Vgl. Kapitel E. II. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum, S. 698 ff.

<sup>1165</sup> Vgl. auch VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18, juris, Rn. 134.

<sup>1166</sup> AfD: Facebook-Eintrag vom 13.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.

<sup>1167</sup> AfD: Facebook-Eintrag vom 18.12.2023, abgerufen am 19.12.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

retten? JA!“<sup>1168</sup> Die Kampagne besteht insbesondere aus kurzen Instagram-Stories<sup>1169</sup>, JA-Wahlvideos<sup>1170</sup>, einem Webgame<sup>1171</sup> und einem Musikvideo<sup>1172</sup>. Hierbei werden (vermeintliche) Kernpunkte der Wahlprogramme der AfD-Landesverbände sehr plakativ, vereinfachend und zielgruppengerecht im JA-eigenen Design dargestellt. Die Gesamtverantwortung liegt ausweislich des Impressums bei der JA Brandenburg.<sup>1173</sup> Begleitet wird die Kampagne mit dem Verkauf von Merchandise-Artikeln im JA-nahen Webshop „Patria-Laden“<sup>1174</sup>, der vom IB-nahen Unternehmen „Kohorte UG“ betrieben wird.

Ein Element der Kampagne sind in Instagram-Stories hochgeladene 10 bis 15 Sekunden lange Videoclips.<sup>1175</sup> In den Clips werden Alltagssituationen bzw. -themen junger Menschen gezeigt, z. B. im Fitnessstudio, bei der Arbeit, in der gemeinsamen Freizeit beim Mopedfahren. Am Ende wird jeweils ein Wahlslogan genannt und eingeblendet (u. a. „*Mit Remigration beginnen?*“, „*Millionenfach abschieben?*“) und mit dem Ausruf „JA!“ abgeschlossen. Am Ende eines Gesamtvideos aller Clips wird die Verknüpfung zum AfD-Wahlkampf gezogen durch die Frage „*Zur Landtagswahl mit beiden Stimmen AfD wählen? JA!*“

Das im Rahmen der Kampagne veröffentlichte Computerspiel unter dem Titel „DeutschlandRETTET24“ kann gratis im Internetbrowser gespielt werden.<sup>1176</sup> Spielmechanisch handelt es sich dabei um ein simples Puzzlespiel: Der Spieler muss durch Verschieben jeweils drei gleichartige Symbole auf dem Spielfeld in eine Reihe bringen. Diese werden dadurch vom Spielfeld entfernt und bringen dem Spieler Punkte ein. Gestalterisch verbindet das Spiel Inhalte der Kampagne mit teils rechtsextremistischen Motiven aus der Internet-Meme-Kultur. Relevant ist dabei insbesondere die Verwendung des sogenannten Fukken-Memes, das ein Portraitbild eines nicht-weißen Mannes zeigt. Das Bild war als polizeiliches Phantombild eines einer

<sup>1168</sup> Deutschlandretten: „Deutschland retten!“ in: [www.deutschlandretten.info](http://www.deutschlandretten.info), ohne Datum, abgerufen am 30.08.2024.

<sup>1169</sup> Deutschlandretter24: Instagram-Stories vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.

<sup>1170</sup> „Wir sagen JA! Aber wozu eigentlich?“ vom 29.07.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com), Kanal: „Junge Alternative Sachsen“, abgerufen am 29.08.2024.

<sup>1171</sup> Deutschlandretter24: Spiel „Deutschland retten?“, in: [www.deutschlandretter24.fun](http://www.deutschlandretter24.fun) vom 02.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.

<sup>1172</sup> Deutschlandretter24: Musik-Video; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.

<sup>1173</sup> Deutschlandretter24: „Impressum“, in: [www.deutschlandretter24.fun](http://www.deutschlandretter24.fun), abgerufen am 02.09.2024.

<sup>1174</sup> Patria: „Junge Alternative“ vom 30.08.2024, in: [www.patria-laden.com](http://www.patria-laden.com), abgerufen am 30.08.2024.

<sup>1175</sup> Deutschlandretter24: Instagram-Stories vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.

<sup>1176</sup> Deutschlandretter24: Spiel „Deutschland retten?“, in: [www.deutschlandretter24.fun](http://www.deutschlandretter24.fun) vom 02.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.



## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

JA Thüringen bewarb das Spiel in einer Instagram-Story mit dem Kommentar „*Migrant Crush Saga*“.<sup>1179</sup> Damit wird in zweideutiger Weise zum einen Bezug auf das populäre Spiel „Candy Crush Saga“ genommen, dem das Spiel der JA nachempfunden ist. Wörtlich übersetzt wird damit jedoch zum anderen auch die Deutung „*Migranten zerstören / zerdrücken / zermalmen*“ nahegelegt.

Das dritte wesentliche Element der Kampagne ist ein KI-generiertes Musikvideo mit dem Titel „*Wir schieben sie alle ab!*“<sup>1180</sup> In dem Video wird zu Partymusik eine „*Ab-schiebeparty*“ ausgelassen tanzender Menschen, die das Stereotyp ethnisch deutsch aussehender Personen verkörpern, bei bildlicher Darstellung einer „*Abschiebungs-Airline*“ gezeigt, mit der nicht-weiße Menschen abgeschoben werden. Zwischendurch wird eine Versammlung unzähliger Menschen vor dem Brandenburger Tor in Berlin gezeigt, bei der viele blaue Fahnen und Bundesflaggen geschwenkt werden. Das Video wurde von verschiedenen Plattformen gesperrt bzw. depubliziert, jedoch von verschiedensten Kanälen weiter neu veröffentlicht und geteilt und hat bislang Aufrufzahlen im hohen fünfstelligen Bereich.



Der Liedtext lautet auszugsweise wie folgt:

<sup>1179</sup> JA Thüringen: Instagram-Story vom 01.08.2024, abgerufen am 02.08.2024.

<sup>1180</sup> Deutschlandretter24: Musik-Video; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 25.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Ich hab dieses Gefühl, das wird hier heut nen riesen Ding, das ist die Abschiebeparty, ja das sagt mir mein Instinkt. Heut fliegen alle nach Haus, es hat sich hier keiner benommen, wir sind voll am Feuer, sie werden nie wiederkommen. [...] Das ist JA-Musik, bei uns da brennt jeder Club, es wird gefeiert wie noch nie, schmeiß die Hände in die Luft! Hey, jetzt geht's ab, wir schieben sie alle ab, sie alle! Hey, jetzt geht's ab, wir schieben sie alle ab, sie alle! [...] Die ganze Nacht Party, jetzt fliegt der Talahon nach Haus. Wir haben den Aperol mitgebracht, der Spritzkrieg findet kein Ende. Wir rasten richtig aus, wir schlagen voll über die Stränge. L'amour toujours wird aufgedreht, die Menge, die flippt aus, wir nehmen uns in den Arm und schreien ‚döp dödö döp!‘ [...] Festung Europa, macht die Grenzen dicht, Festung Europa, macht die Grenzen dicht! Wer es gut mit Deutschland meint, fordert Remigration, millionenfache Remigration.“<sup>1181</sup>*

Außerdem wird ein Originalton Martin Sellners eingespielt, der sagt:

*„unser Feind ist ein System, das uns den Bevölkerungsaustausch, die Islamisierung aufzwingt“.<sup>1182</sup>*

Ideologischer Schwerpunkt der „Deutschlandretter“-Kampagne ist die Agitation gegen Migrantinnen und Migranten und die Forderung nach „millionenfacher Remigration“. Alle anderen Inhalte der Kampagne werden im Vergleich dazu nachrangig thematisiert. Insbesondere Text und grafische Gestaltung des Musikvideos verdeutlichen, dass die geforderte „Remigration“ keine Abschiebungen in einem rechtsstaatlichen Rahmen zur Folge haben sollen, sondern als Ausdruck eines ethnisch-nationalistischen Staatsvolksverständnisses zu deuten sind: Menschen, die in diesem Verständnis nicht als deutsch gelten, müssten demnach massenhaft aus Deutschland abgeschoben bzw. vertrieben werden, um eine weitgehend ethnisch-homogene Volkszusammensetzung zu erreichen.

Der Bundesvorstand der AfD distanzierte sich weder von den Inhalten der Kampagne noch von dem KI-generierten Lied „Wir schieben sie alle ab!“ Stattdessen wurde durch die JA Brandenburg im August 2024 ein Instagram-Reel veröffentlicht, welches

<sup>1181</sup> Ebd.  
<sup>1182</sup> Ebd.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

den damaligen JA-Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck – seit 2024 zugleich Beisitzer im AfD-Bundesvorstand – zeigt, wie er auf das Lied tanzte und dabei ein Schild mit der Aufschrift „*Talahons raus*“ hochhielt.<sup>1183</sup>

Auf der Wahlparty der AfD Brandenburg am 22. September 2024 anlässlich der Landtagswahl Brandenburg 2024 spielten Anwesende das Lied „*Wir schieben sie alle ab!*“ aus der JA-Wahlkampagne. Mehrere anwesende JA-Mitglieder, unter anderem Anna Leisten (zum damaligen Zeitpunkt JA-Landesvorsitzende BB und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) sangen dazu. Steven Hellmuth (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im Landesvorstand JA ST) hielt ein Schild mit der Aufschrift „*MILLIONENFACH ABSCHIEBEN!*“ hoch.<sup>1184</sup> Die AfD-Bundesprecher Alice Weidel und Tino Chrupalla sowie u. a. Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) und Mary Khan-Hohloch (MdEP, BB) waren auf der Wahlparty anwesend. Peter Boehringer (MdB, BY und stellvertretender AfD-Bundesvorsitzender), Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und damaliger Vorsitzender der JA), und die AfD-Europaabgeordnete Christine Anderson (HE) befanden sich in unmittelbarer Nähe zu den singenden Teilnehmenden.

Auf der Pressekonferenz der beiden AfD-Bundesvorsitzenden, des AfD-Landesvorsitzenden Brandenburg und des Spitzenkandidaten der AfD in Brandenburg am 23. September 2024 äußerte sich René Springer (MdB, BB) folgendermaßen zu dem Sachverhalt:

*„Also, dieser Abschiebesong, der gestern gespielt wurde, war Teil der Kampagne der JA Brandenburg, und das ist ja nicht unüblich in Parteien, dass die Jugend Grenzen austestet und dazu gehört das sicherlich auch. Was ich aber nie verstehen werde, ist, wie man sich über einen Song aufregen kann, während man die Forderung der Jusos, die vor einiger Zeit erhoben wurde, bis zum neunten Monat abzutreiben, einfach so dahin plätschert. Also, da verstehe ich auch die Prioritätensetzung der Journalisten nicht. Dagegen ist so ein Song harmlos und die JA hat eine großartige Arbeit im Wahlkampf geleistet und dann sei es ihr vergönnt, dass am Wahlkampfabend eben mal der Song gespielt wird.“<sup>1185</sup>*

<sup>1183</sup> JA Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 31.08.2024, abgerufen am 02.09.2024.

<sup>1184</sup> Journalistische Tweets vom 22.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.

<sup>1185</sup> Springer, René: Aussagen in einer Pressekonferenz zu den Wahlergebnissen in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 23.09.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 23.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Tino Chrupalla ergänzte Springer in dem Interview wie folgt:

*„Ich meine, Herr Springer hat es ja richtigerweise gesagt. Wir reden hier über die Jugend, auch die hat einen sehr tollen Wahlkampf hier in Brandenburg mit geleistet, auch im Übrigen in den anderen Landtagswahlkämpfen, und auch sie hat ein Recht ausgelassen zu feiern. Ja, und ich meine, es wurde ja erst schon gesagt, sie haben ein Lied gesungen, was in keinster Weise in irgendeiner Art verboten ist oder auf einem irgendeinem Index steht. [...] Es ist die Jugend, die auch beteiligt war, die auch gestern bei der Wahlfeier mit dabei war und ich sehe da aktuell zumindest nichts Anstößiges.“<sup>1186</sup>*

In einem weiteren Interview bei Phoenix sagte Chrupalla am 23. September 2024:

*„Ja, wir haben ja nicht gesagt, dass wir alle abschieben wollen. [...] Bitte, eine Überspitzung eines Textes, den auch noch so zu bezeichnen, dass wir damit meinen, alle abzuschicken. Wir wollen die abschieben, die in diesem Land nichts zu suchen haben. Das haben wir ja immer wieder deutlich gemacht und das sind diejenigen, die nicht bleibeberechtigt sind, die ja auch keinen Asylgrund mehr haben, und da reden wir ja auch von 250.000 mindestens. Also das ist der Grund, warum wir sagen, dass die sofort abgeschoben gehören.“<sup>1187</sup>*

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk auf das Lied angesprochen, äußerte René Springer (MdB, BB) am 23. September 2024:

*„Zunächst muss man feststellen, dass jetzt auch hier in unserem Gespräch wieder über Dinge gesprochen wird, von denen ich annehme, dass sie die allermeisten Bürger überhaupt nicht interessieren. [...] wir haben ja nun auch in den Wahlen gezeigt, dass, wo übrigens dieser Abschiebesong Teil auch der Kampagne unserer Jugendorganisation war, dass wir damit einen deutlichen Wählerzuwachs erzielen konnten. Und wenn ich so mit den Menschen spreche, am Rande von Wahlveranstaltungen, am Rande von Bürgerdialogen, dann ist es genau, was die Leute wollen. Sie wollen Ordnung haben. Sie wollen, dass das Migrationschaos beendet wird. Und sie wollen, dass abgeschoben wird. [...] Wir reden hier von der Jugendorganisation der AfD. Diese Jugendkultur hat eben*

<sup>1186</sup> Chrupalla, Tino: Aussagen in einer Pressekonferenz zu den Wahlergebnissen in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 23.09.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 23.09.2024.

<sup>1187</sup> Chrupalla, Tino: Aussagen in einem Interview zur Landtagswahl in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 23.09.2024, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 23.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*eigene Mittel und Wege, um Wähler anzusprechen. Und wenn wir sehen, dass heute ein so großer Teil der Jungwähler sich für die AfD entscheidet, hat das ja offenbar auch gut funktioniert.*<sup>1188</sup>

Die Äußerungen Chrupallas und Springers stellen keine Distanzierung zu dem Sachverhalt dar. Chrupallas Aussagen, die Jugend habe ein Recht, ausgelassen zu feiern und er sehe aktuell nichts Anstößiges und dass er dabei sogar den Einsatz der JA im Wahlkampf hervorhebt, lassen hingegen erkennen, dass er das Verhalten der JA ohne Konsequenzen duldet und gutheißt. Den Liedtext, es sollten „alle“ abgeschoben werden, hält er für eine Überspitzung, trotz des bei der Wahlparty gezeigten Schildes „MILLIONENFACH ABSCHIEBEN!“ und des im Gesamtzusammenhang des Lieds insoweit eindeutigen weiteren Textes. Hierauf geht er nicht ein, stattdessen behauptet er, es sollten „nur“ 250.000 Menschen mindestens abgeschoben werden. Zum Stichtag 30. Juni 2024 waren in Deutschland insgesamt 226.882 Personen ausreisepflichtig, davon waren 44.155 Personen ohne Duldung.<sup>1189</sup> Die Forderung nach „mindestens 250.000“ oder gar „millionenfach[en]“ Abschiebungen, wie sie in der Kampagne der JA gefordert werden, geht also weit über den Kreis der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen hinaus und weist darauf hin, dass der Aufenthaltsstatus nicht als Grundlage für die Forderung nach Abschiebungen herangezogen wird.

Chrupalla und Springer äußern sich neutral bis positiv über das Lied, dessen Wirkung und das Singen auf der Wahlparty. Die bei der Pressekonferenz neben Chrupalla sitzende Co-Vorsitzende Alice Weidel nahm zu der Angelegenheit nicht Stellung. Es kann daher angenommen werden, dass die AfD-Bundesvorsitzenden und der Landesvorsitzende Brandenburgs fremdenfeindliches Verhalten der JA und der AfD akzeptieren. Angesichts des eindeutig rechtsextremistischen Inhalts wäre jedoch eine ausdrücklich distanzierende Positionierung erforderlich, um einer Zurechnung zum Bundesverband entgegenzutreten. Die Äußerungen belegen demgegenüber vielmehr die zustimmende Haltung der bedeutendsten Führungspersonen der AfD.

Der Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) veröffentlichte am 23. September 2024 einen Tweet mit einem Screenshot eines WELT-Artikels („AfD-Anhänger grölen Song auf Wahlparty – ‚Wir schieben sie alle ab‘“) und schrieb dazu:

<sup>1188</sup> Springer, René: Aussagen in einem Interview zur Landtagswahl in Brandenburg vom 23.09.2024; veröffentlicht in: [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de), abgerufen am 23.09.2024.  
<sup>1189</sup> Bundestagsdrucksache 20/12626 vom 22.08.2024, S. 23.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Wir leben halt unsere Überzeugungen! #abschieben“<sup>1190</sup>*

Dominik Kaufner (MdL BB) sendete von dem Beitrag einen Retweet.

Im Oktober 2024 wurde medial bekannt, dass der AfD-Landesverband Brandenburg mittlerweile hinsichtlich des KI-generierten Lieds eine strafbewehrte Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung abgegeben hat. Der AfD-Landessprecher René Springer (MdB, BB) informierte demnach die Mitglieder in einem Schreiben darüber, dass die Partei zur Vermeidung von Vertragsstrafen verpflichtet sei,

*„es zu unterlassen, den Text des streitgegenständlichen ‚Abschiebeliedes‘, Teile oder Abwandlungen mit der Komposition ‚Das geht ab‘ zu verbinden, zu vervielfältigen, öffentlich wiederzugeben, öffentlich aufzuführen oder mit Filmwerken zu verbinden“.<sup>1191</sup>*

Diese parteiinterne Anordnung, das Lied nicht weiter zu nutzen, beruhte damit nicht auf einer inhaltlichen Distanzierung, sondern ausschließlich auf dem Ziel, eine zivilrechtliche monetäre Inanspruchnahme zu vermeiden.

Am 9. April 2024 veröffentlichte Bernhard Zimniok (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, BY) auf X (ehemals Twitter) einen Beitrag, in dem er ebenfalls forderte, „millionenfach ab[zu]schieben“ und sich für die Abschaffung des „Individualrechts auf Asyl“ aussprach:

*„Nachdem aus der #Kriminalstatistik erneut die massive Migrantenkriminalität hervorgeht, kommen wieder die üblichen Forderungen, vor allem nach mehr Polizei und Überwachung. Ergo soll das bewusste (!) Versagen der Altparteien in der Migrationspolitik den weiteren Ausbau des Überwachungsstaats rechtfertigen. Das muss jeder Demokrat ablehnen. Es ist doch offensichtlich, was das Problem ist: die Massenmigration von Kulturfremden. Die Folgen sind ebenso offensichtlich: Grenzen endlich dicht machen und millionenfach abschieben. Wir brauchen eine drastische Reform der Migrationspolitik, die u. a. ein Ende des Individualrechts auf Asyl beinhaltet. Nur so wird man diesem Problem Herr. Das ist lange bekannt, die Altparteien verweigern diese Lösungen aber trotzdem. Daher: #AfD wählen - oder untergehen.“<sup>1192</sup>*

<sup>1190</sup> Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 23.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.

<sup>1191</sup> ZDF: „AfD darf ‚Abschiebe-Lied‘ nicht mehr spielen“ vom 08.10.2024., in: www.zdf.de, abgerufen am 06.11.2024.

<sup>1192</sup> Zimniok, Bernhard: Tweet vom 09.04.2024, abgerufen am 26.06.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Bereits am 5. September 2023 teilte die Junge Alternative Sachsen auf Facebook einen Screenshot eines naturwissenschaftlichen Artikels anlässlich der negativen biologischen Auswirkungen invasiver Arten für die heimische Flora und Fauna. Diesen kommentierte sie mit der pauschalen Forderung: „Aha. #Remigration“<sup>1193</sup> und bezieht die zitierten Äußerungen des Weltbiodiversitätsrats damit offenkundig in migrationsfeindlicher Weise auf Migrantinnen und Migranten.

In einem Facebook-Beitrag vom 24. Oktober 2023 forderte Alice Weidel (Co-Bundesvorsitzende und MdB, BW) die Remigration:

*„Deutschland braucht eine Remigrationspolitik aus einem Guss und nicht nur einzelne Absichtserklärungen, die absehbar folgenlos bleiben werden.“<sup>1194</sup>*

Dirk Spaniel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW)<sup>1195</sup> veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal eine Grafik mit der Aufschrift „Es kann nur eine Lösung geben: REMIGRATION“.<sup>1196</sup>

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel erklärte im Oktober 2023 auf der Onlineplattform X:

*„Syrier, Afghanen, Iraker sind massiv überrepräsentiert bei Messertätern, die durch die Bundespolizei erfasst werden. Hierfür gibt es eine einzige Lösung: die #Remigration.“<sup>1197</sup>*

Gunnar Beck (zu dem Zeitpunkt MdEP, NW) sprach sich in einem Tweet ebenfalls für „Remigration“ aus. Diese sei der „*einzigste Weg, unser Land noch zu retten*“.<sup>1198</sup>

Auch das Mitglied der AfD-Bundesprogrammkommission Harald Laatsch (MdB) äußerte sich in einem Tweet zum Thema „Remigration“ und sagte:

*„Bei uns ist #Remigration schon lange Programm, was soll da neu sein?“<sup>1199</sup>*

Miguel Klauß (MdB BW) forderte im August 2022 die „Remigration“ von Flüchtlingen aus finanziellen Gründen:

<sup>1193</sup> Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 05.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.  
<sup>1194</sup> Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 24.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.  
<sup>1195</sup> Dirk Spaniel ist im Oktober 2024 aus der AfD ausgetreten.  
<sup>1196</sup> Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 08.06.2023, abgerufen am 12.06.2023.  
<sup>1197</sup> Weyel, Harald: Tweet vom 10.10.2023, abgerufen am 18.10.2023.  
<sup>1198</sup> Beck, Gunnar: Tweet vom 17.08.2022, abgerufen am 17.08.2022.  
<sup>1199</sup> Laatsch, Harald: Tweet vom 29.12.2023, abgerufen am 18.01.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Nach all den Milliarden Kosten für die arbeitende Bevölkerung muss man sich die Frage stellen, ob wir es uns noch leisten können, Milliarden € für Flüchtlinge im Hartz4 System auszugeben. #Remigration jetzt!“<sup>1200</sup>*

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 10. November 2023 auf Instagram ein Foto, auf welchem er gemeinsam mit Peter Bohndorf (zum damaligen Zeitpunkt Kreissprecher der AfD Dortmund und stellvertretender Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Dortmund, seit 2025 MdB, NW), Heiner Garbe (zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Kreissprecher AfD Dortmund und Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Dortmund) und Bernd Hempfling (stellvertretender Kreissprecher AfD Dortmund) ein Stoffbanner mit folgendem Textaufdruck trägt:

*„Remigration jetzt!“<sup>1201</sup>*

Die gleiche Forderung stellte Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) in einem Facebook-Beitrag vom 8. November 2023:

*„Grenzen dicht – Remigration jetzt!!“<sup>1202</sup>*

Ähnlich apodiktisch äußerte sich Tomasz Froelich (damals stellvertretender JA-Bundesvorsitzender und seit Juni 2024 MdEP, HH) in einem Tweet vom 26. Dezember 2023 das Vorhaben der Ausweisung deutscher Staatsbürger im Rahmen einer „Remigration“, indem er auf die Schlagzeile eines BILD-Artikels („Bei AfD-Kanzler will jeder siebte Deutsche auswandern“) schrieb:

*„Will?‘ Muss!“*

*#Remigration“<sup>1203</sup>*

Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete René Bochmann forderte in einem Facebook-Eintrag eine „Remigrationsoffensive“:

*„Unser Parteivorsitzender Tino Chrupalla verlangt zurecht dass das Asylrecht zur Disposition gestellt werden muss, wenn es nicht im deutschen Interesse funktioniert. Eine Remigrationsoffensive ist unseres Erachtens darüber hinaus nötig!“<sup>1204</sup>*

<sup>1200</sup> Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 01.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

<sup>1201</sup> Helferich, Matthias: Instagram-Eintrag vom 10.11.2023, abgerufen am 13.11.2023.

<sup>1202</sup> Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 08.11.2023, abgerufen am 10.11.2023.

<sup>1203</sup> Froelich, Tomasz: Tweet vom 26.12.2023, abgerufen am 17.01.2023.

<sup>1204</sup> Bochmann, René: Facebook-Eintrag vom 01.06.2023, abgerufen am 06.06.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Martin Böhm (MdL BY und stellvertretender Fraktionsvorsitzender) äußerte am 5. März 2024 auf Facebook anlässlich eines Artikels, der über mehrfach positiv beschiedene Asylverfahren berichtete:

*„Um das weitere Ausbluten unseres Heimatlandes und die konzertierte Zerstörung der Zukunft unserer Kinder zu verhindern, gibt es nur einen Weg: REMIGRATION.“<sup>1205</sup>*

Eugen Schmidt (zu diesem Zeitpunkt MdB, NW) kommentierte in einem Facebook-Post die Forderungen des – wegen rassistischer Äußerungen rechtskräftig verurteilten – damaligen französischen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour und bediente sich dabei fremdenfeindlicher und völkischer Begrifflichkeiten:

*„Gute Idee aus #Frankreich: Der französische Präsidentschaftskandidat Eric #Zemmour hat die Bildung eines Ministeriums für Remigration vorgeschlagen, welches jährlich rund 100.000 ‚unerwünschter Ausländer‘ abschieben soll. #Zemmour sagte, dass er die französische Identität durch den ungebremsten Bevölkerungsaustausch bedroht sieht und diesen deshalb sofort stoppen will. Ich übe scharfe Kritik an Zemmour. Frankreich sollte nicht 100.000, sondern 150.000 illegale Migranten pro Jahr abschieben! [...] Auch hierzulande leben Hunderttausende Migranten, die nicht zu unserer Kultur passen und den Sozialstaat massiv belasten. Die deutsche Identität ist durch die Masseneinwanderung massiv bedroht. [...] Wir wünschen unseren Freunden in Frankreich bei den anstehenden Wahlen viel Erfolg und hoffen, dass auch bei uns mehr Menschen beginnen, die alles zerstörende Migrationspolitik zu hinterfragen.“<sup>1206</sup>*

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) bot sich im Oktober 2022 als „Remigrationsbeauftragter“ an und schrieb hierzu:

*„+++ Helferich wird Remigrationsbeauftragter +++ [...] Es scheint, als habe die Union vergessen, wer 2015/2016 die Grenzen offen ließ und Deutschland der Massenmigration schutzlos auslieferte.“<sup>1207</sup>*

<sup>1205</sup> Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.03.2024, abgerufen am 25.06.2024.

<sup>1206</sup> Schmidt, Eugen: Facebook-Eintrag vom 25.03.2022, abgerufen am 06.04.2022.

<sup>1207</sup> Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 13.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die dargelegten Forderungen, fiktiv in der Schaffung des Amtes eines „Remigrationsbeauftragten“ gipfelnd, legen nahe, dass eine systematische Rückführung ganzer Bevölkerungsgruppen beabsichtigt ist. Die Ausführungen sind also kaum als bloße Befürwortung einer konsequenten Abschiebung illegal in Deutschland aufhältiger Personen zu verstehen.

Auch die Junge Alternative Sachsen skizziert in einem Facebook-Beitrag unter Verweis auf einen eingestellten Artikel über den Anstieg illegaler Migration ein Bedrohungsszenario durch Überfremdung, in welchem sie abschließend durch Hashtags die Forderung nach Remigration und einer Festung Europa untermauert:

*„Der Massenansturm steigt und steigt. Niemand stellt sich dieser Invasion entgegen. Das deutsche Sozialsystem wird rücksichtslos ausgeplündert. Nur die #AfD kann diesen Wahnsinn beenden, Deutschland beschützen und unseren Wohlstand, unsere Heimat und unsere Sicherheit verteidigen. Nur die AfD steht für #UnserVolkZuerst. Nur die AfD ist für eine #FestungEuropa, für #Remigration und eine #Abschiebeoffensive. Deshalb #nurnochAfD #Jetzt AfD #NieWiederAltparteien #Wende20“<sup>1208</sup>*

Die AfD Brandenburg veröffentlichte ein Positionspapier zur Asyl- und Flüchtlingspolitik, in dem sie u. a. ebenfalls die Einrichtung eines „Rückführungsministerium[s]/Ministerium[s] für Remigration“<sup>1209</sup> vorsieht.

Der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Christoph Maier veröffentlichte am 18. August 2022 einen Facebook-Eintrag, in dem er eine „Remigrationsoffensive“ forderte:

*„Die AfD fordert eine Remigrationsoffensive. 77 Tatverdächtige eines Gewaltdelikts in Memmingen konnte die Polizei im Jahr 2021 ermitteln. Darunter befinden sich 35 nichtdeutsche Tatverdächtige. Damit sind Ausländer fast für die Hälfte aller Gewaltdelikte in der Stadt verantwortlich! Personen, die einen deutschen Pass besitzen, aber einen Migrationshintergrund haben, werden in den Statistiken der deutschen Bevölkerung zugerechnet.“<sup>1210</sup>*

<sup>1208</sup> Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 09.09.2023, abgerufen am 13.09.2023.

<sup>1209</sup> Landesvorstand der AfD Brandenburg: Positionspapier „Festung Brandenburg. Aufnahmestopp ist Heimatschutz“ vom 05.05.2023.

<sup>1210</sup> Maier, Christoph: Facebook-Eintrag vom 18.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

In ähnlicher Weise argumentierte auch Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) im Juni 2022 auf Instagram für die „Remigration“ von Ausländern wegen deren „überproportional[er]“ Beteiligung an „Straftaten mit Schusswaffen“:

*„Ausländer an Straftaten mit Schusswaffen überproportional beteiligt +++  
[...] Laut Mitteilung des Innenministeriums sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Berichtsjahr 2021 nahezu 8.000 Schusswaffenstraftaten erfasst. Fast jede dritte Tat, bei der mit einer Schusswaffe gedroht worden ist, ist von einem Ausländer begangen worden. Und das obwohl der Ausländeranteil in Deutschland lediglich bei 13 Prozent liegt. Fremde sind damit bei Straftaten mit Schusswaffen, wie auch in vielen weiteren Deliktfeldern, überproportional tatverdächtig. Unsere Antwort darauf? Remigration!“<sup>1211</sup>*

Im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 4. August 2023 äußerte Julian Flak (stellvertretender Vorsitzender des Bundeskonvents, stellvertretender Vorsitzender AfD SH) in seiner Rede:

*„Liebe Freunde, es ist völlig egal, ob man das Ganze jetzt Abschiebeoffensive nennt, Negativeinwanderung oder schlicht Remigration und damit ein natürlich ganz aufgeregtes Rechtsruck-Tourette beim obersten Regierungsschützer Haldenwang auslöst und bei irgendwelchen GEZ-Experten. Wichtig ist nur, wer in Deutschland nichts zu suchen hat, der soll Deutschland verlassen.“<sup>1212</sup>*

Auch hier ist die Aussage so zu verstehen, dass die Forderung sich nicht nur auf Personen ohne Fluchtgrund beschränkt, sondern weit darüber hinaus auf eine pauschale Rückführung von Zugewanderten zielt. Begriffe wie „Abschiebeoffensive“, „Negativeinwanderung“ oder „Remigration“, zumal in einer solchen Addition, lassen darauf schließen, dass es zuvorderst – ohne individuelle Prüfung – um bloße Reduktion des migrantischen Bevölkerungsanteils in Deutschland geht.

Anna Leisten, zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand, schlug in einem Tweet eine von der JA geplante „Remigrationstour“ durch Deutschland vor:

<sup>1211</sup> Helferich, Matthias: Instagram-Post vom 22.06.2022, abgerufen am 22.06.2022.

<sup>1212</sup> Flak, Julian: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.08.2023. [Videosequenz ab 08:13:24]

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Soll die @JA\_Deutschland auch eine Remigrationstour durch die Bundesrepublik planen? Remigrationsbus mit z.B. @Hannes\_Gnauck und @TomaszFroelich am Steuer... Was meint ihr? Vielleicht noch diesen Sommer? Schreibt es in die Kommentare.“<sup>1213</sup>*

Der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (MdB, BB) sowie der seinerzeitige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende und AfD-Listenkandidat für die Europawahl 2024 Tomasz Froelich (mittlerweile MdEP, HH) verbreiteten diesen Tweet weiter bzw. antworteten wohlwollend auf die Idee.

Gnauck unterstützte auch selbst in eigenen Beiträgen das Konzept einer pauschalen Remigration. So schrieb er am 23. September 2023 auf X:

*„Ich bin strikt gegen eine Obergrenze beim Thema #Migration. Jeder Fremde mehr in diesem Land ist einer zu viel. Wir brauchen eine stringente #Remigration von denen, die hier sind.“<sup>1214</sup>*

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) veröffentlichte zudem einen fremdenfeindlichen Tweet, in dem er eine Aktion von Rechtsextremisten wohlwollend kommentierte. Im März 2023 wurde in der Düsseldorfer Ellerstraße ein zusätzliches Straßenschild auf Arabisch angebracht. Rechtsextremistische Aktivisten überklebten das arabische und deutsche Straßenschild mit „Karl-Martell-Straße“. Krah veröffentlichte ein Bild des Schildes und äußerte sich wie folgt:

*„Die einzig richtige Aktion gegen das erste arabischsprachige Straßenschild Deutschlands, die Ellerstraße in Düsseldorf. mehr Karl Martell wagen!“<sup>1215</sup>*

<sup>1213</sup> Leisten, Anna: Tweet vom 08.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.

<sup>1214</sup> Gnauck, Hannes: Tweet vom 23.09.2023, abgerufen am 25.09.2023.

<sup>1215</sup> Krah, Maximilian: Tweet vom 27.03.2023, abgerufen am 30.03.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Der fränkische Heerführer Martell (um 690 bis 741) wird vielfach von Rechtsextremisten als „Retter des Abendlandes“ gefeiert und beispielsweise im rassistischen „Manifest“ des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik idealisiert. Unter Martells Kommando wurden 732 in der Schlacht von Tours und Poitiers die von der iberischen Halbinsel vorgestoßenen „Mauren“ geschlagen. Im 18./19. Jahrhundert wurde dieser Sieg zu einer „Rettung Europas“ stilisiert. Im Zusammenhang mit der Darstellung, die einen Ritter zeigt, der mit einer Lanze drei Menschen vor sich herreibt, ist die Aussage „*einzig richtige Aktion*“ so zu verstehen, dass die gewaltsame Vertreibung arabischstämmiger Personen befürwortet wird.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf Facebook am 10. Juli 2023 ein Foto neuer Sticker des Landesverbands mit der Aufschrift „*Remigration ist unsere Mission*“.<sup>1216</sup>

Die Junge Alternative Ostküste (Regionalverband der JA Schleswig-Holstein) schrieb am 30. August 2024 im Zusammenhang mit der Abschiebung von 28 Straftätern nach Afghanistan auf X u. a.:

„*In diesem Moment übertreten Heerscharen an weiteren Straftätern die Grenze*“.<sup>1217</sup>

Der Landesverband der JA Schleswig-Holstein kommentierte dazu:

<sup>1216</sup> Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 10.07.2023, abgerufen am 12.07.2023.  
<sup>1217</sup> Junge Alternative Ostküste: Tweet vom 30.08.2024, abgerufen am 25.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*#Remigration bis die Startbahnen glühen!*<sup>1218</sup>

Flüchtlinge und Migranten werden durch die Bezeichnung „Heerscharen an Straftätern“ in fremdenfeindlicher Weise diffamiert und verächtlich gemacht. Die Forderung nach „Remigration bis die Startbahnen glühen“ deutet in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine pauschale, nicht an rechtsstaatlichen Kriterien orientierte Abschiebepaxis gefordert wird.

Nachdem im Januar 2024 das Medium CORRECTIV eine Recherche veröffentlicht hatte, wonach es ein vertrauliches Vernetzungstreffen stattfand, bei dem u. a. AfD-Mitglieder mit Martin Sellner dessen „Masterplan“ zur Remigration diskutierten, äußerte René Springer (MdB, BB) als Reaktion:

*„Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach.*

*Das ist kein #Geheimplan. Das ist ein Versprechen.*

*Für mehr Sicherheit. Für mehr Gerechtigkeit. Für den Erhalt unserer Identität.*

*Für Deutschland.*<sup>1219</sup>

Im Juli<sup>1220</sup> und August 2024<sup>1221</sup> erneuerte Springer die Forderung nach „millionenfache[r] Remigration“:

*„Remigration oder Bürgerkrieg auf Raten. Das sind die einzigen zwei Optionen, für England wie für uns. Deshalb: Mut zu Deutschland, Mut zur millionenfachen Remigration!“*<sup>1222</sup>

Ebenfalls bezogen auf die Berichterstattung über das Treffen in Potsdam veröffentlichte Miguel Klauß (MdL BW) folgenden Beitrag auf X:

*„Wieso Geheimplan gegen Deutschland? Es ist ein Plan für Deutschland. Miofach Abschiebungen von illegalen Migranten ist richtig und wichtig. Wir haben auch passend dazu den legendären @Abschiebekalender. Nur noch #AfD“*<sup>1223</sup>

Dem Tweet angehängt war ein Foto der Titelseite des genannten „Abschiebekalenders“, welcher von der AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg publiziert wurde. Unter dem Titel „Die 12 schönsten Abschiebeflieger“ zeigt dieser monatlich

<sup>1218</sup> Junge Alternative Schleswig-Holstein: Tweet vom 30.08.2024, abgerufen am 25.09.2024.

<sup>1219</sup> Springer, René: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.

<sup>1220</sup> Springer, René: Tweet vom 31.07.2024, abgerufen am 01.08.2024.

<sup>1221</sup> Springer, René: Tweet vom 03.08.2024, abgerufen am 05.08.2024.

<sup>1222</sup> Ebd.

<sup>1223</sup> Klauß, Miguel: Tweet vom 10.01.2024, abgerufen am 11.01.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

wechselnde Bildbeiträge von Flugzeugen mit unterschiedlichen Abschiebeforderungen. Insbesondere die Titel der Monate Januar („Abflug statt Sozialbetrug!“), März („Deutschland zuerst heißt Remigration“), November („Euer Urlaub ist vorbei. Wir bringen euch nach Hause“) und Dezember („Abschieben bedeutet Sicherheit für die eigene Bevölkerung“) richten sich explizit an Migrantinnen und Migranten.

Einen ähnlichen Tweet mit einem Bildbeitrag der AfD Thüringen verbreitete der AfD-Bundesverband am 25. August 2024 anlässlich des Landtagswahlkampfes in den östlichen Bundesländern. Der Bildbeitrag zeigt ein Flugzeug mit der Aufschrift „Abschiebe-Hansa“; als Pilot fungiert Björn Höcke (MdB TH). Die Grafik enthält einen Textaufdruck mit den Worten „Der Osten machts! Sonne. Sommer Remigration“<sup>1224</sup>:



Das Bild kommentierte der AfD-Bundesverband mit folgender Äußerung:

<sup>1224</sup> AfD: Tweet vom 25.08.2024, abgerufen am 06.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Auf in den Endspurt: In einer Woche wird in #Sachsen & #Thüringen“ ein neuer Landtag gewählt! Wer genug hat von staatlich verordneter #Vielfalt, Islamisten & #Solingen: #JetztAfD“<sup>1225</sup>*

Die belustigende Darstellung von Abschiebeszenarien lässt erkennen, dass die AfD Thüringen einzelfallbezogene Prüfvorgänge unter Beachtung der Menschenwürde von Ausreisepflichtigen nicht anstrebt. Abschiebung wird vielmehr als ein banaler Vorgang dargestellt, der mit uneingeschränkt positiven Begriffen wie Sommer und Sonne assoziiert und letztlich mit der „Remigration“ als Ziel verknüpft wird.

Die JA Dresden (SN) forderte am 18. September 2021 in einem Facebook-Beitrag über die Ablehnung aller Asylanträge wohl auch die Abschiebung von weiteren Personen mit Migrationsgeschichte – so suggeriert es die Forderung nach einer „Asyl-obergrenze von MINUS 200.000“:

*„Nein zu weiterer Massenmigration aus inkompatiblen, kulturfremden Ländern. Denn eine solche Migration ist statistisch gefährlich und kann tödlich enden. Wir sagen daher: Abschieben statt Aufnehmen weiterer Migranten! Für uns gilt auch weiterhin eine Asylobergrenze von MINUS 200.000!“<sup>1226</sup>*

Letzteres spielt auf die bereits im sogenannten Deutschlandplan erhobene Forderung nach einer Minuszuwanderung von mindestens 200.000 Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit pro Jahr an, deren Umsetzung gegen das Grundgesetz verstoßen würde.<sup>1227</sup>

Auch Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB,) äußerte sich auf dem Familienfest in Neuruppin (BB) am 15. September 2024 auf ähnliche Weise, erhöhte jedoch die geforderte Zahl der Obergrenze auf „minus eine halbe Million im Jahr“:

*„Aber wir werden auch jeden dahergelaufenen Scheinasylanten wieder konsequent wieder in sein Heimatland zurückführen, wenn er hier Straftaten begeht. [...] Deswegen haben diese Leute [Anm.: Migranten der zweiten und dritten Generation] nämlich auch keine Lust auf Sozialschmarotzer und wählen eben auch*

<sup>1225</sup> Ebd.

<sup>1226</sup> Junge Alternative Dresden: Facebook-Eintrag vom 18.09.2021, abgerufen am 17.03.2023.

<sup>1227</sup> Vgl. auch VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 351 f.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 287.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*die AfD. [...] Und mittlerweile wird ja auch wieder über irgendwelche Obergrenzen diskutiert. Diese patriotische CDU, CSU, diese Vaterlandsverräter, die diskutieren über eine Obergrenze von 200.000 neuen Leuten im Jahr. Söder sagt 100.000 Neue. Ja, Chinesen oder Japaner, das wäre ja noch in Ordnung. Ich sage euch mal, wo meine Obergrenze ist. Meine Obergrenze, die ist nicht bei 200.000, meine Obergrenze ist nicht bei null im Jahr, meine Obergrenze ist bei minus einer halben Million im Jahr!*<sup>1228</sup>

Auf dem Familienfest am 20. September 2024 in Eberswalde (BB) wiederholte Gnauck seine Äußerung zur „Obergrenze“ von „minus einer halben Million im Jahr“.<sup>1229</sup> Indem er äußert, Chinesen oder Japaner noch zu akzeptieren, wird im Übrigen deutlich, dass die von ihm avisierten Abschiebungsvorhaben auch ethnisch-abstammungsmäßig begründet sind und sich speziell gegen Zuwandernde aus dem afrikanischen Raum richtet.

Am 29. Oktober 2024 forderte Lena Kotré (MdL BB) auf X die „millionenfache Remigration“ Asylsuchender:

*„Dresdner AfD-Anfrage offenbart: Die Betreuung von 219 unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden kostete die Stadt 2023 insgesamt 15,4 Millionen Euro-70.000 Euro pro Person. Gleichzeitig erzielt die Rückkehrberatung ‚kaum Erfolge‘. Genug davon! Wir brauchen eine millionenfache Remigration und das erreichen wir am besten durch die Privatisierung der Abschiebungen. Im Landtag Brandenburg werden wir hierzu bald die ersten Schritte unternehmen. Ob in Sachsen oder Brandenburg: Asylmissbrauch stoppen! Unser Geld für unsere Leute!“*<sup>1230</sup>

Marvin Weber, AfD-Kreisvorsitzender Paderborn (NW), schrieb am 11. Januar 2024 auf Telegram:

*„REMIGRATION ist die Befreiung von der Herrschaft des Unrechts und zugleich die Befreiung Deutschlands von Millionen Illegalen, die gemäß unseres Asylrechts niemals hier sein dürften. Gewalttäter, Klaufabriken, Clans, Sozialstaatsplünderer, Intensivtäter und sonstige Raketenwissenschaftler der Dritten Welt*

<sup>1228</sup> Gnauck, Hannes: Rede auf dem Familienfest in Neuruppin vom 15.09.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 15.09.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 16.09.2024.

<sup>1229</sup> Gnauck, Hannes: Rede auf dem Familienfest in Eberswalde vom 20.09.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 20.09.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 23.09.2024.

<sup>1230</sup> Kotré, Lena: Tweet vom 29.10.2024, abgerufen am 11.11.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*müssen schnellstmöglich zurück in ihre Heimat gebracht werden. Wir Deutschen haben es satt mit Millionen Leuten aus Nahost und Afrika überfüllt zu werden, die zum Teil keinerlei Dankbarkeit zeigen, sich nicht integrieren und uns auf allen Ebenen nach unten ziehen wie ihr Land, aus dem sie gekommen sind! Statt freiheitliches Denken herrscht der Islam, statt Sicherheit regiert Unsicherheit, statt Wohlstand regiert die Zerstörung des Sozialstaats, der deutschen Kultur und des Zusammenhalts hin zu einer zersplitterten, ‚bunten‘ Gesellschaft ohne Identität!“<sup>1231</sup>*

Der AfD-Kreisverband Ludwigsburg (BW) teilte einen Beitrag des Bundestagsabgeordneten Martin Hess (BW) zu der Eröffnung einer Landeserstaufnahmestelle für Geflüchtete:

*„Was hier in meinem Wahlkreis passiert, steht sinnbildlich für die Flüchtlingspolitik in Deutschland. Die Ängste der Bürger werden ignoriert, verantwortliche Politiker winden sich, aus Angst, dass man sie als #Rassisten bezeichnen könnte, und die Regierung macht, was sie will. Was sich nur die #AfD zu sagen traut: In und um Landeserstaufnahmestellen wird es ungemütlich. Die Lärmbelästigung steigt und natürlich auch die Kriminalität. Im gleichen Maße sinkt das Sicherheitsgefühl der benachbarten Bürger. Deshalb spreche ich mich klar gegen eine LEA [Anm.: Landeserstaufnahmeeinrichtung] in meiner Nachbarschaft aus. #Remigration statt #Migration, das ist der einzig richtige Weg.“<sup>1232</sup>*

Der Ortsverband Göppingen (BW) veröffentlichte auf Facebook folgenden Beitrag und forderte „Nein zum #Bevölkerungsaustausch! Ja zu #Remigration!“<sup>1233</sup>. Zudem forderte der AfD-Ortsverband Göppingen (BW) am 24. Februar 2023 in einem Post, der den damaligen AfD-Bundesschriftführer Carlo Clemens (MdL NW) zitierte, erneut „Remigration“ anstatt mehr Zuwanderung.<sup>1234</sup>

Der AfD-Kreisverband Bonn (NW) schrieb auf Facebook:

<sup>1231</sup> Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 11.01.2024, abgerufen am 16.01.2024.

<sup>1232</sup> AfD KV Ludwigsburg: Facebook-Eintrag vom 17.03.2023, abgerufen am 11.07.2023.

<sup>1233</sup> AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.07.2023.

<sup>1234</sup> AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 24.02.2023, abgerufen am 11.07.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*+++ Wie begeht die AfD den ‚Internationalen Tag der Migranten‘? +++ [...] Na, mit einer stabilen Flugblattaktion natürlich! [...] Eines Tages werden wir vielleicht den ‚Nationalen Tag der Remigration‘ feiern.“<sup>1235</sup>*

In weiteren Facebook-Einträgen wiederholte der AfD-Kreisverband Bonn (NW) abermals die Forderung nach einer „Remigration.“<sup>1236</sup>

Die AfD Kehl (BW) kommentierte das Vorhaben des Oberbürgermeisters der Stadt Kehl, die Anzahl der vor Ort abgeordneten Bundespolizisten aufzustocken, mit der Aussage:

*„Zuwanderung beenden. Remigration beginnen.“<sup>1237</sup>*

Der AfD-Kreisverband Ortenau (BW) teilte den Beitrag.<sup>1238</sup>

Die AfD Sachsen teilte mehrere Facebook-Beiträge und kommentierte diese mit dem Wort „Remigration“.<sup>1239</sup>

Der auf Listenplatz 24 der Kandidatenliste für die Europawahl gewählte Michael Schumann (Mitarbeiter der AfD-Bürgerschaftsfraktion HH und Vorsitzender der JA HH) äußerte in seiner Bewerbungsrede am 5. August 2023:

*„Ich bin in Hamburg geboren und aufgewachsen und deshalb können Sie mir ruhig vertrauen wenn ich von deutschen Minderheiten spreche. Wir haben Stadtteile, in denen der Migrationsanteil an Schulen bei über 90% liegt. Kein Wochenende vergeht oder Schießerei, Messerstecherei oder Vergewaltigung. Und ich brauche Ihnen gar nicht zu erklären, welche Bevölkerungsgruppen hier überproportional vertreten sind, das wissen Sie genauso gut wie ich. Das ist Folge einer fatalen, desaströsen Einwanderungspolitik, deswegen sage ich, solange es noch möglich ist, und ich betone: noch möglich ist, müssen wir diese Masseneinwanderung stoppen und die Remigration starten. Und ich muss zugeben, ich finde es etwas erstaunlich, dass manche Vertreter der deutschen Wirtschaft noch nicht ganz verstanden haben, in welche Richtung der Wind weht. Denn Unternehmen wie etwa Airbus sollten nicht beim CDU-Parteitag mit*

<sup>1235</sup> AfD Bonn: Facebook-Eintrag vom 18.12.2022, abgerufen am 11.07.2023.

<sup>1236</sup> AfD Bonn: Facebook-Einträge vom 04.01.2023 und 28.03.2023, abgerufen am 11.07.2023.

<sup>1237</sup> AfD Kehl: Facebook-Eintrag vom 20.01.2023, abgerufen am 11.07.2023.

<sup>1238</sup> Ebd.

<sup>1239</sup> AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 05.05.2023, abgerufen am 09.05.2023. Facebook-Eintrag vom 05.06.2023, abgerufen am 05.06.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*sponsern, sondern sie sollten hier sein und uns ihre Pläne für die dringend notwendige Remigrations-Flotte vorstellen!*<sup>1240</sup>

Auch der Co-Bundesvorsitzende der Christen in der AfD und ehemalige Bundestagsabgeordnete Ulrich Oehme (SN) positionierte sich auf der Europaversammlung unter Verwendung des Begriffs „Remigration“:

*„Liebe Freunde, was ist unser politisches Ziel? Ich will, dass die europäischen Völker ohne Angst leben können. Das bedeutet Grenzen zu, Remigration! Jetzt!“*<sup>1241</sup>

In der Gesamtschau der zitierten Aussagen und unter Berücksichtigung des von der AfD vertretenen Volksverständnisses ist die Forderung nach „Remigration“ bei lebensnaher Auslegung als eine Forderung nach der systematischen Abschiebung bestimmter Bevölkerungsgruppen – unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit – zu verstehen. Dies geht mit einer grundsätzlichen Schlechterbehandlung der Betroffenen einher und bringt eine Geringschätzung und Ablehnung zum Ausdruck, die eine pauschale Missachtung aller Migrantinnen und Migranten darstellt.

Im Nachgang zu den CORRECTIV-Recherchen vom 10. Januar 2024 waren diverse Äußerungen im Hinblick auf den Begriff der „Remigration“ zu verzeichnen.

Im Januar 2024 veröffentlichte zudem der AfD-Bundesverband auf Facebook einen Text des Bundesvorstandsmitglieds Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) mit dem Titel: „Wider die Lügenkampagne: Was die AfD mit Remigration meint und was nicht“. Darin führte Jongen aus:

*„In der vergangenen Woche ist eine zwischen den Regierungsparteien und den staatsnahen Medien konzertierte Diffamierungskampagne über die AfD hereingebrochen, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos ist. [...] Aus dem Begriff ‚Remigration‘, der in einem der Gastvorträge am Rande eine Rolle spielte, wurde in lügenhafter Verzerrung der Tatsachen das Schauermärchen abgeleitet, die AfD wolle Menschen mit Migrationshintergrund massenhaft*

<sup>1240</sup> Schumann, Michael: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 05.08.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 05.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.08.2023. [Videosequenz ab 01:37:20]

<sup>1241</sup> Oehme, Ulrich: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 04.08.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.08.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„deportieren“ und das Treffen habe dem Zweck gedient, einen entsprechenden „Geheimplan“ auszuhecken. Dass sich die öffentlich-rechtlichen Medien und weite Teile der sogenannten Leitmedien für eine Kolportage dieser Räuberpistole hergegeben haben, welche die Stasi-Abteilung für Zersetzung nicht besser hätte erfinden können, ist ein Medienskandal ohnegleichen. [...] Vor diesem Hintergrund ist eine Klarstellung angebracht, was die AfD unter „Remigration“ versteht, wie es aus ihren Wahlprogrammen und den Aussagen ihrer führenden Vertreter bereits unmissverständlich hervorgeht:

Die AfD macht keinen Unterschied zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolkes.

Remigration ist unsere politische Antwort, um das Asylchaos zu beenden und die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung nachhaltig anzugehen. In diesem Sinne steht das Konzept der Remigration für ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung rechtskonformer Verhältnisse wie auch der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft. [...]

Deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund wie auch Ausländer, die sich legal in Deutschland aufhalten und sich gesetzestreu verhalten, hier arbeiten, Steuern zahlen und sich in das gesellschaftliche Leben einbringen, sind uns willkommen und so wenig Teil eines Remigrationskonzepts wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die gegenteilige Behauptung ist eine infame, durch nichts belegte Unterstellung der politischen Gegner, die damit von ihren eigenen Rechtsbrüchen im Rahmen der desaströsen Migrationspolitik abzulenken versuchen.“<sup>1242</sup>

Jongen behauptet hier zwar eine Gleichbehandlung aller Staatsangehörigen, äußert dies aber nur pauschal, obwohl, wie oben dargelegt, zahlreiche Äußerungen der Partei festgestellt wurden, die eine andere Auslegung nahelegen. Eine Auseinandersetzung mit diesen erfolgt nicht, sodass die bloße Behauptung, die Berichterstattung sei unzutreffend, keine Relevanz entfaltet.

Im Januar 2024 veröffentlichte die AfD zudem das Faltblatt „7 Punkte zu Remigration“. In diesem definierte die Partei „Remigration“ als „alle Maßnahmen und Anreize

<sup>1242</sup> AfD: Facebook-Eintrag vom 22.01.2024, abgerufen am 08.02.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat“.<sup>1243</sup> Auch behauptet die AfD darin, sie unterscheide nicht zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Das Papier belegt jedoch ausschließlich, dass der Begriff „Remigration“ auf unterschiedliche Weise gebraucht werden kann und nicht in jeder Variante verfassungsfeindlich ist. Es enthält aber keinerlei Auseinandersetzung mit relevanten von Parteimitgliedern getätigten Zitaten.<sup>1244</sup> Daher ist es als reine Verbalbekundung zu bewerten.

Genauso verhält es sich mit einer von der AfD am 11. Januar 2024 auf AfD Kompakt veröffentlichten Klarstellung zum Vernetzungstreffen in Potsdam, in dem sie behauptet, ihre Forderungen zu „Einwanderung, Integration und Asyl“ befänden „sich selbstverständlich [...] im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“<sup>1245</sup>.

Dass sich die AfD nicht wirklich von ihren Positionen zur Remigration distanziert, kommt besonders in der „Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden Ost zur #REMIGRATION“ zum Ausdruck. Darin schrieben Hans-Christoph Berndt (Fraktionsvorsitzender BB), Björn Höcke (Fraktionsvorsitzender TH), Oliver Kirchner (Fraktionsvorsitzender ST), Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender MV) und Jörg Urban (Fraktionsvorsitzender SN):

*„Wir, die Fraktionsvorsitzenden Ost, erklären:*

*Remigration ist das Gebot der Stunde. Die Sozialmigration nach Deutschland muss beendet und rückabgewickelt werden. Dafür werden wir nach der Regierungsübernahme sorgen.*

*- Wir werden Recht und Gesetz anwenden, die Grenzen schützen und Deutschland vor weiterer Sozialmigration bewahren.*

*- Wir werden eine großangelegte Rückführungsinitiative für illegale Einwanderer planen und durchführen.*

*- Wir werden sämtliche Anreize minimieren, die Deutschland zum Magneten für illegale Einwanderung gemacht haben.*

*- Wir werden das Staatsangehörigkeitsrecht, welches bis zum Jahr 2000 galt, wiederherstellen.*

<sup>1243</sup> AfD: Faltblatt „7 Punkte zur Remigration“ vom Januar 2024.

<sup>1244</sup> OVG NRW, Ur. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 219.

<sup>1245</sup> AfD Kompakt: „Klarstellung zu einer privaten Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam“ vom 11.01.2024, in: <https://afdKompakt.de>, abgerufen am 17.07.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

- *Wir werden Maßnahmen ergreifen, um den Assimilationsdruck auf nichtintegrierte Ausländer zu erhöhen.*
- *Wir werden Anreize schaffen, um nichtintegrierten Migranten die Heimkehr zu ermöglichen.*

*Eine für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und unserer Wirtschaft katastrophale Entwicklung zu stoppen, die Jahrzehnte von den Kartellparteien zugelassen wurde, und ihre Schäden zu beseitigen, wird Jahrzehnte brauchen. Das wissen wir. Aber wir werden beginnen, sobald wir in Regierungsverantwortung stehen. Deutschland muss wieder deutscher werden.“<sup>1246</sup>*

Insbesondere in der Forderung, Deutschland müsse wieder deutscher werden, mit der das Papier endet und der damit besonders Ausdruck verliehen wird, kommt gerade keine Distanzierung, sondern vielmehr der völkische Hintergrund der Remigrationsforderungen zum Ausdruck.

In einem TV-Duell mit dem Spitzenkandidaten der CDU Thüringen am 11. April 2024 bei WELT TV versuchte zudem Björn Höcke, den Begriff der „Remigration“ dahingehend umzudeuten, dass er sich auf die Rückkehr emigrierter Deutscher beziehe:

*„Jeden Tag remigrieren – remigrare, lateinisch zurückwandern – migrieren Menschen zurück in ihrer Heimat. Das ist ein normaler Vorgang. Aber mir geht es vor allen Dingen um die Hochklassifizierten. [...] Ja, mir geht es aber vor allen Dingen um die deutschen Staatsangehörigen, die im Ausland leben, weil sie aus Deutschland geflohen sind.“<sup>1247</sup>*

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen am 31. August 2024 in Erfurt (TH) beschrieb Höcke aber wieder eine zunehmende Überfremdung Deutschlands und forderte eine „Remigration“:

*„Und wir wollen mehrheitlich keine weitere Multikulturalisierung. Nein, wir wollen Remultikulturalisierung und Remigration.“<sup>1248</sup>*

<sup>1246</sup> Höcke, Björn: Tweet vom 15.01.2024, abgerufen am 18.01.2024.

<sup>1247</sup> Höcke, Björn: TV-Duell gegen Mario Voigt (CDU) bei WELT TV; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com), Kanal: „WELT Nachrichtensender“ am 11.04.2024, abgerufen am 12.04.2024.

<sup>1248</sup> Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Dass Höcke allein aus taktischen Motiven vom eigentlichen Verständnis des Begriffs „Remigration“ abweicht und seine wahren Absichten verschleiert, wird auch in einem Interview vom 26. Juli 2024 deutlich:

*„Ja, mir ging es in dem Gespräch darum, mal das zu tun, was das Establishment ja tagtäglich tut, nämlich Begriffe zu entkontextualisieren und mal umzudrehen. Also die Remigration mal ganz bewusst in den Kontext reinzustellen: Passt mal auf, Leute, denkt mal nach. Wir haben in den letzten 30 Jahren 1,5 Millionen Auswanderer aus Deutschland gehabt und die sind überwiegend nachweislich Hochqualifizierte gewesen. [...] Es geht natürlich auch darum, das eigene schlechte Bild, das die Medien von mir gemacht haben, zu korrigieren. [...] Natürlich ist es Taktik. Das muss ich frank und frei gestehen. Als Politiker, muss ich das eingestehen. Das ist natürlich Taktik. Das heißt, nein, ich bin so. Ich bin ein Mensch, der Gefühle hat und ich bin eigentlich ein sehr warmherziger Mensch. Und da will man einfach anschlussfähig sein. Man will auch dem Westdeutschen, mit Verlaub, der in die Tagesschau guckt, und der noch nicht so aufgewacht ist wie wir im Osten, will man zeigen, das ist ein ganz normaler Mensch, der sorgt sich um sein Land und der versucht, sich Gedanken zu machen, wie es in Zukunft weitergeht.“<sup>1249</sup>*

In einem auf Instagram am 9. September 2024 veröffentlichten Video forderte auch Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) erneut eine „Remigration“:

*„Du kannst nicht lesen, schreiben und rechnen? Gut möglich. Die Hälfte der Brandenburger Schüler kann das nicht. Wenn du es kannst, Glückwunsch! Wenn du es nicht kannst, sieht es schlecht aus. Denn wer nicht lesen, rechnen und schreiben kann, der kann auch keinen guten Beruf ergreifen. Und dann muss er mit Mama Merkels Analphabeten um schlecht bezahlte Jobs konkurrieren. Und da hilft es dir auch nicht, wenn du in eine Schule ohne Rassismus aber mit viel sexueller Vielfalt gehst. Schluss damit! In der Schule muss wieder gelernt werden. Und damit du auf dem Schulhof nicht ständig von Ali und Hassan belästigt wirst, braucht es vor allem eins: Remigration. Denn du hast eine gute Zukunft in deiner Heimat verdient!“<sup>1250</sup>*

<sup>1249</sup> Höcke, Björn: Interview mit Paul Brandenburg vom 26.07.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 26.07.2024, Kanal: „Paul Brandenburg“, abgerufen am 10.09.2024.  
<sup>1250</sup> Berndt, Hans-Christoph: Instagram-Story vom 09.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Dieser Aussage liegt zudem eine pauschale Darstellung von Menschen mit Migrationsgeschichte als besonders für (sexualisierte) Gewalt prädisponiertes Kollektiv zugrunde, die insbesondere durch die Verwendung stereotyp migrantischer Vornamen illustriert wird.

Im Ergebnis kann daher ungeachtet einer verbalen Auseinandersetzung der AfD bzw. ihrer Vertreterinnen und Vertreter mit dem Begriff der „Remigration“ keine Äußerung festgestellt werden, die den zahlreichen Belegen für Anhaltspunkte für fremdenfeindliche Bestrebungen, die sich aus der Verwendung dieses Begriffs ergeben, entgegensteht.

#### gg.Rassistische Aussagen

In der AfD waren ferner Äußerungen festzustellen, die ein rassistisches Weltbild zum Ausdruck bringen.

Nicolaus Fest<sup>1251</sup> (damaliger MdEP, BR) nutzte in einem Videostatement vom 25. November 2022 den Begriff „Zigeuner“ und somit eine abwertende Fremdbezeichnung.<sup>1252</sup>

Auch René Springer (MdB, BB) nutzte mehrmals den diskriminierenden Begriff „Zigeuner“, um Sinti und Roma zu beschreiben.<sup>1253</sup>

Der Begriff „Zigeuner“ ist zweifelsohne abzulehnen, da er von Betroffenen als abwertend empfunden wird. Gleichwohl stellt er hier nur einen vergleichsweise geringen Anhaltspunkt dar, da er im allgemeinen Sprachgebrauch noch mangels Sensibilität verwendet wird.

Maximilian Kraus, zum damaligen Zeitpunkt Mitglied des Bundesvorstands und Europaabgeordneter (mittlerweile MdB, SN), führt in seinem Buch „Politik von rechts“ aus:

*„Rechte Politik für Deutschland muß die statistischen Realitäten beachten: Es sind nicht Hochqualifizierte, die nach Deutschland und Europa einwandern. Mit einem IQ von 80 oder 90 kann man keine qualifizierten Arbeiten ausführen; ein deutscher Handwerksberuf wie Elektriker, Zahntechniker, Mechatroniker erfordert eine höhere Intelligenz. Diese IQ-Unterschiede sind wenig problematisch,*

<sup>1251</sup> Nicolaus Fest wurde im Mai 2024 aus der AfD ausgeschlossen. Als Begründung wurden nicht gezahlte Mandatsträgerabgaben sowie die Verunglimpfung des verstorbenen früheren EU-Parlamentspräsidenten David Sassoli angegeben.

<sup>1252</sup> Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, Kanal: „Nicolaus Fest“, abgerufen am 28.11.2022.

<sup>1253</sup> Springer, René: Facebook-Eintrag vom 29.12.2022, abgerufen am 23.01.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*solange die Menschen in ihren natürlichen Heimatregionen leben; ein Afrikaner in Afrika, ein Syrer in Syrien, ein Afghane in Afghanistan kann in seiner Gesellschaft wertvolle Beiträge leisten. Aber in der hochkomplexen europäischen Gesellschaft und Arbeitswelt kann er das kaum. Da viele Eigenschaften, Intelligenz eingeschlossen, überwiegend vererbt werden, ist der Plan, durch Masseneinwanderung die nicht mehr geborenen autochthonen Fachkräfte zu ersetzen, zum Scheitern verurteilt.“<sup>1254</sup>*

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) agitierte im November 2022 anlässlich lokalpolitischer Planungen zur Verbesserung der Sicherheitssituation in der Dortmunder Kampstraße in fremdenfeindlicher Weise.

*„Während der Polizeipräsident sinnvollerweise den Einsatz mobiler Videoüberwachungsanlagen bekannt gab, verkündete Westphal in seiner Stellungnahme den Einsatz von mobilen Wanderbäumen und den Anbau von Sportgeräten. [...] Leider vergisst Westphal dabei, dass sich dadurch nur die Aufenthaltsqualität und Attraktivität für nachtschwärmerische Straftäter erhöhen wird, die sich dann abends an den vom Steuerzahler bezahlten Sportgeräten körperlich ertüchtigen können. Ein Ort an dem man sich gerne aufhält, wird die Gegend um die Kampstraße jedoch nur durch weitgehende Kompetenzen der Polizei, was auch die Errichtung einer Waffenverbotszone beinhaltet sowie die konsequente Abschiebung der teils migrantischen Delinquenten. ‚Wir brauchen die konsequente Remigration Krimineller statt innerstädtischer Wohlfühloase für Kriminelle‘, forderte der AfD-Bundestagsabgeordnete und Ratsherr Matthias Helferich.“<sup>1255</sup>*

Dazu postete Helferich eine Grafik, die eine nicht-weiße Person mit blutiger Machete an der illustrierten Kampstraße zeigte:

<sup>1254</sup> Krah, Maximilian: „Politik von rechts“, 2023, S. 179.

<sup>1255</sup> Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 05.11.2022, abgerufen am 09.11.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDEN- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Diese von Helferich entworfene und verbreitete Darstellung suggeriert in rassistischer Weise, bei gewalttätigen Kriminellen handele es sich im Wesentlichen um nicht-weiße Migrantinnen und Migranten.

Nicolaus Fest (damaliger MdEP, BR) stellte in einem auf Facebook veröffentlichten Videostatement vom 9. September 2022 in ganz ähnlicher Weise „zivilisierte Weiße“ und „schwerverbrecherische Farbige“ gegenüber:

*„Warum kritisiert die EU Polen und Ungarn, sagt aber nichts zur Verfolgung, Tötung und Diskriminierung sexueller Minderheiten in fast allen afrikanischen Ländern? Ich weiß es nicht, aber ich vermute, die links-woke Truppe um Ursula von der Leyen tut sich leichter damit, zivilisierte Weiße zu kritisieren als schwerverbrecherische Farbige.“<sup>1256</sup>*

Gunnar Beck (zu diesem Zeitpunkt MdEP, NW) nahm die Abbildung einer nicht-weißen Frau auf einem Modemagazin zum Anlass, Europäer als „gefährdete Spezies“ darzustellen:

*„Wenn man die Titelseiten von #Mode- und #Déco-magazinen, #Kleiderwerbung u. Regierungsbroschüren liest, könnte man meinen, autochtone #Europäer seien ‚endangered species‘ wie Primaten. Doch das wird erst in 25 Jahren so sein, wenn die #Propaganda Früchte trägt.“<sup>1257</sup>*

<sup>1256</sup> Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 09.09.2022, Kanal: „Nicolaus Fest“, abgerufen am 12.09.2022.

<sup>1257</sup> Beck, Gunnar: Tweet vom 29.08.2022, abgerufen am 30.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Am 31. August 2024 wurden auf dem YouTube-Kanal des AfD-Bundesverbands im Rahmen der Live-Übertragung des Wahlkampfabschlusses der AfD Thüringen Videos gezeigt, die in ihrer Bildsprache geeignet sind, Angst und Ablehnung gegen nicht-weiße Menschen zu schüren.<sup>1258</sup> In einem Video, welches zwischen den Auftritten der einzelnen Redner auf der Veranstaltung abgespielt wurde, ist mutmaßlich eine Schülerin abgebildet, welche von in schwarzer Farbe dargestellten Personen im Hintergrund als beobachtet und bedroht dargestellt wird.



<sup>1258</sup> AfD: Screenshots aus der Live-Übertragung des Wahlkampfauftritts der AfD Thüringen am 31.08.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 07.10.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Auf der Veranstaltung, bei der die Videos abgespielt wurden, waren mehrere AfD-Bundespolitiker zugegen. Alice Weidel (Co-Bundessprecherin AfD) hielt im Rahmen des Programms eine Rede.

Die JA Nordrhein-Westfalen bewarb am 16. Februar 2023 ihre neuen Sticker, darunter einen, der Muslime als „*invasive Art*“ verunglimpft. Der Sticker zeigt einen Waschbären mit einem eine islamische Kopfbedeckung symbolisierenden Turban und geschultertem Gewehr, das hiermit pauschal eine Gewaltbereitschaft von Muslimen suggeriert. Die Bezeichnung als „*invasive Art*“ und die Darstellung mit Gewehr stellt Muslime als hochgefährliche Eindringlinge dar, die – gegebenenfalls auch mit Waffengewalt – die heimische Population bis zum Aussterben zu verdrängen drohen und deshalb zum Schutz der heimischen Population außer Landes gebracht werden müssen. Diese Darstellung von Muslimen knüpft an die von der JA vielfach verwendeten, menschenwürdeverachtenden Tiermetaphern im Zusammenhang mit Migrantinnen und Migranten an und stellt eine schwerwiegende Verletzung ihrer Menschenwürde dar.<sup>1259 1260</sup> Der Sticker kann auf der Internetseite der JA Nordrhein-Westfalen auch heruntergeladen werden, um ihn bei einem Druckdienstleister in Auftrag zu geben.<sup>1261</sup>

<sup>1259</sup> JA Düsseldorf, Instagram vom 16.02.2023, abgerufen am 17.02.2023.

<sup>1260</sup> So bereits feststellend: VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 208/20, juris, Rn. 235 ff.; VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 323.

<sup>1261</sup> Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Sticker“, in: <https://janrw.de>, abgerufen am 05.08.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Die Junge Alternative Düsseldorf teilte die entsprechende Instagram-Story der Jungen Alternative Nordrhein-Westfalen mit dem Sticker „Invasive Arten abschieben“.<sup>1262</sup>

Durch diesen muslimfeindlichen Sticker werden Migranten aus dem arabischen Raum nicht nur als „Invasoren“ dargestellt, sondern auf rassistische Weise mit Tieren gleichgestellt.

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf Instagram am 9. Juli 2023 eine Story mit einem Foto mehrerer Sticker des Landesverbands mit der Aufschrift „Re-migration ist unsere Mission“ (siehe auch Unterkapitel (ff)). Den Story-Beitrag untermauerte der Landesverband mit einem Emoji des „White-Power“-Handzeichens.<sup>1263</sup>

Die Junge Alternative Sachsen veröffentlichte auf ihrer Facebook-Seite ein Bild, auf dem nicht-weiße Menschen als wilde und primitive Invasoren dargestellt werden, die weiße Menschen aus ihrer eigenen Heimat vertreiben. Die Aussage auf dem Bild

<sup>1262</sup> Junge Alternative Düsseldorf: Instagram-Story vom 16.02.2023, abgerufen am 17.02.2023.  
<sup>1263</sup> Junge Alternative Sachsen: Instagram-Story vom 09.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Laut Karte müsste ich doch in Gießen sein“<sup>1264</sup> verweist auf die Ausschreitungen bei dem Eritrea-Festival im Juli dieses Jahres im hessischen Gießen.



Die AfD Wuppertal (NW) bediente im August 2022 mit einer Nachricht auf Telegram rassistische Stereotype, indem sie Frauen aus afrikanischen Staaten per se eine hohe Fertilität zuschreibt.<sup>1265</sup> Sie offenbart damit ein biologisches Menschenbild.



Roger Beckamp teilte im Juni 2022 auf Facebook die nachfolgende rassistische Grafik zum Thema „Überfremdung“:

<sup>1264</sup> Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 12.07.2023, abgerufen am 19.07.2023.  
<sup>1265</sup> AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 23.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Dazu schrieb er:

*„Die Festung Europa ist alternativlos, wenn #Deutschland fortbestehen soll!“<sup>1266</sup>*

Kai Borrmann (Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte) wurde zudem im Februar 2022 wegen Beleidigung und Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Borrmann hatte im August 2021 eine Frau und ihre Begleiterin zunächst mehrfach rassistisch beleidigt. Als diese sich aus der Situation entfernte, ging Borrmann ihr nach, wiederholte die Beleidigungen, schlug sie und biss ihr in den Unterarm.<sup>1267</sup> Ein Sprecher der AfD Berlin beantwortete eine durch die Berliner Zeitung gestellte Anfrage mit folgender Aussage:

*„Erst wenn das Urteil rechtskräftig ist, werden sich Gremien der Partei damit befassen.“<sup>1268</sup>*

Am 18. Oktober 2023 veröffentlichte die AfD Offenbach-Land (HE) einen Facebook-Eintrag mit der Aussage:

<sup>1266</sup> Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 30.06.2022, abgerufen am 04.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. cc.)

<sup>1267</sup> Tagesspiegel: „Beleidigt, geschlagen und gebissen“ vom 08.11.2022, in: [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de), abgerufen am 09.11.2022.

<sup>1268</sup> BZ: „Nach Attacke in Berliner Café - Geldstrafe für AfD-Mann“, ohne Datum, in: [www.bz-berlin.de](http://www.bz-berlin.de), abgerufen am 14.02.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Die einzige Lösung, um konsequent gegen Antisemitismus und Gewalt auf den Straßenvorzugehen, ist #Remigration*

*#FestungEuropa<sup>1269</sup>*

Der Beitrag wurde begleitet von einer Grafik mit mehreren Flugzeugen, die mit dem Wort „Remigration“ beschriftet sind. Daneben ist das Abbild von „Pepe the frog“ zu sehen, ein Meme, das von der US-amerikanischen Anti-Defamation League als Hasssymbol qualifiziert wird.<sup>1270</sup>



#### hh.Zwischenfazit

Die Themen Asyl und Migration bilden weiterhin ein zentrales Feld, auf dem die AfD gegen Zugewanderte und Geflüchtete in fremdenfeindlicher Weise agitiert. Ungeachtet der Verdachtsfalleinstufung und ihrer gerichtlichen Bestätigung durch das VG Köln sowie das OVG NRW postuliert die AfD pauschal eine migrationsinduzierte quantitative Zunahme von Sexual- und Gewaltstraftaten. Auf Grundlage tatsächlicher Straftaten wird ein allgegenwärtiges Bedrohungsszenario skizziert, das auf den Zuzug von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten zurückgeführt wird. Dabei wird die Herkunft als prägende Ursache für das vermeintliche Phänomen benannt. Eine qualitative Festigung wird hier insbesondere durch die Verwendung von Begriffspaaren wie „Massenmigration tötet“ oder „multikulturell ist multikriminell“ deutlich.

Die Quantität der angeführten Verlautbarungen offenbart, dass das Thema Straf- und Gewaltkriminalität einen Schwerpunkt bei der AfD einnimmt. Die sachliche Thematisierung von tatsächlichen Straftaten mit Stichwaffen sowie Sexualdelikten bewegt

<sup>1269</sup> AfD Offenbach: Facebook-Eintrag vom 18.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

<sup>1270</sup> Anti-Defamation League: „Pepe the Frog“, in: <http://adl.org>, abgerufen am 09.02.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

sich grundsätzlich im Rahmen eines zulässigen politischen Diskurses, bei dem auch bloße Ehrverletzungen hinzunehmen sind. Die vorbenannten Äußerungen suggerieren jedoch, dass bestimmte Straftaten, vor allem Messerangriffe, weit überwiegend bzw. nahezu ausschließlich von Geflüchteten und Zugewanderten verübt würden, da diese in ihren Herkunftsländern kulturell übliche Verhaltensweisen darstellten. Bisweilen heißt es ausdrücklich, solche Straftaten seien erst mit dem Zuzug von Migranten importiert worden und in der einheimischen deutschen Bevölkerung nahezu unbekannt. Dadurch wird ein Antagonismus zwischen vermeintlich in Gänze kriminellen Zugewanderten einerseits und weitestgehend friedliebenden einheimischen Deutschen andererseits konstruiert.

Männlichen Migranten wird darüber hinaus pauschal und fortwährend ein rückständiges, archaisches Frauenbild zugeschrieben, woraus sich, so die AfD, eine andauernde latente oder gar akute Gefahr für einheimische deutsche Frauen ergebe, weil männliche Zuwanderer permanent zu schwersten Sexualstraftaten neigten.

Überdies schreiben Vertreterinnen und Vertreter der AfD Zugewanderten auch weiterhin pauschal ein niedriges Bildungsniveau, Faulheit und regressive Verhaltensmuster zu. Dies kulminiert insbesondere in der Behauptung einer imaginierten kulturellen Inkompatibilität von Geflüchteten aus afrikanischen Staaten und dem Nahen Osten.

In der Gesamtschau der Äußerungen werden Migrantinnen und Migranten nachhaltig, verunglimpfend und generalisierend mit Kriminalität, fehlender Bildung und regressiven Charakterzügen in Verbindung gebracht. Begriffe wie „Messerkultur“, „Messermigration“ oder „Afro-Gruppenvergewaltigung“ und damit einhergehend Aussagen, wonach solche Auswüchse der deutschen Kultur gänzlich fremd seien, stellen einen unmittelbaren Kausalzusammenhang zwischen Herkunft und Kriminalität bzw. weiteren Negativeigenschaften her. Dies ist geeignet, Menschen mit Migrationsgeschichte insgesamt herabzusetzen. Wortwahl, Diktion und Inhalt sind erkennbar darauf ausgerichtet, Migrantinnen und Migranten in ihrer Menschenwürde zu verletzen.

Von großem Gewicht sind dabei die Äußerungen von Mitgliedern des AfD-Bundesvorstands sowie Abgeordneten des Deutschen Bundestags der AfD. Diese haben einen hohen Repräsentationsgrad und sind besonders prägend für die ideologischen und inhaltlichen Grundstrukturen der Partei.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

#### c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

Neben den fremdenfeindlichen Aussagen, die im vorangegangenen Unterkapitel ausgewertet wurden und teils auch bereits Bezug auf Musliminnen und Muslime nehmen, sind innerhalb der AfD auch Positionen zu verzeichnen, die explizit Musliminnen und Muslime mit Blick auf ihre Religion bzw. Religionsausübung betreffen. Im Vergleich zu den Äußerungen, die im vorangegangenen Unterkapitel bereits ausgewertet wurden und oftmals muslimische Kulturkreise betreffen, handelt es sich hier um Positionen, die im Schwerpunkt an den muslimischen Glauben, die Religion bzw. Aspekte der Religionsausübung anknüpfen. Das VG Köln hatte in diesem Zusammenhang erstinstanzlich bestätigt, dass es innerhalb der AfD Anhaltspunkte für muslim- und islamfeindliche Positionen gibt.<sup>1271</sup> In diesem Zusammenhang wird auch auf die Belege im Gutachten AfD und Teilorganisationen, S. 242 bis 302, im Folgegutachten AfD 2021, S. 415 bis 522, sowie im Folgegutachten Junge Alternative 2023, S. 115 bis 124, verwiesen. Hier ist nun zu prüfen, wie die AfD sich mit Blick auf diese Anhaltspunkte fortentwickelt hat. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 267 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass sich die bestehenden Anhaltspunkte insbesondere für eine islam- und muslimfeindliche Agitation der JA als Teilorganisation der AfD zur Gewissheit verdichtet haben. Das OVG NRW hat zudem jüngst festgestellt, dass „sogar ein starker Verdacht“ dafür besteht, dass die Gesamtpartei Bestrebungen verfolgt, die gegen die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen gerichtet sind.<sup>1272</sup> Dabei können pauschal negative Werturteile, die explizit Musliminnen und Muslime wegen ihrer Religionszugehörigkeit bewusst ausgrenzend als kriminell und unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse darstellen – als konkrete Form der Fremdenfeindlichkeit – eine muslimfeindliche Einstellung belegen, insbesondere

<sup>1271</sup> VG Köln, Ur. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 912.

<sup>1272</sup> OVG NRW, Ur. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 246. Das OVG NRW hält hierzu zusammenfassend fest, dass pauschal diffamierende und ausgrenzende Formulierungen um diskriminierende Formulierungen ergänzt werden, die zwar primär nur die gleichberechtigte Religionsausübung betreffen, aber aufgrund der daneben erkennbaren islamfeindlichen Grundtendenz vermuten lassen, dass die AfD zur Durchsetzung ihrer Ziele auch andere Rechte von Menschen muslimischen Glaubens beschränken und einem „Kulturvorbehalt“ unterwerfen würde.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

wenn sich keine gegenläufigen positiven oder auch nur neutralen Äußerungen zu dieser Personengruppe finden, die geeignet sind, die feindliche Einstellung zu widerlegen.<sup>1273</sup>

Dabei würdigen tatsächenswidrige pauschale Verunglimpfungen von Musliminnen und Muslimen in Form von pauschalen Verdächtigungen und Unterstellungen diese Bevölkerungsgruppe herab und rufen Ablehnung hervor. Derartige Äußerungen schüren Ängste, Unsicherheiten und Vorurteile und sind damit letztlich auch geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen zu bereiten.<sup>1274</sup>

Entsprechendes gilt für eine sich wiederholende pauschale Verunglimpfung von Menschen muslimischen Glaubens als Islamisten, indem der Islam in seiner Gänze kontinuierlich mit dem Islamismus gleichgesetzt wird. Oberverwaltungsgerichtlich bestätigt ist eine verfassungsfeindliche Ausrichtung in diesem Zusammenhang vor allem bei Formen der Meinungsäußerung, die eine Gleichsetzung aller Muslime mit Vertretern und Kräften des aggressiven Islam aufweisen, die als allgemeine Herabsetzung von Zugewanderten und sich zum muslimischen Glauben bekennender Menschen und ihrer Existenzberechtigung aufgefasst werden können.<sup>1275</sup>

Weiterhin ist zu prüfen, ob neben derartigen muslimfeindlichen Anhaltspunkten auch islamfeindliche Agitationen, also die grundsätzliche Ablehnung der Präsenz und Glaubensbetätigung von Muslimen in Deutschland, vorliegen. Dies ist dann der Fall, wenn eine Vorstellung erkennbar ist, wonach die Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 GG für Muslime nicht oder allenfalls nur eingeschränkt gelten soll. Wenn also das Recht, den Glauben zu bekunden, für diesen zu werben und seine Ausbreitung zu fördern, außer Geltung gesetzt werden soll.<sup>1276</sup> Eine konkrete Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen liegt laut OVG NRW deshalb auch in der pauschalen, unabhängig von möglichen allgemein geltenden baurechtlichen Vorgaben erhobenen Forderung, den Bau von Moscheen oder Minaretten zu verbieten.<sup>1277</sup> Die Menschenwürdegarantie wird demnach schon dadurch verletzt, dass Musliminnen und Muslimen allein wegen ihres

<sup>1273</sup> Vgl. OVG NRW, Beschl. v. 08.07.2009, 5 A 203/08, juris, Rn. 6; VG Düsseldorf, Urt. v. 04.12.2007, 22 K 1286/06, juris, Rn. 135 ff., VG Minden, Beschl. v. 12.06.2015, 4 L 441/15, juris, Rn. 116.

<sup>1274</sup> Vgl. VG Berlin, Urt. v. 07.09.2016, 1 K 71.15, juris, Rn. 23.

<sup>1275</sup> Vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 23.11.2011, 1 B 111.10, juris, Rn. 48.

<sup>1276</sup> BVerfG, Urt. v. 24.09.03, 2 BvR 1436/02, juris, Rn. 37.

<sup>1277</sup> Dazu und zum Nachstehenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Glaubens der Bau bestimmter religiöser Gebäude unmöglich gemacht werden soll, während Christinnen und Christen oder andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Bauten errichten dürfen.

Keine Verfassungsschutzrelevanz begründen in diesem Zusammenhang Äußerungen, die lediglich als islamkritisch anzusehen sind, sich z. B. nur gegen bestimmte Erscheinungsformen der Religion richten. Die Grenze wird aber dann überschritten, wenn die Religion und ihre Gläubigen im Sinne eines pauschalen Feindbilds diffamiert werden.

#### aa. Pauschal negative Werturteile über Muslime

Die Auswertung der Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären bzw. Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der AfD zeigt, dass vielfach pauschalisierend negative Werturteile über den Islam und seine Anhängerinnen und Anhänger verbreitet werden; entsprechende Anhaltspunkte lassen sich auch jedenfalls einer programmatischen Schrift eines Landesverbands entnehmen.

#### (1) Bewusste Ausgrenzung von Muslimen

Dabei werden Musliminnen und Muslime oft als rückständig und der Islam als inkompatibel mit der Demokratie und weiteren westlichen Werten beschrieben; muslimische Gläubige werden unter anderem als kriminell, faul, nicht-integrierbar und unerwünscht dargestellt ((a)). Zudem finden sich Äußerungen, in denen Musliminnen und Muslimen unterstellt wird, sie verdrängten gezielt die autochthone deutsche Bevölkerung ((b)).

#### (a) Grundsätzliche Unerwünschtheit aufgrund negativer Eigenschaften

So enthält beispielsweise das Wahlprogramm der AfD Nordrhein-Westfalen für die Landtagswahl 2022 unter anderem Formulierungen und Forderungen, die gegen den Islam insgesamt gerichtet sind:

*„Der Islam [...] weist auch, in dogmatischer Hinsicht, die größten Widersprüche, ja Unvereinbarkeiten, mit unserer Kultur, unserer Rechtsordnung und politischen Ordnung auf. Denn der Islam ist nicht bloß Religion, sondern eine umfassende Lebensordnung.“<sup>1278</sup>*

<sup>1278</sup> Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2022, S. 43.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen geht hier davon aus, dass „der Islam“ nicht bloß Religion, sondern auch „Lebensordnung“ ist und zugleich „Unvereinbarkeiten“ unter anderem mit der deutschen Rechtsordnung aufweist. Durch die obige Aussage impliziert die AfD Nordrhein-Westfalen, dass der Islam insgesamt mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sei und sieht ihn nicht nur als Religion, sondern im Sinne einer „umfassenden Lebensordnung“ als (auch) politische Religion an. Zudem fordert das Landtagswahlprogramm:

*„Ausbreitung des Islams stoppen: Im Jahr 2080 werden zwischen 35 und 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland muslimischen Glaubens sein. Die AfD hält das für nicht wünschenswert und will dem politisch entgegenwirken. Dafür berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker: ‚Ein Volk hat das Recht, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden‘.“<sup>1279</sup>*

Die AfD Nordrhein-Westfalen unterstellt damit, dass der Islam zunehmend starke Verbreitung finde und damit eine für das deutsche Volk unerwünschte Entwicklung einhergehe. Sie stellt das deutsche Volk einerseits und Musliminnen und Muslime andererseits diametral gegenüber und fordert unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dass Musliminnen und Muslime nicht in dem prognostizierten Umfang Teil des deutschen Volks sein sollen. Die Frage der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung verknüpft der Landesverband so derart eng mit dem eigenen Volksverständnis, dass Deutsche muslimischen Glaubens damit letztlich abwertend als nicht gleichberechtigte Deutsche gesehen werden.

Der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) teilte auf Facebook das Video eines von ihm am 23. März 2023 gehaltenen Vortrags, in dem er äußerte:

*„Habe ich es verdient, dass ich mich einer mich verachtenden, mittelalterlichen Religion unterwerfen soll? [...] Ist das Multikulti wirklich bunt? Dieses Multikulti ist Burka-Schwarz, meine Damen und Herren. Die Freiheit des Individuums, das Grundprinzip des Christentums, kann niemals schiedlich-friedlich in einer Gesellschaft sich organisieren mit einem Islam-orientierten Menschenbild, die die totale Unterwerfung des Menschen unter den Willen Allahs fordert. Da gibt es keine*

<sup>1279</sup> Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 18. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen, März 2022, S. 5.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Freiheit des Individuums. Da gibt es nur entweder du machst das, was sie im Koran steht oder in den Hadithen, oder du bist ein Apostat. Und dann musst du [Anm.: zeigt Kopf-Abtrenn-Geste]. Das kann nicht zusammen funktionieren. Das funktioniert momentan, weil wir, die hier immer schon leben, so bequem und so idiotisch tolerant geworden sind und gar nicht merken, wie hochgefährlich diese Entwicklung ist.*<sup>1280</sup>

Renner beschreibt den Islam ohne jede Differenzierung als mittelalterlich und meint, dass in muslimisch geprägten Gesellschaften die Freiheit des Individuums nicht existieren könne, da der Islam die „totale Unterwerfung des Menschen unter den Willen Allahs“ fordere. Bei Zuwiderhandlungen müsse mit dem Tod gerechnet werden. Renner zeichnet damit das Bild einer bedrohlichen und unfriedlichen Religion, die Leben und Handlungen des Einzelnen als solche einschränke. Der Islam und seine Gläubigen werden so in Gänze als mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung inkompatibel dargestellt.

Am 10. Juli 2021 äußerte Björn Höcke sich im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Memmingen (BY) anhand gängiger Stereotype in einer den Islam grundsätzlich als negativ beschreibenden Weise und forderte dessen Zurückdrängung:

*„Ich bin was religiöse Dinge angeht ein sehr toleranter Mensch. Ich halte es da wirklich mit dem Alten Fritz, der mal gesagt hat in religiösen Dingen soll jeder nach seiner Façon selig sein. Ja, der Islam ist eine Religion, die mir fremd ist. Vor allen Dingen seine frauenfeindliche Ausprägung, seine Ehrvorstellungen, die für mich nicht nachvollziehbar sind, seine aggressive Art, sich in anderen Ländern noch auszubreiten, wenn man dort Fuß gefasst hat, alles das entspricht nicht meinem Menschenbild und meinem politischen Wollen. Deswegen ist mir diese Kultur und der Islam als Religion und Kultur eher fremd. Und ja, der islamische Einfluss in Deutschland ist zu groß und er muss zurückgedrängt werden, gar keine Frage.“*<sup>1281</sup>

<sup>1280</sup> Renner, Martin: Redebeitrag vom 23.03.2023 in Hamm (NW); veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 10.04.2023, Kanal: „Pierre Jung“, abgerufen am 13.04.2023.

<sup>1281</sup> Höcke, Björn: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt“, abgerufen am 12.07.2021.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Höcke übt hier nicht bloß Kritik an einzelnen Werten, die der Islam beinhaltet. Er meint, der islamische Einfluss im Allgemeinen sei in Deutschland zu groß und müsse zurückgedrängt werden. Was für sich genommen noch so klingen mag, als sei ein relatives Zurückdrängen, also eine Beschränkung, des Einflusses gemeint, ist – wenn man die Aussage im Kontext betrachtet – darauf gerichtet, Muslime aus der deutschen Gesellschaft zu verdrängen. Höcke sagt nämlich in dem vorangehenden Satz, dass Muslime nicht seinem Menschenbild und seinem politischen Wollen entsprechen. In letzter Konsequenz heißt das, Musliminnen und Muslime hätten, würde er mit der AfD regieren, keinen Platz in der von ihm angestrebten Gesellschaft.

In ähnlicher Weise äußerte sich die damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand Christina Baum (MdB, BW/ST) im Oktober 2023 in einem Interview mit COMPACT TV:

*„Wir haben durch diese Massenmigration diese Menschen jetzt hier bei uns, auf unseren Straßen, in unseren Häusern. Und für mich war immer klar, dass das zu Konflikten führen wird eines Tages. Es sind einfach verschiedene Kulturen, es sind verschiedene Religionen, die aufeinandertreffen. Und das kann auf die Dauer meiner Meinung nach nicht gut gehen. [...] Und wir haben ja schon wirklich, ganz speziell seit 2015, so viele Tote auf unseren Straßen. [...] Und wir sehen das eigentlich jeden Tag, lesen wir von irgendwelchen Messeangriffen, von irgendwelchen mindestens auch Raubüberfällen, aber eben auch von Tötungsdelikten. Also, wenn ich daran denke, dass das wirklich irgendwie dazu führen sollte, jetzt dieser Konflikt, dass noch mehr Muslime in unser Land kommen, also dann wird mir wirklich angst und bange, ganz speziell als Frau. [...] Wir sollten gelernt haben, auch aus den furchtbaren Folgen der zwei Weltkriege, gerade für unser Volk und für unser Land, dass wir versuchen sollten, wirklich auch in jeder Hinsicht in Frieden mit den anderen Nationen zu leben. [...] Also ich bin wirklich absolut gegen eine Islamisierung Deutschlands. Aber ich bin nicht der Meinung, dass wir anderen Völkern, anderen Religionsgemeinschaften vorschreiben sollten, wie sie zu leben haben. Sie können gern dort in ihren Ländern so leben, wie sie es seit Jahrtausenden tun. Ich möchte sie nicht in Deutschland haben. Ich möchte nicht, dass unsere Tradition, unsere Werte verloren gehen oder von anderen sozusagen erobert werden. Und das ist der einzige Grund, weshalb ich jetzt gegen die Islamisierung bin. Ich bin aber nicht prinzipiell gegen arabische*

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Länder oder gegen arabische Völker. Das ist der absolute Unterschied. Die haben genauso ihr Recht, in ihren Traditionen zu leben, wie wir das wollen. Ich möchte auch nicht von diesen eben hier in Deutschland bevormundet werden. Ich möchte so leben, wie meine Vorfahren schon immer gelebt haben.*<sup>1282</sup>

Insbesondere die Aussage „Ich möchte sie nicht in Deutschland haben“ verdeutlicht, dass Baum nicht die Kriminalität oder mangelnde Integration einiger muslimischer Einwanderter anprangert, sondern die Möglichkeit eines harmonischen Zusammenlebens vielmehr kategorisch ausschließt. Mit der Äußerung „ich bin wirklich absolut gegen eine Islamisierung Deutschlands“ spitzt sie ihre Aussage schließlich explizit auf eine Ausrichtung gegen den Islam und Muslime in Deutschland zu.

Christina Baum (MdB, BW/ST) hatte zuvor bereits in einem Facebook-Post einen „Kulturvorbehalt“ gefordert und sich gegen den Bau von Moscheen ausgesprochen:

*„Für mich gibt es nur eine Antwort auf die immer weiter fortschreitende von einzelnen Gesellschaftsgruppen bewusst herbeigeführte Zerstörung unserer kulturellen Identität: Wir brauchen dringend einen Kulturvorbehalt. Er besagt nichts Anderes, als dass unser kulturelles Erbe, das seit vielen Jahrhunderten von Generation zu Generation weitergegeben wurde und neben der Sprache die wichtigste verbindende Grundlage des Zusammenlebens der Deutschen darstellt, immer Vorrang vor allen anderen kulturellen, besonders aber auch religiösen Einflüssen haben muß. Ganz einfach gesagt: Das Kreuz, die Kirchenglocken oder die Weihnachtsmärkte bleiben - Moscheen, der Muezzin Ruf oder die Burka haben in Deutschland jedoch nichts zu suchen. Jeder Migrant, ‚Flüchtling‘ oder Asylant, der zu uns kommt, weiß genau, dass wir ein christlich geprägtes Land sind. Wer also seine eigene Religion ausleben möchte, darf sich deshalb gerne ein kultur- und religionsnahes Land für seine Entfaltung aussuchen. Die bewußte Entscheidung der vorwiegend muslimischen Migranten für Deutschland kann deshalb nur eines bedeuten: wir sollen unterwandert und unterworfen werden. Wer das nicht erkennt, hat anscheinend jede Wahrnehmung verloren. Für uns Deutsche, aber auch für alle anderen europäischen Völker, die in ähnlicher Weise*

<sup>1282</sup> Baum, Christina: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 20.10.2023, Kanal „Dr. Christina Baum“, abgerufen am 30.10.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*islamisiert werden sollen, bleibt allein die Frage: wollen wir es einfach hinnehmen oder wollen wir uns endlich dagegen auflehnen?“<sup>1283</sup>*

Mit der Forderung nach einem „Kulturvorbehalt“ und der Ablehnung von Moscheen in Deutschland bringt sie zum Ausdruck, dass sie jegliche Religionsausübung von Musliminnen und Muslimen kategorisch missbilligt.

Jörg Urban (MdL SN und Landesvorsitzender SN) äußerte sich in einer Kundgebung des PEGIDA Fördervereins e. V. am 18. Dezember 2023 auf dem Schlossplatz in Dresden (SN) zu vermeintlichen Unterschieden der Leistungsfähigkeit von „muslimischen Migranten“ und unterstellt ihnen Unwillen zur Integration:

*„Und mindestens genauso grotesk ist die Ablehnung unserer deutschen Kultur durch muslimische Migranten. Sie kommen aus völlig verarmten, dysfunktionalen, von Glaubenskriegen zerrütteten Ländern zu uns hierher. Sie leben hier von der Leistungsfähigkeit unserer aufgeklärten, christlich geprägten und demokratischen Gesellschaft. Und gleichzeitig wollen sie hier ihre Kultur errichten, die ihre Heimatländer in Armut, in Krieg und in Unfreiheit hält. Das ist doch religiöser Wahnsinn. Das ist als Massenphänomen nicht integrierbar. Das ist der heutige Islam und diesem religiösen Wahn müssen wir uns als Gesellschaft mit aller Kraft entgegenstellen. [...] Der heutige real existierende Islam integriert sich nicht. Der heutige real existierende Islam hat auch nicht die Absicht, sich zu integrieren. Im Gegenteil. In den, wie Pilze aus dem Boden schießenden, Moscheen wird in Deutschland der Unterschied, die Ungleichheit von Mann und Frau vorgebetet. Es wird der Herrschaftsanspruch des Islam und die Minderwertigkeit anderer Religionen vorgebetet. Ich sage, es ist für uns nicht hinnehmbar, wenn die Hälfte der muslimischen Migranten sagt, dass die Scharia über dem Grundgesetz steht.“<sup>1284</sup>*

In diesem Zitat kommt die pauschal diffamierende Unterstellung einer kulturellen Inkompatibilität zum Ausdruck.

<sup>1283</sup> Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 28.10.2021, abgerufen am 29.10.2021.

<sup>1284</sup> Urban, Jörg: Rede auf der PEGIDA Kundgebung am 18.12.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com) am 18.12.2023, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 19.12.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Alexander Wiesner (MdL SN) veröffentlichte am 5. Juli 2023 auf Twitter (jetzt: X) und Instagram ein Videostatement, in dem er sich zu den Unruhen in Frankreich wie folgt äußerte:

*„Frankreich brennt. Das ganze Wochenende und Tage darauf gab es schwerste Ausschreitungen von muslimisch-stämmigen Bevölkerungsgruppen, welche das Land in bürgerkriegsähnliche Zustände gestürzt haben. Für uns muss das ein Weckruf sein. Diese Menschen, diese Kulturkreise sind mit einer westlichen Demokratie nicht vereinbar und in unsere Gesellschaft auch nach Jahrzehnten nicht integrierbar. Deswegen Remigration jetzt!“<sup>1285 1286</sup>*

„Diese Menschen“ bezieht sich dabei möglicherweise noch nur auf die Krawalltäter; im Folgenden nimmt Wiesner aber Bezug auf die gesamten Kulturkreise und fordert am Ende der Aussage „Remigration“. Dies verdeutlicht, dass seine Behauptung, nach der es eine generelle Inkompatibilität mit der westlichen Demokratie gäbe, eben nicht nur auf die Personen beschränkt ist, die für die Ausschreitungen verantwortlich waren, sondern „muslimisch-stämmige“ Menschen aus ganzen Kulturkreisen einschließt. Diese Äußerung grenzt Muslime pauschal aus, indem sie als unerwünschte Personen dargestellt werden. Zudem wird Ablehnung gegenüber der ganzen Personengruppe geschürt, da diese und die ihr zugeschriebenen negativen Eigenschaften (Unvereinbarkeit mit einer westlichen Demokratie) als einzige Ursache für die „bürgerkriegsähnlichen Zustände“ in Frankreich benannt werden. Diese Zustände drohten Wiesner zufolge auch in Deutschland, wenn nicht Muslime pauschal in ihre Herkunftsländer verbracht würden.

Der später auf Platz 15 der Kandidatenliste zur Europawahl gewählte Alexander Sell (mittlerweile MdEP, BR) äußerte in seiner Bewerbungsrede im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023:

*„Ich habe deshalb noch an einer Mittelschule in den Pariser Außenbezirken Deutsch unterrichtet, also im Banlieue, schon damals ein Kriegsgebiet. Die Mutter eines Schülers, eine Deutsche, erzählte mir bei einer Gelegenheit, dass in dem Hochhaus, in dem sie leben, jedes Jahr zum islamischen Opferfest dickes*

<sup>1285</sup> Wiesner, Alexander: Videostatement; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 05.07.2023, Kanal: „Alexander Wiesner“, abgerufen am 06.07.2023.

<sup>1286</sup> Wiesner, Alexander: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 05.07.2023, Kanal: „theyoungcongressman“, abgerufen am 06.07.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Blut aus den Abflüssen quellt. Warum? Weil die muslimischen Nachbarn in den oberen Stockwerken Schafe und Ziegen in den Badewannen schächten. [...]. Die Leidtragenden der Masseneinwanderung nach Europa sind die Menschen, die mit diesen Barbaren Tür an Tür leben müssen. Also diejenigen, die nicht einfach wegziehen können oder wollen. Das sind die Menschen, die uns wählen. Das sind die Menschen, deren Interessen wir vertreten, und zwar ausschließlich wir.“<sup>1287</sup>*

Zwar bezieht Sell den Begriff „Barbaren“ in der Anekdote auf Muslime, die angeblich Tiere in ihrer Badewanne schächten und somit zu Verunreinigungen in benachbarten Wohnungen führten. Allerdings verbindet er dies mit einer Aussage zur „Masseneinwanderung“ und meint, die Leidtragenden dieser Migration seien die Menschen, die „mit diesen Barbaren Tür an Tür leben müssen“. Dies ist zumindest geeignet den Eindruck zu erwecken, es handele sich bei großen Teilen der muslimischen Migranten um „Barbaren“.

Die Negativzuschreibungen, die die AfD in Bezug auf den Islam tätigt, treten besonders pointiert in dem folgenden Posting der AfD Solingen (NW) vom 11. Juni 2022 auf Facebook zu Tage:

*„#Fakt ist, weltweit ist der #Islam die ‚#Religion‘, die am meisten #Probleme bereitet im #Zusammenleben mit anderen!“<sup>1288</sup>*

Die AfD Solingen setzt bei der Beschreibung des Islam als Religion Anführungszeichen und vermittelt damit, dass es sich in Wirklichkeit eben nicht um eine solche handle. Diese Abwertung wird noch bekräftigt, indem der Islam pauschal und ohne sachlichen Anknüpfungspunkt als problemverursachend beurteilt wird.

Die vorbenannten Äußerungen stellen den Islam und jedenfalls implizit Musliminnen und Muslime als generell inkompatibel mit freiheitlichen Werten dar; teils wird ihnen ein diskriminierender Charakter bzw. eine erhöhte Kriminalitätsbelastung allein aufgrund ihrer Religion zugeschrieben. Diese Äußerungen sind – jedenfalls in der Gesamtschau – geeignet, Ablehnung gegen diese Personengruppe und möglicherweise

<sup>1287</sup> Sell, Alexander: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com), Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023. [Videsequenz ab 8:55:30]  
<sup>1288</sup> AfD – Mach mal Blau – Solingen: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

auch den Wunsch hervorzurufen, sie aufgrund ihrer Religion anders zu behandeln, sie etwa in ihre „Heimat“ abzuschieben.

#### **(b) Pauschale Beschreibung von Muslimen als gewalttätig und gefährlich**

In anderen Äußerungen werden der Islam sowie Menschen muslimischen Glaubens von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern pauschal verdächtigt, sich gegenüber anderen Religionen und ihren Gläubigen, insbesondere dem Christentum, repressiv bis gewalttätig zu verhalten. Gegenstand zahlreicher AfD-Äußerungen sind dabei eine angeblich erhöhte Gewaltneigung bzw. Kriminalität.

Mit Bezug auf die Gruppenvergewaltigung zum Nachteil einer 15-Jährigen in Hamburg stellte die JA in einem Facebook-Beitrag vom 4. November 2021 Männer muslimischen Glaubens pauschal als Gefahr dar:

*„Wieder ein schreckliches Beispiel dafür, dass besonders Frauen Verlierer unserer offenen Grenzpolitik sind. Denn seit 2015 strömen tausende von integrationsunwilligen Kulturfremden vor allem aus islamischen Kulturkreisen in unser Land. Sie bringen ihre frauenverachtenden Überzeugungen mit nach #Deutschland und schrecken vor Gewalt gegenüber Frauen nicht zurück. Diese importierten Gewalttäter sind unkontrollierbar und tickende #Zeitbomben“<sup>1289</sup>*

Thomas Seitz (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) berichtete am 20. April 2022 in einem Facebook-Eintrag über „*muslimische Ausschreitungen*“ in der „*Migrationshochburg Malmö*“ und warnte in diesem Zusammenhang vor einem „*muslimischen Furore*“:

*„Muslimische Ausschreitungen – Schweden erntet die Früchte einer naiven Einwanderungspolitik*

*Von der Migrationshochburg Malmö ausgehend breiten sich seit einer Woche in Schweden schwere Krawalle aus, bei denen bereits zahlreiche Polizisten verletzt und mehrere Polizeifahrzeuge zerstört wurden. [...] Auslöser dieser Proteste war die Ankündigung eines islamkritischen Politikers, bei einer Kundgebung einen Koran anzuzünden zu wollen. [...] Was in Schweden gerade geschieht, ist die Folge einer naiven Einwanderungspolitik und kann auch in Frankreich, den Niederlanden oder bei uns in Deutschland jederzeit passieren. Es braucht nur geringe An-*

<sup>1289</sup> Junge Alternative: Facebook-Eintrag vom 04.11.2021, abgerufen am 17.03.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*lasse, um den muslimischen Furor zu wecken, auch bei bereits in Europa Geborenen. Die Gewaltbereitschaft vieler Anhänger des Propheten Mohammed war und ist eine der größten Bedrohungen für Sicherheit und Freiheit weltweit.“<sup>1290</sup>*

Seitz nutzt den Sachverhalt, um Musliminnen und Muslimen in pauschalisierender Weise eine ihnen lediglich auf Basis ihres islamischen Glaubens innewohnende erhöhte Gewalt- und Kriminalitätsbereitschaft zuzuschreiben. Er warnt davor, dass eine steigende Einwanderung zwangsläufig auch in anderen Ländern zu weiteren Ausschreitungen dieser Art führen werde. Die Schwelle zur Gewaltbereitschaft sei bei muslimischen Gläubigen sehr niedrig, wodurch es bereits bei geringen Anlässen zum „*muslimischen Furor*“ komme. Seitz bezieht in Europa geborene Musliminnen und Muslime explizit in seine Schilderungen ein. Insofern wird deutlich, dass er auch Muslime der der Einwanderung nachfolgenden Generationen als immerwährende „*Bedrohungen für Sicherheit und Freiheit*“ betrachtet.

Von einem regelrechten „*Schlachtfest*“ im Zusammenhang mit dem Islam sprach Udo Stein (MdB) im August 2024 anlässlich des Messerangriffs in Solingen (NW) auf Telegram:

*„Europa feiert ‚Vielfalt‘ - der Islam ein Schlachtfest*

*Es passiert immer und immer wieder, nun auch in der berühmten ‚Messerstadt‘ Solingen. Während der woke, blinde, blümchenwerfende Westen seine eigene Toleranz und Vielfalt feiert, lacht sich der radikale Islam ins Fäustchen und dankt für die Schäfchen, die sich selbst zur Schlachtbank führen.*

*Der Staat ist hier eindeutig mitschuld, wenn eine Abschiebung nicht stattfindet, weil die Person nicht anzutreffen ist! Es ist unfassbar!*

*Wie viele Menschen müssen noch sterben, ehe wir endlich eine klare Kante zeigen und konsequent und unbarmherzig gegen jeden Gesellschaftsschädling und Freiheitsfeind vorgehen?“<sup>1291</sup>*

Dazu veröffentlichte er eine entsprechende Grafik:

<sup>1290</sup> Seitz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 20.04.2022, abgerufen am 21.04.2022.  
<sup>1291</sup> Stein, Udo: Telegram-Beitrag vom 26.08.2024, abgerufen am 30.08.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Ende Oktober 2023 veröffentlichte der YouTube-Kanal „Krautzone“ ein Interview mit der AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW). Darin äußerte sich Weidel in pauschalisierender Weise negativ über Muslime und beschrieb diese als kulturell inkompatibel und gewalttätig:

*„Ich bin aufgewachsen in einem kleinen Dörfchen in Ostwestfalen, also Harsewinkel [...]. Und dort habe ich die Erfahrung gemacht, mit einem Dörfchen, was durch fremde Kulturen, vorrangig der muslimischen, völlig überfordert gewesen ist. Ich hab' das selbst als kleines Mädchen mitbekommen, auch in der Schule, dann auch im Freibad. Ich habe als Mädchen und als Jugendliche eigentlich die ganzen Themen schon mitbekommen, wenn man von jungen Horden dort angegriffen wird, umringt wird im Wasser. Und da wusste ich eigentlich schon gleich, dass das alles kulturell nicht so zusammenpasst. Also dass wir uns mit dem Influx von kulturfremden Leuten ein massives gesellschaftspolitisches Problem schaffen, was entgegen unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist. Das war mir ehrlich gesagt schon recht früh klar – und das eigentlich schon in der Grundschule. Es passt nicht zusammen. Also ich habe als kleines Mädchen darunter gelitten [...] und andere auch. [...] Uns wurde verboten im Dunkeln mit dem Fahrrad nach Hause zu fahren. Durch den Stadtpark zu fahren [...], weil es permanent solche Zwischenfälle im Dunkeln, oder auf Heimwegen mit diesen Leuten gegeben hat, wenn man Schützenfeste hatte, wenn wir mal in eine Kneipe gegangen sind so als Teenager. Da wurd's ein bisschen später und da mussten*

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*wir immer bestimmte Wege, die dunkel waren, meiden, weil es permanent in irgendeiner Art und Weise Probleme mit diesen Personengruppen gegeben hat, die zu Millionen ab 2015 in unser Land gelassen wurden.*<sup>1292</sup>

Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit Weidel retrograd persönliche Erlebnisse aus der eigenen Jugendzeit gleichsam konstruiert, um sie in ein bis in die Gegenwart reichendes muslimfeindliches Gesamtnarrativ einzufügen. Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie sie Erinnerungen als Teenagerin aus den 1990er Jahren sowohl ideologisch als auch sprachlich in einen neurechten ethnopluralistischen Kontext integriert, so als ob sie bereits im jungen Alter die selbstverständliche Idee von einer vermeintlich unüberbrückbaren Kulturfremdheit gehabt und auch so benannt haben könnte. Es ist indessen unerheblich, ob und inwiefern den Schilderungen Weidels ein zutreffender Tatsachenkern zugrunde liegt. Jedenfalls zeichnet sie ein Gesamtbild, das migrantische Jugendliche kollektiv zu nicht steuerbaren „Horden“, zu inkompatiblen Kulturfremden und zu einer ständigen Bedrohung herabwürdigt. Diese pauschale Negativzuschreibung hat für Weidel zudem nicht nur in der Gegenwart Gültigkeit, sondern weist eine zeitliche Kontinuitätslinie auf, die gemäß ihrer Erfahrungen von den 1990er Jahren über das Zäsurjahr 2015 bis in die heutigen Tage reicht. Die migrantisch-muslimische Bevölkerungsminderheit ist also in der Perspektive Weidels zeitlich überdauernd – gewissermaßen ihrem Wesen nach und damit essenziell – nicht integrierbar, sondern stellt unveränderlich einen ständigen Gefährdungsfaktor für das deutsche Volk dar. Mit ihrer Agitation exkludiert die AfD-Co-Bundessprecherin in menschenwürdewidriger Weise eine gesamte Bevölkerungsgruppe.

In ihrer Wahlkampfrede in Werder (Havel, BB) steigerte Weidel ihre muslimfeindliche Agitation zum Vorwurf eines aggressiven Dschihad gegen Nicht-Muslime in Deutschland:

*„Im letzten Jahr gab es insgesamt 761 – nur, um mal Zahlen zu nennen – 761 Gruppenvergewaltigungen in unserem Land. Das sind mehr als zwei von diesem abscheulichen Verbrechen am Tag. Das sind Phänomene, das Herumgemessere, die Vergewaltigungen, die völlig neu sind in unserem Land. Und ich möchte es Ihnen hier ganz deutlich sagen, weil ihr hier die Klardenker seid und das ohnehin schon wisst: Das, was wir auf den deutschen Straßen erleben, ist der*

<sup>1292</sup> Weidel, Alice: Interview mit Alice Weidel; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com) am 31.10.2023, Kanal: „Krautzone“, abgerufen am 07.11.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Dschihad. Hier wird ein Glaubenskrieg gegen die deutsche Bevölkerung bereits geführt. Und das ist auch der Grund, warum, sobald wir in der Regierung sitzen wir diese Leute alle achtkantig rausschmeißen, die diese Verbrechen auf unseren Straßen begehen. [...]*

*Seit Jahren stelle ich mir die Frage: Wie kann man sowas machen? Wie kann man diese Menschen reinlassen? [...] [Wisst ihr] was bei uns an den Schulen los ist? Was diese – was die Kinder von diesen Leuten, die aber ganz früh Christen- und Einheimischen-Hass eingepflicht bekommen, mit unseren deutschen Kindern auf den Schulhöfen machen? Die werden verprügelt, immer – hier – ins Gesicht, weil sie Nicht-Muslime sind.“<sup>1293</sup>*

Weidel schreibt Kriminalitätsphänomene, deren Anstieg in Teilen zwar überproportional, jedoch nicht absolut ausländischen Tatverdächtigen zugerechnet werden kann, ohne Einschränkung muslimischen Migranten zu. Auch muslimischen Schulkindern unterstellt sie pauschal eine Kriminalitätsneigung, indem sie ihnen „Christen- und Einheimischen-Hass“ und vermeintlich darauf basierende Gewalttaten gegenüber „deutschen Kindern“ zuschreibt. Dass es Weidel aber nicht in Ansätzen um eine sachorientierte Analyse kriminalstatistischer Daten geht, wird in der Maßlosigkeit ihrer Vorwürfe gegenüber muslimischen Migrantinnen und Migranten deutlich. So suggeriert sie im Grunde eine islamimmanente Neigung zu schwersten Gewalttaten, indem sie diese in den Kontext einer Glaubensdimension stellt und insinuiert, Muslime sähen sich unter Rekurs auf den Jihad-Gedanken auch noch durchweg religiös gerechtfertigt, solche Verbrechen zu begehen. Dieses Denken, so Weidels erweiterter Pauschalvorwurf, sei bereits in den Schulen unübersehbar.

In einem Interview mit AUF1 vom 27. Juni 2024 kommentierte Weidel des Weiteren mit folgendem Wortlaut das neue Staatsbürgerschaftsrecht:

*„Das ist ein Anschlag auf unser Land und auf die Zusammensetzung unseres Staatsvolkes, was nicht einfach abgeändert werden darf. Dass wir hier jetzt Nicht-Berechtigte einbürgern wollen, das ist etwas, das ist skandalös. Im letzten Jahr wurden rund 200.000 Leute eingebürgert – so viele wie noch nie. Hauptsächlich Syrer, Türken und – glaube ich – Iraker. Da wissen wir, wohin die Reise hier geht.“*

<sup>1293</sup> Weidel, Alice: Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung in Werder (Havel) am 12.09.2024; veröffentlicht in: [www.youtube.com](https://www.youtube.com) am 20.09.2024, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 24.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Hier geht es nicht mehr um eine qualifizierte Einwanderung in unser Land, sondern um eine Einwanderung von Unqualifizierten. [...] Dieses ganze Geheule jetzt, weil man sich ja wundert, dass die Ausländerkriminalität in diesem Land durch die Decke geht. Überall werden Jugendliche jetzt auch verprügelt, tot getreten, Messerattacken passieren hier täglich, Frauen werden gruppenvergewaltigt. Das ist ja ein Phänomen, was man nur aus muslimischen Kulturen gegenüber Ungläubigen kennt. Das ist ja eine Entehrung - gehört auch mit zum Dschihad, das muss man einfach ganz klar so sagen.“<sup>1294</sup>*

Weidel knüpft an ihre bisherige muslimfeindliche Argumentationslinie an, indem sie behauptet, nicht nur die Neigung zu Kriminalität und Gewalt, sondern die Begehung schwerster Gewaltverbrechen präge muslimische Kulturen und deren Angehörige. Dies gelte bereits für muslimische Jugendliche vor dem Hintergrund, dass „überall“ „Messerattacken“ passierten, Nicht-Muslime „verprügelt“ und „tot getreten“ sowie Frauen „gruppenvergewaltigt“ würden. Auch hätten muslimische Einwanderer besonders gravierende Formen von Gewalt erst nach Europa importiert, die zuvor dort gänzlich unbekannt gewesen seien. Die pauschale und nahezu ausnahmslos anmutendé Negativzuschreibung Weidels mit Blick auf Musliminnen und Muslime lässt für die Co-Bundessprecherin der AfD offensichtlich nur den Schluss zu, dass sie Menschen aus islamischen Kulturkreisen prinzipiell als ungeeignet für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft einstuft, nicht zuletzt wenn es sich um vermeintlich durchweg unqualifizierte Einwanderer aus Syrien, Irak oder der Türkei handele. Die gegenwärtige Einbürgerungspraxis sei deshalb, so der Maximalvorwurf Weidels, „ein Anschlag auf unser Land“. Erneut instrumentalisiert Weidel also eine Debatte um das Für und Wider konkreter legislativer Maßnahmen ohne jedes Interesse an einer sachorientierten Auseinandersetzung für eine islamfeindliche Polemik, die die muslimische Bevölkerungsgruppe exkludiert und in menschenwürdewidriger Weise herabsetzt.

Christina Baum (MdB, BW/ST und damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand) sprach in einem Telegram-Beitrag vom 22. April 2024 den meisten Muslimen pauschal ab, sich in einer „christlichen Gesellschaft“ integrieren zu können oder wollen und unterstellt ihnen Verachtung gegenüber der deutschen Gesellschaft und eine Gefährdung von Frauen:

<sup>1294</sup> Weidel, Alice: AUF1-Interview vom 27.06.2024; veröffentlicht in: [www.auf1.tv](http://www.auf1.tv) am 27.06.2024, abgerufen am 28.06.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Alles Lüge !! Es gibt sie nicht und wird sie nie geben – eine echte Integration von Muslimen in christliche Gesellschaften, mit wenigen Ausnahmen.*

*Man musste wahrlich kein Prophet sein, um diese erschreckenden Zahlen vorherzusehen. Viele unserer muslimischen Mitbürger machten nämlich nie einen Hehl daraus, laut auszusprechen, was sie von uns Deutschen, unseren Gesetzen und Traditionen halten- nämlich nichts, gar nicht. Die meisten von ihnen verachteten uns und betrachteten uns Frauen als Freiwild.*

*[...] Keine Gesellschaft kann ihre Traditionen und Regeln und damit ihre Sicherheit auf Dauer beibehalten, wenn solche Zuwanderer die Regel und nicht die Ausnahme sind.“<sup>1295</sup>*

Baum stellt damit Musliminnen und Muslimen als gänzlich integrationsunfähig dar und verbindet dies auch mit völkischen Ansichten, indem sie Musliminnen und Muslime „uns Deutschen“ gegenüberstellt und damit suggeriert, die deutsche Staatsbürgerschaft und ein muslimischer Glaube seien unvereinbar.

Auf ähnliche Weise äußerte sich Baum in einem Beitrag vom 25. April 2024, als sie abermals die fehlende Integration von Musliminnen und Muslimen anmahnte und ein Bedrohungsszenario skizzierte:

*Erst vor wenigen Tagen, schrieb ich auf meinen Kanälen, dass die Integration von den meisten muslimischen Zuwanderern in unser christliches Abendland gescheitert ist. Wie hart trifft mich nun die Aussage des Staatsschutzes, dass selbst er eingestehen muss, dass nicht mal mehr unsere Kinder in den Schulen vor der Scharia sicher sind. [...] Deutsche Mädchen ohne Kopftuch werden von radikalen Muslimen ermahnt, regelrechte Parallelgesellschaften tummeln sich auf den Schulhöfen, sehr drohende und teilweise gewalttätige Muslime testen ihre Grenzen aus. [...] Wollt ihr ein Kalifat in Deutschland, archaische Kulturen, Frauen, die sich auf unseren Straßen nicht mehr sicher fühlen können? [...] Solange der Anteil islamischer Bürger die Minderheit darstellt, mag das Zusammenleben funktionieren. Doch jetzt, wo sich die Verhältnisse ändern, zeigt der Islam sein wahres Gesicht. Andersgläubige werden nicht geduldet. Das Ziel ist die Unterwerfung unter den Islam. [...] Jetzt muss unserer Toleranz ein Ende gesetzt werden, wenn*

<sup>1295</sup> Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 22.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*wir in unserem eigenen Land wieder Herr über unsere Kultur, Tradition und Identität sein wollen!*<sup>1296</sup>

Die bayerische AfD-Landtagsfraktion veröffentlichte am 7. Oktober 2024 auf X einen Text von Rene Dierkes, in dem der Landtagsabgeordnete muslimische Täter pauschal als nicht resozialisierbar darstellte und in diesem Zusammenhang von einer „überbordenden Gewaltkriminalität bestimmter Migrantengruppen“ sprach:

*„Das Urteil gegen den afghanischen Vergewaltiger ist nicht nachvollziehbar – Es ist höchste Zeit für eine Abschiebungsoffensive*

*Am vergangenen Freitag hat das Landgericht #München I einen Afghanen zu vier Jahren Haft verurteilt, der auf einem Münchner U- Bahnhof einen 18jährigen polnischen Touristen vergewaltigt und beraubt hatte. [...]*

*Rene Dierkes, rechtspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, erklärt dazu:*

*Ein mildes Urteil wie dieses ist der Öffentlichkeit kaum noch zu vermitteln. Weil der Richter nicht ausschließen konnte, dass der afghanische Verbrecher in seiner geistigen Entwicklung einem Jugendlichen gleichstand, hat er das sehr viel mildere Jugendstrafrecht angewendet. Auch beim Strafmaß wurden die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Wann werden Richter endlich begreifen, dass sie bei eiskalten Tätern, die keinerlei Reue zeigen, auf maximale Abschreckung setzen müssen? Zumal Kriminelle aus muslimischen Ländern ohnehin nicht ‚resozialisiert‘ werden können, da sie nie eine Sozialisierung im westlichen Sinne erlebt haben und Entgegenkommen immer als Schwäche auslegen.*

*Für diesen Tätertyp ist in erster Linie die Abschiebungsoffensive unseres #Remigrationsprogramms gedacht. Solche Kriminellen gehören hart abgeurteilt und nach Verbüßung ihrer Strafe konsequent abgeschoben. Als einzige Fraktion im Bayerischen Landtag zieht die #AfD die notwendigen Schlüsse aus der überbordenden Gewaltkriminalität bestimmter Migrantengruppen.*<sup>1297</sup>

Rainer Balzer (MdL BW) beschreibt in einem Facebook-Eintrag vom 19. Juli 2022 syrische bzw. afghanische Migranten als „islamtreu und gewaltbereit“:

*„Obwohl sie eher einen geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen, gehören Syrer und Afghanen zu den häufigsten Tätergruppen bei Gewaltdelikten*

<sup>1296</sup> Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 25.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.  
<sup>1297</sup> AfD Bayern im Landtag: Tweet vom 07.10.2024, abgerufen am 08.10.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*wie Totschlag. Doch wenn Sie unsere rosa-rot-grüne Regierung fragen, dann haben wir natürlich kein Problem mit Ausländerkriminalität. Und natürlich ist für unser Innenministerium, wie wir inzwischen wissen, die AfD wesentlich gefährlicher als tausende islamtreue und gewaltbereite Migranten“<sup>1298</sup>*

Die Formulierung „islamtreu und gewaltbereit“ könnte vom Wortlaut bedeuten, dass Balzer nur auf die gewaltbereiten islamtreuen Migranten Bezug nimmt; im Gesamtkontext mit dem vorstehenden Satz scheint es aber naheliegender, dass Balzer zum Ausdruck bringen möchte, islamtreue Migranten seien aufgrund ihrer Religion grundsätzlich gewaltbereit.

Am 23. Oktober 2023 äußerte der sächsische Landtagsabgeordnete Jan-Oliver Zwerg auf einer Demonstration in Pirna (SN):

*„Wie wir immer wieder feststellen können, gehört der Islam nicht zu Deutschland. [...] Er gehört in den Orient. [...] Der Islam ist nicht friedlich. [...] Wir sehen es auch, er äußert sich überall auf der Welt mit Aggression, mit Terror und wir haben bei uns in Deutschland ständig diese Stellvertreterkriege. [...] Die Massenmigration aus Arabien und Afrika bedeuten eben Import von Gewalt. [...] Ja, wir haben uns die Falschen ins Land eingeladen, deswegen haben wir jetzt die Clanstrukturen, wir haben eine hohe Kriminalität. [...] Für alles ist Geld da. Wir merken, dass quasi alle möglichen Vereine, auch für islamische Vereine, die kriegen also noch vom Staat in Größenordnung Geld, Unterstützung, damit sie uns terrorisieren können.“<sup>1299</sup>*

Zwerg suggeriert damit, aus der Einwanderung von Musliminnen und Muslimen folge unmittelbar die Zunahme von Gewalt und sogar Terror. Damit spricht er pauschal Musliminnen und Muslime ausdrücklich aufgrund ihrer Religion die Verantwortlichkeit für die Zunahme von Kriminalität zu.

Die AfD Düsseldorf (NW) verbreitete am 18. März 2023 auf Telegram einen Beitrag von Martin Sellner. Sellner ist ehemaliger Sprecher der Identitären Bewegung Österreich, Mitbegründer von deren Tarnorganisation DO5 (Die Österreicher) und Leitfigur der deutschsprachigen Identitären Bewegung. In dem Beitrag war zu lesen:

<sup>1298</sup> Balzer, Rainer: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 18.08.2022.

<sup>1299</sup> Zwerg, Jan-Oliver: Redebeitrag am 23. Oktober 2023 in Pirna (SN); veröffentlicht in: [www.youtube.com](http://www.youtube.com), Kanal: „5 Nach 12 TV“, abgerufen am 05.12.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Erst hieß es es kommen nur ‚Gastarbeiter‘. Dann hieß es, sie werden sich integrieren und nur ihre ‚Hautfarbe‘ sei anders. Wen das störe, der sei Rassist. Jetzt haben wir Islamisierung, Ehrenmorde, jeden Tag Gruppenvergewaltigungen und arabische Straßenschilder. Noch in Düsseldorf, bald auch bei dir.“<sup>1300</sup>*

Diese Äußerung suggeriert, es gäbe jedenfalls Gruppenvergewaltigungen, zudem Ehrenmorde und arabische Straßenschilder als natürliche Folge einer „Islamisierung“. Diese zahlenmäßige Übertreibung ist geeignet, irrationale Ängste vor einer ganzen Personengruppe zu schüren und geht über eine zulässige scharfe Kritik an Straftaten, die durch Musliminnen und Muslime begangen worden sind, hinaus.

Am 26. September 2022 nahm Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST) und zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied, den Tod der Iranerin Mahsa Amini zum Anlass für folgenden Facebook-Eintrag:

*„Massenweise junge Männer, die von klein auf durch eine frauenverachtende und archaische Ideologie geprägt wurden, sind mit Beginn der unkontrollierten, illegalen Masseneinwanderung nach Deutschland ‚importiert‘ worden. Und unsere jungen Frauen waren ihnen ohne Vorwarnung, ohne Hinweise auf die andere Sozialisation und durch die Verinnerlichung einer blauäugigen Ideologie der Gleichheit aller Menschen schutzlos ausgeliefert. Welche fatalen Konsequenzen diese mittelalterliche Religion hat, dafür steht nun auch Mahsa Amini mit ihrem Namen als weiteres, trauriges Opfer. Die junge Frau musste sterben, weil sie ihr Kopftuch nicht richtig trug. Für uns europäische Frauen (noch) unvorstellbar, zugleich ist es aber auch eine Warnung, wohin sich Europa und insbesondere Deutschland bei weiterer Aufnahme muslimischer Migranten entwickeln könnte.“<sup>1301</sup>*

Den Islam bezeichnet Baum pauschal als „mittelalterliche Religion“ und „frauenverachtende und archaische Ideologie“. Er wird so als rückständig beschrieben und seinen Anhängerinnen und Anhängern frühzeitliche und frauenverachtende Werte zugewiesen. Mit der Bezeichnung als Ideologie stellt sie auch den Religionscharakter des Islam in Frage.

<sup>1300</sup> AfD Düsseldorf: Telegram-Beitrag vom 18.03.2023, abgerufen am 23.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

<sup>1301</sup> Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 26.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die AfD Solingen (NW) schrieb am 7. Juni 2022 auf Facebook:

*„Während Frau Chebli davon phantasiert, dass Antisemitismus vornehmlich Moslems bedroht, was im Grunde genommen eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen ist, schlachten ihre sprenggläubigen Glaubensbrüder in Afrika Christen auf brutalste und hinterhältigste Weise ab, bevorzugt zu den Feiertagen...“<sup>1302</sup>*

Islamistische Akteure werden hier als „Glaubensbrüder“ aller muslimischen Gläubigen dargestellt, was eine universelle Gefährlichkeit der gesamten Religion des Islam ausdrücken soll; dies unterstreicht die AfD mit der Zusammensetzung der Wörter „strenggläubig“ und „sprengen“ zu „sprenggläubig“.

Der AfD-Kreisverband Kassel-Stadt (HE) postete am 10. Januar 2023 auf Facebook ein Schaubild, in dem der Islam als „Schlüssel zum finstersten Mittelalter“<sup>1303</sup> bezeichnet wird und verbreitete den Beitrag eines Dieter Schuh, der den Koran als „Bibel des Blutes“<sup>1304</sup> bezeichnete.

Mit den vorangegangenen Äußerungen werden Muslime als generelle Bedrohung charakterisiert und so werden Ängste, Argwohn und Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber muslimischen Gläubigen und der Religion des Islam als Ganzes geschürt. In letzter Konsequenz führt dies zu einer Abwertung und Ausgrenzung von Menschen muslimischen Glaubens. Musliminnen und Muslime werden mithin nicht anhand ihrer individuellen Handlungen und Entscheidungen gemessen, sondern lediglich als Teil einer muslimischen Gesamtheit angesehen, die undifferenziert als Gefahr oder jedenfalls rückständig dargestellt wird.

#### **(2) Angebliche Verdrängung der europäischen Bevölkerung durch den Islam**

Ein von Vertreterinnen und Vertretern der AfD regelmäßig bedientes Narrativ ist die angebliche Verdrängung der einheimischen deutschen bzw. europäischen Bevölkerung durch muslimische Einwanderinnen und Einwanderer.

Die Warnung vor einer vermeintlichen Islamisierung wird mehrfach damit verbunden, dem Islam und seinen Gläubigen einen grundsätzlichen Macht- und Herrschaftsanspruch zu unterstellen. Musliminnen und Muslimen wird pauschal unterstellt, durch

<sup>1302</sup> AfD Solingen: Facebook-Eintrag vom 07.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

<sup>1303</sup> AfD-Kreisverband Kassel-Stadt: Facebook-Eintrag vom 10.01.2023, abgerufen am 23.07.2024.

<sup>1304</sup> Ebd.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Einwanderung und durch die islamische Religionsausübung Andersgläubige einzuschüchtern und diese langfristig unterwerfen zu wollen.

Die nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias teilte am 19. Mai 2022 auf Twitter (heute: X) die nachfolgende Grafik<sup>1305</sup>, welche sie u. a. mit dem Hashtag „#islamisierung“ versah:



Die Grafik soll illustrieren, dass die „Islamisierung“ in Zukunft das größte Problem der westlichen Gesellschaft sein werde. Die Aussage des eine Verschleierung tragenden Mädchens impliziert außerdem, dass dieser Prozess von Musliminnen und Muslimen bewusst befürwortet werde. Die Verschleierung soll hier wohl als abschreckendes Beispiel dienen, um zu verdeutlichen, dass die Religion des Islam westlichen Werten wie dem der Selbstbestimmung der Frau entgegenstehe.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) veröffentlichte am 31. Oktober 2023 einen Tweet, in dem sie eine voranschreitende Islamisierung Deutschlands behauptet:

*„Wir erleben die Entgrenzung des Islams! ,Wenn die Politik jetzt nicht aufhört, runterzubeten, der #Islam gehöre zu Deutschland, wird Deutschland bald dem Islam gehören!““<sup>1306</sup>*

<sup>1305</sup> Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 19.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

<sup>1306</sup> Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 31.10.2023, abgerufen am 31.10.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands wurde am 30. April 2024 ein Eintrag veröffentlicht, in dem vor der Übernahme Deutschlands durch den Islam gewarnt wird:

*„Kalifat Deutschland: Wenn wir jetzt nicht handeln, gibt es kein Zurück mehr!“<sup>1307</sup>*

Auch Alexander Jungbluth (zum damaligen Zeitpunkt Listenkandidat für die Europawahl 2024) warnte in einem durch den AfD-Bundesverband geteilten Facebook-Eintrag vom 29. April 2024 vor einem „Kalifat“ in Deutschland:

*„Islamisten bedrohen unsere Werte*

*Ampel macht Deutschland zum Kalifat!“<sup>1308</sup>*

Am 14. Oktober 2024 schrieb Christine Anderson (MdEP, HE und parlamentarische Geschäftsführerin der ESN-Fraktion) auf X folgenden Beitrag:

*„Wann setzt auch #Deutschland endlich das #EU-Asylrecht aus? Dort ist die Notlage am größten! #Europa muss die 180-Grad-Asylwende schaffen. Alles andere bringt früher oder später durch die illegale #Migration das #Kalifat.“<sup>1309</sup>*

Beatrix von Storch (BR), stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag, schrieb in einem Facebook-Beitrag vom 23. Januar 2023:

*„+ + + Massenhafte Einbürgerung von muslimischen Migranten + + + 2022 ließen sich bei uns am häufigsten Syrer einbürgern (über 19.000). Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ließen sich auch noch über 12.000 Türken einbürgern. Das entspricht pro Jahr einer deutschen Kleinstadt, und wenn man dann an den Familiennachzug denkt, hat man schon eine neue muslimische Großstadt in Deutschland. Jedes Jahr. Viele dieser Personengruppe interessieren vor allem: die deutschen Sozialleistungen. So entstehen, von Rot-Grün gewollt, von der FDP geduldet, immer größere und stärkere Parallelgesellschaften, die mit unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat oft aber auch gar nichts zu tun haben wollen. Was das bedeutet, hat man an Silvester gesehen. Wir müssen diese fatale Entwicklung endlich stoppen und rückgängig machen, sonst leben wir bald nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der Islamischen Republik Deutschland.“<sup>1310</sup>*

<sup>1307</sup> AfD: Facebook-Eintrag vom 30.04.2024, abgerufen am 04.06.2024.

<sup>1308</sup> Jungbluth, Alexander: Facebook-Eintrag vom 29.04.2024, abgerufen am 06.05.2024.

<sup>1309</sup> Anderson, Christine: Tweet vom 14.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.

<sup>1310</sup> Storch, Beatrix von: Facebook-Eintrag vom 23.01.2023, abgerufen am 30.01.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Auf X insinuierte Beatrix von Storch am 5. Oktober 2024 eine vermeintliche vom Europäischen Gerichtshof gesteuerte Islamisierung:

*„Alle afghanischen Frauen bekommen Asyl- weil ihre afghanischen Männer alle grausam sind? Und dann kommen die Männer über Familiennachzug?  
Das hat mit dem #Islam zu tun. Der #EuGH will uns offenkundig kaputt machen, also: islamisieren. Was für ein IRRSINN.  
#numochAfD Wir steigen da aus. Es reicht.“<sup>1311</sup>*

Ähnlich äußerte sich Lena Kotré (Mdl BB) am 6. Oktober 2024 in einem Videobeitrag auf X:

*„Liebe Freunde, wollt ihr wissen, wie kaputt das Zuwanderungssystem in Deutschland wirklich ist? Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass Frauen aus Afghanistan allein aufgrund ihres Geschlechts einen Anspruch auf Asyl in der Europäischen Union haben. Die Bundesregierung plant ja auch schon, Afghaninnen hierher zu holen. Ja, die Situation der Frauen vor Ort ist fatal, aber genau das ist der fundamentale Islam, genau das ist die Scharia und genau das ist auch der Grund, warum wir hier in Deutschland uns immer wieder vehement gegen die schleichende Islamisierung in der Gesellschaft einsetzen.*

*Wir wollen diese Zustände hier nicht, verdammt noch mal. Ist das so schwer zu verstehen? Wir Frauen in Deutschland sind durch die Islamisierung ebenfalls gefährdet.*

*Wir sind stark gefährdet, indem immer weiter seit 2015 kontinuierlich junge Männer hierherkommen, aus Kulturkreisen, die nicht kompatibel mit dem unseren sind. [...] Ja, den Frauen sollte geholfen werden, allerdings vor Ort, in den Kulturkreisen rund um Afghanistan, wo sie zu Hause sind, wo sie sozialisiert sind. Das kann hier in Deutschland nicht erfolgen. Wir haben ja noch ein weiteres Problem, wenn wir die Frauen aus Afghanistan her holen. Und zwar den Familiennachzug. Auf einmal haben wir 20-köpfige Familien hier, alle kommen hierher. Ehemänner, Söhne, alle die, die dort in diesen frauenfeindlichen Kreisen, in diesen frauenfeindlichen Kulturen sozialisiert wurden, kommen hierher und implementieren ihr Frauenbild immer weiter in die Gesellschaft. Wir deutschen Frauen sind dann die Leidtragenden. Das darf nicht sein. Wir müssen uns immer wieder*

---

<sup>1311</sup> von Storch, Beatrix von: Tweet vom 05.10.2024, abgerufen am 24.10.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*gegen diese schleichende Islamisierung stellen. Ich kann es nur noch einmal sagen.*

*Die AfD ist die einzige Partei, die sich noch für die Rechte der Deutschen und für die Rechte der deutschen Frauen im Übrigen hier in diesem Land einsetzen.*

*Wir sind gegen eine Islamisierung. Wir sind gegen das Implementieren islamistischen Gedankengutes in unsere Gesellschaft. Und deshalb dürfen wir es nicht hinnehmen, dass Islamisten aus anderen Ländern hier Einzug halten dürfen. Ich sage es noch einmal. Die Frauen aus Afghanistan müssen in ihren Kulturkreisen bleiben.“<sup>1312</sup>*

Einige Tage später veröffentlichte Lena Kotré ein weiteres Video auf X, in welchem sie erneut von einer angeblichen „Islamisierung“ sprach.<sup>1313</sup>

Miguel Klauß (MdL BW) gab in einem Telegram-Beitrag vom 23. April 2024 an, die AfD setze sich als einzige Partei gegen eine vermeintliche Islamisierung ein. In seinem Beitrag teilte er eine Grafik einer Zeitungsüberschrift:

*„Staatsschützer schlägt Alarm – Deutsche Kinder konvertieren aus Angst zum Islam.“<sup>1314</sup>*

Auch Eugen Schmidt (zu diesem Zeitpunkt MdB, NW) beschwor die Islamisierung Deutschlands, indem er in Bezug auf die Eröffnung einer muslimischen Kindertagesstätte in Neumünster (SH) mit Zustimmung der CDU in Schleswig-Holstein schrieb:

*„Es ist immer noch die gleiche CDU wie unter Merkel. Diese angeblich christlich-konservative Partei steht für die Islamisierung unseres Landes und unterscheidet sich durch nichts von der Ampel-Koalition.“<sup>1315</sup>*

Christina Baum (MdB, BW/ST) unterstellte Musliminnen und Muslimen in einem Facebook-Eintrag vom 10. Juli 2024 invasorische Absichten:

*„Schluss mit der muslimischen Übernahme – bleibt in Euren Heimatländern! [...] Ich kann gut verstehen, warum die Regierung nicht preisgeben will, wieviele Muslime mittlerweile in Deutschland leben. [...] Bei dieser rasanten Entwicklung wird*

<sup>1312</sup> Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 06.10.2024, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 25.10.2024.

<sup>1313</sup> Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 10.10.2024, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 25.10.2024.

<sup>1314</sup> Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 23.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.

<sup>1315</sup> Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 19.07.2024, abgerufen am 19.07.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*es nicht mehr lange dauern und wir Deutschen werden zur Minderheit in der eigenen Heimat.“<sup>1316</sup>*

Jens Oberhoffner (MdL SN) veröffentlichte am 11. April 2024 ein Video einer größeren Anzahl muslimischer Männer, die an einem Flussufer gemeinsam beten. Dies sah Oberhoffner als Ausdruck eines „Herrschaftsanspruch[s]“ der „religiös fanatischen Anhänger des Islam“:

*„Gestern in Dresden - die religiös fanatischen Anhänger des Islam untermauern ihren Herrschaftsanspruch. Auch in den ostdeutschen Bundesländern macht sich diese Gefahr immer weiter breit.*

*Darüber täuscht auch keine staatlich verordnete Ablenkungsmedienkampagne à la Correctiv und ‚Nie wieder ist jetzt‘ mehr hinweg. Die Faktenlage ist eindeutig - man muss nur mit offenen Augen und klarem Verstand durch das Land gehen.“<sup>1317</sup>*

Georg Hock, Beisitzer im AfD-Landesvorstand Bayern, teilte am 27. Oktober 2024 auf Facebook eine Grafik mit folgender Aufschrift:

*„Der Islam ist nicht nach Europa gekommen, um mit euch Multi-Kulti zu feiern!  
Der Islam ist gekommen um zu herrschen!“<sup>1318</sup>*

Roman Kuffert (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im AfD-Landesvorstand, mittlerweile MdL BB) suggerierte in seinem Redebeitrag im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung am 3. September 2021 in Elsterwerda (BB) sogar, die Entwicklung münde in einem „Genozid“ am deutschen Volk:

*„Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Wir müssen Deutschland vor der Islamisierung schützen, Freunde. [...] Die aktuell in Deutschland lebenden Afghanen bereiten uns täglich, täglich massive Probleme mit Kriminalität, v.a. mit Gruppenvergewaltigungen, zwei an einem Tag, Messerstrafaten, Ehrenmorde usw. Das ist nur die Spitze. [...] Politiker mit Kopftuch, tausendfach auf Plakaten, gerade in den alten Bundesländern, welche oft den politischen Islam okay finden, ja. Na klar finden sie ihn okay. In den Großstädten Deutschlands haben schon heute deutlich mehr als 50% Kinder einen Migrationshintergrund, im Alter von bis zu 7*

<sup>1316</sup> Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 10.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.

<sup>1317</sup> Oberhoffner, Jens: Facebook-Eintrag vom 11.04.2024, abgerufen am 15.04.2024.

<sup>1318</sup> Hock, Georg: Facebook-Eintrag vom 27.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Jahren. Auf vielen Grundschulen dominiert Arabisch auf den Schulhöfen, das ist eine Tatsache. In den Großstädten Und in den mittleren Städten geht's auch schon los. Eine fremde Kultur breitet sich kontinuierlich an den Schulen und Institutionen aus. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft wird Stück für Stück verändert und zurückgedrängt. Wenn die Deutschland-hassende Politik so weitermacht, dann sind wir Deutsche spätestens 2050 definitiv die Minderheit in Deutschland. Ist das kein Genozid an uns Deutsche?“<sup>1319</sup>*

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum, die von Juni 2022 bis Juli 2024 auch dem Bundesvorstand der AfD angehörte, bezichtigte in einem Facebook-Beitrag vom 28. Oktober 2021 muslimische Migranten, sie wollten Deutschland unterwandern:

*„Jeder Migrant, ‚Flüchtling‘ oder Asylant, der zu uns kommt, weiß genau, dass wir ein christlich geprägtes Land sind. Wer also seine eigene Religion ausleben möchte, darf sich deshalb gerne ein kultur- und religionsnahes Land für seine Entfaltung aussuchen. Die bewußte Entscheidung der vorwiegend muslimischen Migranten für Deutschland kann deshalb nur eines bedeuten: wir sollen unterwandert und unterworfen werden. [...] Für uns Deutsche, aber auch für alle anderen europäischen Völker, die in ähnlicher Weise islamisiert werden sollen, bleibt allein die Frage: wollen wir es einfach hinnehmen oder wollen wir uns endlich dagegen auflehnen?“<sup>1320</sup>*

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau stellte muslimische Migranten in einem Facebook-Post vom 20. November 2021 pauschal als „Invasoren“ dar:

*„Kretschmer und Köpping verbieten unsere Weihnachtsmärkte während täglich neue Invasoren aus Islamischen Ländern einfallen!“<sup>1321</sup>*

Der AfD-Kreisverband Bonn (NW) brachte ebenfalls eine angebliche „Überfremdung“ und „Islamisierung“ mit einer rein negativ konnotierten Veränderung Deutschlands in Zusammenhang:

*„Verlassene Dörfer, geschlossene Gasthäuser, aussterbende Vereine. Stattdessen sterile Neubauten, internationale Fastfoodketten und billige ‚Modehäuser.‘*

<sup>1319</sup> Kuffert, Roman: Redebeitrag auf Kundgebung am 03.09.2021 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: [www.facebook.com](https://www.facebook.com) am 03.09.2021, Kanal: Falko Graf“, abgerufen am 06.09.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

<sup>1320</sup> Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 28.10.2021, abgerufen am 29.10.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. c. aa. (1))

<sup>1321</sup> Dornau, Jörg: Facebook vom 20.11.2021, abgerufen am 22.11.2021.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Auch die zunehmende Überfremdung und Islamisierung verändert unsere Heimat.*<sup>1322</sup>

Am 23. Juni 2022 schrieb die AfD Solingen (NW) auf Facebook:

*„Nennt man das ‚friedliche Landnahme‘, mit der man anstelle von Kriegsführung Länder Europas erobert, so wie es die Islamische Liga bereits zweimal in Geheimbeschlüssen in Pakistan Lahore (ca 1995) und in Kairo, Ägypten Anfang der 2000er Jahre beschlossen hat? Ziel dieser ursprünglichen Geheimbeschlüsse – aufgedeckt durch Bassam Tibi – ist es Europa mit Migrationswellen zu islamisieren... Was man früher durch Krieg erreichte, erreicht man so sukzessive über drei bis vier Generationen durch Einwanderung und Geburtenüberschuss: Diese Strategie entspricht der Mohammeds nach seiner Flucht von Mekka. Gleichzeitig schwächt man so die Sozialsysteme, schwächt die innere Sicherheit ... Zuletzt so geschehen am Gardasee in diesem Jahr: Migrantenmobs – ausschliesslich männlich – belästigten sexuell dort einheimische Urlauberinnen ... ganz nach dem Muster der Domplatte 2015 ...“*<sup>1323</sup>

Dem Islam wird auch hier ein Expansionsanspruch gegenüber europäischen Ländern unterstellt. Der Zuzug von Musliminnen und Muslimen führe zu einer Kontroll- und Landnahme durch sie; ihr Ziel sei die Verdrängung der einheimischen Bevölkerung und die Islamisierung Europas. Die „Landnahme“ sei systematisch geplant worden und werde strategisch durch „Einwanderung und Geburtenüberschuss“ umgesetzt. Im Zuge dessen komme es außerdem zu einer Schwächung der Sozialsysteme, der inneren Sicherheit und der Bedrohung der Bevölkerung durch muslimische Gläubige, denen ein gezieltes und planvolles Agieren unterstellt wird.

Auch Tomasz Froelich, zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender JA-Bundesvorsitzender und Kandidat zur Europawahl 2024 (mittlerweile MdEP, HH), griff den Begriff auf, indem er in einem Tweet vom 4. November 2023 von einer „*aktuell stattfindenden Landnahme durch muslimische Migranten, die einer Vorstufe zum Bürgerkrieg ähnelt*“ sprach.<sup>1324</sup>

Das Narrativ einer fortschreitenden Islamisierung kommt auch in zahlreichen Äußerungen bezüglich der Anbringung von Ramadan-Beleuchtungen in deutschen Städten

<sup>1322</sup> AfD Bonn: Facebook-Eintrag vom 11.05.2022, abgerufen am 11.07.2023.  
<sup>1323</sup> AfD Solingen: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 23.06.2022.  
<sup>1324</sup> Froelich, Tomasz: Tweet vom 04.11.2023, abgerufen am 06.11.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

zum Ausdruck. So äußerte der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Miguel Klauß im März 2024 auf Telegram:

*„Eine Islamisierung findet nicht statt? Erste deutsche Stadt hängt Ramadan-Beleuchtung auf! Das hat bei uns genau so wenig in der Öffentlichkeit zu suchen wie der Muezzinruf. Wir sind ein christlich geprägtes Land und das sollen und wollen wir auch bleiben! Deshalb müssen wir wachsam bleiben und uns gegen die fortschreitende Islamisierung unseres Landes zur Wehr setzen. Deswegen AfD. Deutschland aber normal.“<sup>1325</sup>*

Dirk Spaniel<sup>1326</sup> (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) kommentierte die Ramadan-Beleuchtung in Köln zunächst folgendermaßen:

*„Goldene Sterne, leuchtende Halbmonde, bunte orientalische Ramadan-Laternen, riesige verschnörkelte Schriftzüge ‚Happy Ramadan‘. Wieder einmal wird auf Kosten der Steuerzahler ausländischen Integrationsverweigerern gehuldigt. Wir als AfD werden solche grünen Gesten der Unterwerfung verhindern.“<sup>1327</sup>*

Wenig später führte Spaniel zudem aus:

*„Die links-grün-bunte Propaganda will Deutschland als ursprüngliche und eigenständige Nation und Kulturgemeinschaft durch die seit Jahren politisch forcierte Verdrängungsmigration quasi auslöschen -zur Bedeutungslosigkeit marginalisieren. Auf allen Kanälen werden die Bürger tagaus, tagein pausenlos mit dem Mantra von Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit malträtirt. Dabei sind die Mehrheit der Deutschen gegen diese Demutsgesten und Lichtergirlanden...“<sup>1328</sup>*

Spaniel sieht demnach eine Verdrängung deutscher Kultur bis hin zu ihrer Auslöschung im Gange. Durch die Aussage, mit der Beleuchtung werde „Integrationsverweigerern gehuldigt“, suggeriert er, alle Musliminnen und Muslimen würden – nur weil sie ihre Religion pflegen – die Integration verweigern. Damit wird zugleich deutlich, dass von Zuwandernden die vollständige Assimilation erwartet und ihnen keine Religionsfreiheit zugestanden wird.

<sup>1325</sup> Klauß, Miguel: Telegram-Beitrag vom 06.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.

<sup>1326</sup> Dirk Spaniel ist im Oktober 2024 aus der AfD ausgetreten.

<sup>1327</sup> Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 16.04.2024.

<sup>1328</sup> Spaniel, Dirk: Telegram-Beitrag vom 16.03.2024, abgerufen am 16.04.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Jürgen Braun (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW) kommentierte im März 2024 eine Schlagzeile zum Aufhängen von Ramadan-Beleuchtung folgendermaßen:

*„Eine Islamisierung findet nicht statt! Alles nur Verschwörungstheorie [Zwinkern-des-Emoji]“<sup>1329</sup>*

Den Verkauf sogenannter Ramadan-Kalender durch einen deutschen Drogeriemarkt interpretierte Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) ebenfalls als Zeichen von „Islamisierung“ und „Ersetzungsmigration“:

*„Heutige Sichtung bei DM. Denkt immer dran: Ersetzungsmigration und Islamisierung sind nur rechte Verschwörungstheorien. Oder entsprechen sie vielleicht doch der Realität, weil jeder Bürger mit eigenen Augen in Echtzeit beobachten kann, wie sich diese bitterer Zustand im Alltag immer mehr bemerkbar macht?“<sup>1330</sup>*

Aussagen, wonach der Zuzug von Migranten dazu führen werde, dass Deutschland zur „Islamischen Republik Deutschland“ werde, einheimische Deutsche „ersetzt“ würden beziehungsweise diese Migration per se staats- und kulturzersetzend wirke, sind geeignet den Eindruck zu erwecken, der deutsche Staat werde durch die Einwanderung von Migranten, insbesondere Musliminnen und Muslimen, im Ergebnis zerstört. Als politische Forderung wird hier pauschal ein Migrationsstopp bzw. die „Rückgängigmachung“ genannt.

Die wiederholte Behauptung einer drohenden Islamisierung Deutschlands geht in einigen voranstehenden Äußerungen in ihrer Pauschalität von der ethnisch-abstammungsmäßigen Vorstellung aus, dass ein Hinzukommen der unterschiedlichen und als inkompatibel wahrgenommenen muslimisch geprägten Kulturen zu der westlichen Wertegemeinschaft schlussendlich die Zerstörung des deutschen Volkes und Staates herbeiführe. Der Islam und die nach Deutschland einwandernden oder in Deutschland lebenden Menschen muslimischen Glaubens werden pauschal mit religiösem und politischem Dominanz- und Expansionsstreben in Verbindung gebracht. Teils wird behauptet, dass Musliminnen und Muslime Andersgläubigen ihre Religion in totalitärer Weise aufzwingen wollten, weil sie die Islamisierung Deutschlands und Europas verfolgten.

<sup>1329</sup> Braun, Jürgen: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.

<sup>1330</sup> Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 12.02.2024, abgerufen am 14.02.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Entsprechende Positionen wurden insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau von Moscheen und dem Muezzinruf verbalisiert, der auch außerhalb der Kölner Zentralmoschee zu hören ist. Dabei ist nicht zu beanstanden, dass der durch Lautsprecher verstärkte Muezzinruf, wie er etwa in der Kölner DITIB-Moschee zu hören ist, kritisiert wird. Anhaltspunkte für eine muslim- bzw. islamfeindliche Position finden sich aber dort, wo die Diskussion um den Muezzinruf dazu instrumentalisiert wird, den Islam gänzlich als totalitäre Ideologie zu verunglimpfen, weshalb er in Deutschland keinen Raum haben sollte.<sup>1331</sup> So schrieb Martin Renner (MdB, NW):

*„Ausgerechnet in der Domstadt Köln ertönt lautstark seit Freitag einmal wöchentlich der ‚Ruf des Muezzin‘ aus der Ehrenfelder DITIB-Zentralmoschee. Muslime sollen das Gefühl bekommen, ‚dass auch sie ihre Religionspraxis ausüben können‘, so ein Vertreter der DITIB.*

*Das ist doch wohl nur der erste Schritt? Und ist der zweite Schritt in der Ausübung der Religionspraxis – auch als Scharia zu bezeichnen – dann die handgreifliche Züchtigung bis hin zur Steinigung von Frauen? Und ist der dritte – finale – Schritt dann der ‚Adhan-Gebetsaufruf‘ vom Muezzin aus den Höhen der zukünftig umgewidmeten und islamkonform umbenannten ‚Hohen Domkirche Sankt Petrus zu Köln‘? [...] Der Ruf ‚Allah ist größer‘ ist nichts weniger als eine Machtdemonstration des Islam. Ein Postulat der bedingungslosen Inbesitznahme eines Landes, das eigentlich den sofortigen und unmissverständlichen Einsatz des Verfassungsschutzes auf den Plan rufen müsste. Sei es drum! Fast überflüssig zu erwähnen, dass diese bewusste Abkehr von unserer christlichen und abendländischen Zivilisation – die eigene freiwillige Unterwerfung und genau das fordert und meint der Begriff ‚Islam‘ – auch noch feierlich live im TV übertragen wurde. Buntheit, Toleranz, Akzeptanz, Vielfalt sind – falsch verstanden – die Komponenten des Bösen. [...] Dies alles ist der links-dystopische Irrsinn unserer Zeit. Geboren aus einem über die Jahrzehnte zelebrierten Erb-Schuld-Denken, das nach dem Willen linksextremer Weltverbesserer niemals enden darf.“<sup>1332</sup>*

<sup>1331</sup> Vgl. dazu auch VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 177.  
<sup>1332</sup> Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der Islam und damit auch seine Gläubigen werden als Gefahr für Deutschland inszeniert. So sei der Muezzin-Ruf nur der erste Schritt für eine Verdrängung der „christlichen und abendländischen Zivilisation“ und die Inbesitznahme Deutschlands. Damit unterstellt er dem Islam aggressive Eroberungstendenzen.

Auf der AfD-Internetseite wurde am 25. April 2022 ein Artikel veröffentlicht, in dem sich das damalige Bundesvorstandsmitglied Joachim Paul (MdL RP) ebenfalls zum Muezzin-Ruf äußerte:

*„Das Kölner ‚Modellprojekt‘ war, wie von der AfD bereits befürchtet, nur der Auftakt zu einer bundesweiten Muezzin-Ruf-Offensive. [...] Seltsam: im ‚Wahl-Ordnung‘ hat die CDU bei der Frage, ob Moscheegemeinden zum Freitagsgebet rufen dürfen sollten, zugestimmt. Das passt auch zum Verhalten der CDU-Ratsfraktionen in Köln und Koblenz - sie duckten sich beim Thema weg und bahnten oder bahnen so den Weg für diese Machtdemonstrationen. [...] Joachim Paul, Mitglied des AfD-Bundesvorstands:*

*[...] Die Bürger sollten wissen: wer CDU wählt, honoriert politische Rosstäuscher, die das Thema Einwanderung und Integration stets unter den Vorbehalt der Wahlkampfaktik stellen und Probleme und gravierende Fehlentwicklungen wie die Ausbreitung des Islamismus in NRW nicht bekämpfen, sondern moderierend begleiten und die Innere Sicherheit gefährden. Zu Gunsten des Treibens von Hasspredigern und Islamisten. Der Ruf des Muezzins ist eine Demonstration der Macht, er wird von islamistischen Gemeinden zudem als Aufruf zur Durchsetzung einer islamistischen Gesellschaft auf deutschem Boden betrachtet. Er stellt damit in letzter Konsequenz auch Gewaltenteilung, Demokratie und Frauenrechte lautstark in Frage. Die AfD vertritt darüber hinaus die Idee einer deutschen Leitkultur, das heißt: wir bekennen uns selbstverständlich zur freien Religionsausübung, lehnen aber hierfür nicht unabdingbar notwendige lautstarke religiöse Machtdemonstrationen ab. Deshalb bleibt es für die AfD heute und morgen dabei: Kein Ruf des Muezzins in unseren Städten!“<sup>1333</sup>*

Auch Paul beschreibt den Muezzin-Ruf als „Machtdemonstration“ des Islam und muslimischer Gläubiger zur „Durchsetzung einer islamistischen Gesellschaft“ in Deutschland. Der Muezzin-Ruf sei ein Symptom eines sich ausbreitenden Islamismus. Ohne

<sup>1333</sup> AfD: Joachim Paul: Wackel-Wüst (CDU) will nun doch Ruf des Muezzins - nur AfD konsequent!“ vom 25.04.2022, in: [www.afd.de](http://www.afd.de), abgerufen, am 28.04.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

zwischen der Religion des Islam und dem Islamismus als politischer Ideologie zu unterscheiden, unterstellt Paul pauschal der gesamten Religion, Gewaltenteilung, Demokratie und Frauenrechte in Frage zu stellen. Die Äußerungen zielen darauf ab, Ängste vor Menschen muslimischen Glaubens zu schüren und sie als Anhängerinnen und Anhänger einer die Sicherheit gefährdenden, freiheitsfeindlichen und expansiven politischen Ideologie zu charakterisieren.

Auf der Facebook-Seite des AfD-Bundesverbands wurde am 14. Oktober 2022 ein Beitrag veröffentlicht, in dem die Partei den Muezzin-Ruf einer Moschee in Köln als *kulturelle Landnahme* bezeichnet:

*„+++ Mit der AfD gäbe es keine Muezzin-Rufe in Deutschland! +++ So geht kulturelle Landnahme: Während die Stadt Köln den weltberühmten Dom aus ihrem Stadtlogo gekickt hat, gehört dort seit heute der Muezzin-Ruf zum Alltag. Dank eines ‚Modellprojektes‘ werden Moslems nun regelmäßig über Lautsprecher zum Gebet aufgefordert – und Deutsche bekommen bei dieser Gelegenheit gleich mal aufgezeigt, wer hier am Rhein in Zukunft den Ton angibt. Es ist ein beispielloses Einknicken vor der Ausbreitung einer Religion, in der Frauen immer noch als Menschen zweiter Klasse behandelt und Homosexuelle geächtet werden. Die vielgepriesene Vielfaltsgesellschaft – in Köln bislang sehr ausgeprägt – sägt an ihrem eigenen Ast! Mit uns von der AfD würde es eine solche Vereinnahmung öffentlicher Räume durch fremde Kulturen nicht geben. Denn weder der Muezzinruf noch der Islam gehören zu Deutschland. Zu uns gehören Freiheit und Selbstbestimmung! Lassen wir nicht zu, dass diese Errungenschaften weiter ausgehöhlt werden!“<sup>1334</sup>*

Die AfD stellt hier ein freiheitliches, selbstbestimmtes „Wir“ einem „Die“ gegenüber, das sie u. a. pauschal als Frauen abwertend darstellt und beschreibt abermals einen angeblichen Prozess der „Landnahme“, gegen den man sich wehren müsse. Die Erlaubnis für den Bau der thematisierten Moschee nebst Muezzin-Ruf klassifiziert sie nämlich als „Einknicken“, also als Nachgeben oder Verlieren.

Allerdings äußert sie auch, die Vielfaltsgesellschaft säge an ihrem eigenen Ast und meint dann, sie hätte dem Muezzin-Ruf nicht zugestimmt. Dies kann auch so gelesen werden, als respektiere sie grundsätzlich ein Miteinander der Kulturen, meine aber,

<sup>1334</sup> AfD Facebook-Eintrag vom 14.10.2022, abgerufen am 19.10.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

der Muezzin-Ruf sei zu weit gehend. Eine solch differenzierte Betrachtung wäre als islamkritisch nicht per se verfassungsfeindlich.

Andere Aussagen gehen hingegen explizit von einer Inkompatibilität des Islam und in der Folge gläubiger Muslime mit deutschen Werten aus und lehnen die Anwesenheit von Muslimen oder aber die Ausübung der Religion in Deutschland ab. Teils wird eine negative Veränderung Deutschlands allein aufgrund des zunehmenden Anteils muslimischer Gläubiger an der Gesamtbevölkerung beschrieben, der zwangsläufig einen Islamisierungsprozess der europäischen Länder nach sich ziehe und diese langfristig zerstöre.

Christina Baum, zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und Bundestagsabgeordnete (BW/ST) schrieb am 20. März 2023 auf Facebook:

*„Deutschland muss deutsch bleiben*

*Nach der massenhaften Einwanderung von arabischen Männern sprießen Moscheen mit Minaretten aus dem Boden und sogar der Muezzin-Ruf ertönt mittlerweile in einigen Städten. Deshalb ist es nur folgerichtig, auch gleich die Straßen mit arabischen Namen zu versehen, damit sich die vielen Neubürger in unserem Land auch wie Zuhause fühlen. Nein, lieber Herr Charchira von den Grünen, das nennt man nicht Inklusion, sondern das ist arabisch-muslimische Landnahme! Wir, die Deutschen, werden zur Minderheit im eigenen Land und dies in einer Geschwindigkeit, das einem schwindlig wird. Vom deutschen Schuldskult psychisch/ seelisch geschwächt und jahrzehntelang umerzogen, wird weiter darauf hin gearbeitet, unser Volk, unsere Kultur, unsere Sprache und unsere Traditionen langsam verschwinden zu lassen. Doch wir werden uns mit Händen und Füßen dagegen wehren. Die AfD ist die einzige Partei, die sich dieser Abschaffung der Deutschen auf ihrem eigenen Staatsgebiet mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen stemmt. Deutschland soll nicht zu Arabien werden.“<sup>1335</sup>*

Baum geht hier von einer grundsätzlichen Inkompatibilität von Musliminnen und Muslimen mit der einheimischen deutschen Bevölkerung aus. Denn hier wird nicht etwa in zulässiger Weise nur Kritik an konkreten Integrationsvorschlägen geübt, sondern Integration wird an sich als unmöglich ausgeschlossen. Es gebe nach dieser Aussage

<sup>1335</sup> Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 20.03.2023, abgerufen am 20.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

stattdessen zwei Gruppen, die ihre Gebietsansprüche gegeneinander verteidigen müssten. Sofern man die Anwesenheit von Musliminnen und Muslimen in Deutschland zulasse, akzeptiere man, von ihnen verdrängt zu werden. Diese Aussage zielt darauf ab, eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber dieser Personengruppe hervorzuheben und versucht gleichzeitig gar nicht erst, sachliche Lösungen für die Probleme der Integrationspolitik zu finden.

In einem Interviewbeitrag des Online-Magazins Stattzeitung vom August 2024 äußerte sich die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) in ähnlicher Weise über Menschen muslimischen Glaubens:

*„Es kann nicht sein, dass wir in Westdeutschland an den Schulen, bei den Kindern schon mehrheitlich muslimische Kinder haben, die deutsche Kinder – im Übrigen das kann man überall nachlesen, es ist ja keine Behauptung – drangsaliieren – junge Mädchen, die kein Kopftuch tragen. Diese Gesellschaft, die freiheitliche Gesellschaft erträgt diese repressiven Kulturen nicht und wir vertragen die Stammeskulturen nicht. Das ist überhaupt nicht vereinbar mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Und darum dürfen wir das nicht weiter zulassen, dass wir durch eine Massenmigration – das ist eine Massenmigration – überrannt werden und diese Leute innerhalb unserer Landesgrenzen haben, die uns jetzt eben auch im Übrigen dschihadistisch zeigen, wer hier eigentlich die Hosen an hat [...], in Geiselhaft nehmen“<sup>1336</sup>*

Im Oktober 2021 schrieb die Bundestagsabgeordnete Nicole Höchst (HE) in ihrer Kolumne „Höchst brisant“ anlässlich der Debatte um den Muezzin-Ruf:

*„Zur akustischen Landnahme des politischen Islams kommt aber leider noch etwas hinzu: Allahu Akbar ist zugleich nämlich auch der Schlachtruf selbsternannter Dschihadisten und ‚Sprenggläubiger‘- Für die Opfer unzähliger Terrorattentaten, Messerangriffe und sonstiger Anschläge auf europäischen Straßen war es das Letzte, was sie in ihrem Leben hörten. Ob die Angreifer anschließend für schuldig erklärt werden oder (wie zumeist) nicht, tut dabei tatsächlich wenig zur Sache: Allahu Akbar [...] ist mittlerweile untrennbar bedeutungsverwoben mit*

<sup>1336</sup> Weidel, Alice im Interview mit Stattzeitung; veröffentlicht in: [www.stattzeitung.org](http://www.stattzeitung.org) am 25.08.2024, abgerufen am 02.04.2025.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*den blutigen Horrorbildern, die wir alle hinlänglich kennen [...]. [...] Wir zivilisierten Bürger haben kein Interesse daran, unser multikulturelles Zusammenleben täglich auf der Straße mit Messern, Macheten oder anderem Tötungswerkzeug neu auszuhandeln“.<sup>1337</sup>*

Höchst beschreibt hier eine angebliche Bedrohung der Sicherheit und der Existenz der deutschen Gesellschaft, die von Musliminnen und Muslimen ausgehe. Sie tut dies in einer die Menschenwürde dieser abwertenden Weise, wenn sie ihnen ausschließlich negative Attribute wie etwa einen Hang zu Gewalt zuschreibt und letztlich die Worte „Sprengen“ und „strenggläubig“ zu „Sprenggläubigen“ verbindet.

Nicole Höchst teilte zudem im August 2023 auf Facebook einen Artikel der BILD-Zeitung mit der Schlagzeile „Nur eins von 103 Kindern spricht zu Hause deutsch“ und kommentierte:

*„Wer integriert sich da wo hinein? Welche Landessprache und Kultur herrschen da vor? Ist das die Zukunft Deutschlands, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen? Unterwerfung, Koran und Scharia inklusive?“<sup>1338</sup>*

Christina Baum (MdB, BW und zum damaligen Zeitpunkt Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand) schrieb am 25. April 2024 in ihrem Telegram-Kanal:

*„Das Ziel ist die Unterwerfung unter den Islam. Noch haben wir die Möglichkeit zur Umkehr. Jetzt muss unserer Toleranz ein Ende gesetzt werden, wenn wir in unserem eigenen Land wieder Herr über unsere Kultur, Tradition und Identität sein wollen!“<sup>1339</sup>*

Der baden-württembergische Co-Landesvorsitzende Emil Sänze (MdB BW) schrieb am 14. Oktober 2022 auf Facebook anlässlich der Erlaubnis des Muezzin-Rufes in Köln:

*„Köln gibt sich auf?! Religionsfreiheit oder Machtdemonstration des politischen Islam? [...] Der Muezzin rief: ‚Allah ist der Allergrößte (4mal). Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt (2mal). Ich bezeuge, dass Muhammad der Gesandte Allahs ist (2mal). Kommt her zum Gebet (2mal). Kommt her zum Heil*

<sup>1337</sup> Journalistenwatch: „Höchst brisant: Der Muezzinruf gehört nicht zu Deutschland!“, in: journalistenwatch.com vom 17.10.2021, abgerufen am 26.10.2021.

<sup>1338</sup> Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 29.08.2023, abgerufen am 06.12.2023.  
<sup>1339</sup> Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 25.04.2024, abgerufen am 25.04.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. c. aa. (1))

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

(2mal). Allah ist der Allergrößte (2mal). Es gibt keinen Gott außer Allah.' Toleranz hört sich ganz anders an. Die Europäer verhinderten vor Wien die Islamisierung Europas, jetzt werden wir ohne Gegenwehr über Einwanderung islamisiert.“<sup>1340</sup>

Miguel Klauß (MdL BW) warnte am 15. Oktober 2022 auf Facebook:

„Köln ist nur der Beginn. Der Islam wird keine Ruhe geben, bis er überall Einzug erhalten hat. Dann ist es aber zu spät.“<sup>1341</sup>

Miguel Klauß veröffentlichte am 4. November 2023 einen weiteren Beitrag auf Facebook, in dem er eine drohende „Islamisierung“ Deutschlands heraufbeschwor:

„Wer die Islamisierung in [Deutschland] aufhalten möchte, der muss AfD wählen. Mit den Altparteien haben wir hier in 10 Jahren ein Kalifat.“<sup>1342</sup>

Am selben Tag veröffentlichte Klauß darüber hinaus folgende Grafik ebenfalls auf Facebook:



1343

- <sup>1340</sup> Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 14.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.  
<sup>1341</sup> Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 17.10.2022.  
<sup>1342</sup> Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 04.11.2023, abgerufen am 17.11.2023.  
<sup>1343</sup> Klauß, Miguel: Facebook-Eintrag vom 04.11.2023, abgerufen am 17.11.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Auf der Grafik gießt eine Person, die sinnbildlich für Europa stehen soll, einen kleinen Baum, welcher augenscheinlich den „Islam“ bzw. die Musliminnen und Muslime in den europäischen Staaten kennzeichnet. An besagten Baum ist ein Seil gebunden, das in einen todesbringenden Strick mündet, der um den Hals des personifizierten „Europas“ gebunden ist. Letztlich drückt das Bild aus, Europa triebe durch vermeintliche Zugeständnisse und seine Offenheit gegenüber dem Islam sein eigenes Ende voran.

#### (3) Pauschale Verunglimpfung als Islamisten

Daneben werden Gewalttaten, die von Muslimen oder Islamisten verübt wurden, von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern instrumentalisiert, um die Herkunft und Religion der Tatverdächtigen als Ursache für diese Gewaltausübungen verantwortlich zu machen.

Als Reaktion auf einen Doppelmord in Ludwigshafen-Oggersheim (RP), der Medienberichten zufolge weder politisch noch religiös motiviert war<sup>1344</sup>, schrieb Björn Höcke am 20. Oktober 2022 auf Facebook:

*„Der alltägliche Verdrängungskrieg hat in Ludwigshafen-Oggersheim zwei weitere Opfer gefordert [...] Der Täter ist ein somalischer Asyl-Einwanderer [...]. Wahrscheinlich ist der Täter psychisch krank und leidet an jener unter Einwanderern weit verbreiteten Volkskrankheit, welche die Betroffenen ‚Allahu Akbar‘ schreien lässt und deren Wahrnehmung so verzerrt, daß sie in den ‚ungläubigen‘ Gastgebern lebensunwertes Leben sehen. Also nichts Besonderes.“<sup>1345</sup>*

Durch die Bezugnahme auf eine „weit verbreitete Volkskrankheit“ bringt Höcke zum Ausdruck, dass große Teile muslimischer Einwanderer Mörder und Terroristen seien.

Der Justizausschuss des Thüringer Landtags hob aufgrund dieser Äußerung im März 2023 die Immunität von Björn Höcke auf. Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen (TH) leitete Ermittlungen wegen Anhaltspunkten für volksverhetzende Inhalte ein. Laut Staatsanwaltschaft setze Höcke mit dem NS-Begriff des „lebensunwerten Lebens“ eine Einzeltat mit dem industriellen Massenmord des Nazi-Regimes gleich und stachle mit der Aussage zum Hass gegen in Deutschland lebende Einwanderer auf.<sup>1346</sup> Im

<sup>1344</sup> SWR: „Tödliche Messerattacke in Ludwigshafen: ‚Man verliert sofort das Bewusstsein‘“ vom 24.04.2023, in: [www.swr.de](http://www.swr.de), abgerufen am 08.08.2024.  
<sup>1345</sup> Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 20.10.2022, abgerufen am 15.03.2023.  
<sup>1346</sup> MDR: „Ermittlung: Immunität von Björn Höcke erneut aufgehoben“ vom 10.03.2023, in: [www.mdr.de](http://www.mdr.de), abgerufen am 14.03.2023.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Februar 2024 wurde medial bekannt, dass die Anklage zugelassen aber ein Termin für die Hauptverhandlung jedoch noch nicht festgelegt wurde.<sup>1347</sup>

Höcke suggeriert, dass es bei (muslimischen) Einwanderinnen und Einwanderern „weit verbreitet“ sei, nicht-islamische Personen als „*lebensunwert*“ anzusehen und deshalb Gewalttaten gegen sie zu verüben. Diese Annahme führt Höcke ausschließlich auf die von ihm vermutete muslimische Religionszugehörigkeit von Gewalttätern wie dem Täter von Ludwigshafen zurück und schließt deshalb pauschal auf die gesamte Personengruppe von Muslimen. Höcke beschreibt, dass solche tödlich endenden Gewaltverbrechen ein Symptom des „*alltäglichen Verdrängungskrieges*“ seien. Damit wird die Vorstellung geschürt, muslimische Einwanderer wollten einheimische Deutsche systematisch und durch Gewalttaten verdrängen.

Erhard Brucker, zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im bayerischen AfD-Landesvorstand und seit 2025 Bundestagsabgeordneter, schrieb am 9. September 2022 auf Facebook:

*„In Ansbach war es wieder Mal so weit... ein Messermoslem verbreitete im Auftrag der Religion des Friedens seinen Missionssauftrag. Die lokale Presse und Polizei überprüfen bereits ob das Motiv des Allahu Akbarschreiers irgendwas mit dem Islams zu tun haben könnte .... wahrscheinlich handelt es sich aber wie immer um einen psychisch kranken Einzeltäter ... dem so gut wie nichts passieren würde ( wenn ihm in diesem Fall die Polizei nicht seinen sehnlichsten Wunsch erfüllt hätte und er nun bei 72 Huris sitzt), während man Islamkritiker schon mal für 6 Monate einsperren kann ... irres Deutschland !“<sup>1348</sup>*

Der Islam wird in sarkastischer Weise als „*Religion des Friedens*“ bezeichnet und damit pauschal als unfriedlich dargestellt. Die Ausübung der Tat aufgrund einer psychischen Krankheit wird abgestritten; stattdessen wird die Religionszugehörigkeit als Ursache für das Gewaltverbrechen dargestellt. Dies wird noch durch den beleidigenden Begriff „*Messermoslem*“ unterstrichen. Das mögliche Motiv des Täters wird nicht mit einem islamistischen Hintergrund, sondern allgemein mit der Religionszugehörigkeit („*mit dem Islam*“) in Verbindung gebracht.

<sup>1347</sup> ZEIT: „Björn Höcke muss wegen Volksverhetzung vor Gericht“ vom 07.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.  
<sup>1348</sup> Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 09.09.2022, abgerufen am 02.11.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Erhard Brucker schrieb am 31. Oktober 2022 außerdem auf Facebook:

*„Islam ist bunt .... und sorgt nicht nur an Sylvester für einen Bombenstimmung*

*...“<sup>1349</sup>*

Dazu postete er folgende Grafik:



Nicolaus Fest<sup>1350</sup> (damaliger MdEP, BR) äußerte in einem Videostatement vom 25. November 2022:

*„Wenn man beispielsweise der Ansicht ist, dass die Muslime in Europa diskriminiert werden, macht man was? Genau! Man fragt Muslime, ob sie sich irgendwie diskriminiert fühlen, wenn sie keine Burkas in Schulen und keine Macheten und Sprengstoffgürtel im öffentlichen Raum tragen dürfen.“<sup>1351</sup>*

Das Vorgehen von Jihadisten bei der Tötung von Menschen wird in sarkastischer Weise von der AfD genutzt, um Muslime in Gänze als tödliche Gefahr darzustellen.

Eine solche pauschalisierende Gleichsetzung extremistischer Taten mit der Religion des Islam lässt sich auch bei Andreas Harlaß (Landesvorstandsmitglied der AfD Sachsen) beobachten. So forderte dieser am 13. August 2022 auf Twitter (heute: X), den Islam als terroristische Vereinigung einzustufen:

<sup>1349</sup> Brucker, Erhard: Facebook-Eintrag vom 31.10.2022, abgerufen am 02.11.2022.

<sup>1350</sup> Nicolaus Fest wurde im Mai 2024 aus der AfD ausgeschlossen. Als Begründung wurden nicht gezahlte Mandatsträgerabgaben sowie die Verunglimpfung des verstorbenen früheren EU-Parlamentspräsidenten David Sassoli angegeben.

<sup>1351</sup> Fest, Nicolaus: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 25.11.2022, Kanal: „Nicolaus Fest“, abgerufen am 28.11.2022.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„#Rushdie im Namen des Islam niedergestochen? Eine Religion, die so martialisches gegen Andersdenkende vorgeht, sollte als terroristische Vereinigung in der freien Welt eingestuft werden.“<sup>1352</sup>*

In einem Facebook-Eintrag vom 15. August 2024 stellte der nordrhein-westfälische AfD-Landesverband das Erstarken der Partei DAVA als Zeichen für die „Islamisierung Deutschlands“ dar und bezeichnete die Partei als „Islamisten-Partei“:

*„++ Islamisten-Partei DAVA beweist: Die Islamisierung Deutschlands geht voran!*

*++*

*In Deutschland etabliert sich gerade eine neue Partei. Der Name: DAVA. Das steht für ‚Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch‘. Was sich dahinter verbirgt: Eine Muslim-Partei, die der AKP des türkischen Präsidenten Erdogan nahesteht. [...] Die Vereinigung hofft, bei der kommenden Bundestagswahl aus dem Reservoir der rund 2,5 Millionen Muslime mit deutschem Pass schöpfen zu können. Ob das gelingt?*

*Aus Sicht der AfD macht die Auswertung zwei Dinge deutlich: Islamische Wählerstimmen nutzen vorwiegend den Altparteien - besonders der CDU (!) und der Mogelpackung BSW. Migrationspolitische Impulse in diese Richtung kann man also berechtigt als Eigeninteresse dieser Parteien bezeichnen.*

*Zweitens: Der islamische Machtanspruch tritt mit DAVA immer offener und ungehinderter zu Tage. Das Wort ‚Dava‘ bedeutet übrigens soviel wie ‚der richtige Weg‘ oder ‚unsere Sache‘. Im Arabischen wird damit auch die ‚Missionierung von Nicht-Muslimen‘ gemeint. Noch Fragen?“<sup>1353</sup>*

In seinem Redebeitrag auf der AfD-Kundgebung am 22. August 2021 in Eberswalde (BB) äußerte der Brandenburgische Landtagsabgeordnete Daniel Freiherr von Lützow:

*„Und wir alle selber wissen: Man hat Tschetschenen ins Land geholt. Jeder der zu Ostzeiten aufgewachsen ist, weiß, was Tschetschenien ist. Das sind Islamisten vom Feinsten. Das sind nicht Leute, die dem islamischen Glauben angehören, da muss man ja auch unterscheiden, sondern das sind Islamisten, die bereit*

<sup>1352</sup> Harlaß, Andreas: Tweet vom 13.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.

<sup>1353</sup> AfD NRW: Facebook-Eintrag vom 15.08.2024, abgerufen am 17.10.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*sind, für ihren Glauben in den Tod zu gehen. Genau das gleiche ist mit den Afghanen.“<sup>1354</sup>*

Die AfD Offenbach-Land (HE) veröffentlichte am 17. Oktober 2023 folgenden von einer Grafik mit den Worten „Ein Herz für Remigration“ begleiteten Facebook-Beitrag:

*„Ich möchte nicht in einer Welt leben, in der man jeden Tag Angst haben muss, von einem Islamisten abgeschlachtet zu werden. Der Islam gehört nicht nach Europa.*

*#Brüssel*

*Was auf den Straßen in Europa mittlerweile stattfindet, ist ein Glaubenskrieg und das, was heute in #Brüssel passiert ist, wird erst der Anfang sein, wenn wir es JETZT nicht beenden!“<sup>1355</sup>*

Martin Renner (MdB, NW) veröffentlichte am 4. Juni 2024 auf Facebook einen Beitrag, in welchem er eine friedliche Auslegung des Islam grundsätzlich in Frage stellt. Im Umkehrschluss unterstellt er damit jedem muslimischen Gläubigen, einen unfriedlichen, islamistischen Extremismus zu pflegen:

*„Friedlicher‘ Islam ist ein Märchen, so wie der bisher nur noch ‚nicht richtig‘ durchgeführte Sozialismus.“<sup>1356</sup>*

In diffamierender Weise werden Musliminnen und Muslime als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Personen dargestellt. Auf dieser Grundlage warnen AfD-Vertreterinnen und -Vertreter vor einer weiteren Migration muslimischer Personen nach Deutschland bzw. fordern deren Abschiebung. Die pauschale Darstellung islamischer Gläubiger bzw. Zugewanderter als potenziell lebensbedrohliche Gewalttäter ist dazu geeignet, Vorbehalte gegenüber dem Islam und der gesamten Menschengruppe der muslimischen Gläubigen zu fördern und stellt eine pauschale Verunglimpfung dar.

<sup>1354</sup> Lützw, Daniel Freiherr von: Redebeitrag auf der AfD-Kundgebung am 22.08.2021 in Eberswalde (BB); veröffentlicht in: [www.facebook.com](http://www.facebook.com) am 22.08.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 02.09.2021.

<sup>1355</sup> AfD Offenbach-Land: Facebook-Eintrag vom 17.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

<sup>1356</sup> Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.06.2024, abgerufen am 23.09.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

#### bb.Zwischenfazit

Die vorliegenden Äußerungen beinhalten islam- und muslimfeindliche Positionen. Dabei dominieren insbesondere Aussagen, die die Religion des Islam mit einem politischen System gleichsetzen und vor einer daraus folgenden vermeintlichen Islamisierung warnen.

Anknüpfungspunkt für muslim- und islamfeindliche Positionen der zitierten AfD-Vertreterinnen und AfD-Vertreter unterschiedlicher Funktionsebenen der Partei war oftmals die Debatte um die Erlaubnis des Muezzin-Rufs durch die Stadt Köln. So dient die Ausübung des Muezzin-Rufs der AfD als Sinnbild für angebliche Islamisierungsprozesse in der deutschen Gesellschaft und bedeute danach das Aufzwingen der islamischen Religion gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen. Der Muezzin-Ruf sei eine Machtdemonstration des Islam und verdeutliche muslimische Expansions- und Dominanzbestrebungen, die letztlich in einer Unterdrückung und Verdrängung der deutschen Bevölkerung münden würden. Außerdem wird der Muezzin-Ruf genutzt, um die Religion des Islam mit einem politischen Islamismus gleichzusetzen.

Durch Muslime ausgeübte Tötungsdelikte bieten für AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zudem Ausgangspunkte für eine wiederkehrende pauschale Übertragung krimineller Eigenschaften auf Musliminnen und Muslime bis hin zur Darstellung muslimischer Gläubiger als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Menschen. Insbesondere wenn es sich bei der Tatwaffe um Messer handelte, werden von AfD-Vertreterinnen und Vertretern oftmals Formulierungen genutzt, die auf eine pauschale Abwertung und Kriminalisierung der gesamten muslimischen Glaubensgemeinschaft ausgerichtet sind und damit die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen verletzen.

Oftmals werden die verschiedenen Facetten der Islam- und Muslimfeindlichkeit in den einzelnen Verlautbarungen kombiniert, sodass solche Äußerungen ein ganzheitliches Bedrohungsszenario konstruieren und ein stark pauschalisierendes Abwertungspotenzial gegenüber dem Islam und seinen Gläubigen entwickeln.

**VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH**  
**ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN**

**d. Antisemitische Aussagen und Positionen**

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob sich seit der Verdachtsfalleinstufung tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aus antisemitischen Aussagen und Positionen ergeben.

**aa. Begriffsbestimmung**

Zum komplexen und vielschichtigen Begriff des Antisemitismus existiert weder in der Wissenschaft noch im politischen Raum eine allgemein anerkannte Definition. Die Bundesregierung empfiehlt die Nutzung der nachfolgenden Definition.

*„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“<sup>1357</sup>*

Diese ist im Jahr 2005 von Mitgliedern des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE),<sup>1358</sup> der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), die bald darauf in der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aufging,<sup>1359</sup> sowie weiteren Antisemitismus-Expertinnen und -Experten erarbeitet worden. Die im Jahr 2016 von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA)<sup>1360</sup> angenommene, rechtlich nicht bindende Arbeitsdefinition wird von zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten genutzt. Die Bundesregierung nahm darüber hinaus in ihrer Empfehlung folgende Ergänzung auf, die über die Konsensfassung der IHRA hinausgeht:

<sup>1357</sup> IHRA: „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ ohne Datum, in: [www.holocaustremembrance.com](http://www.holocaustremembrance.com), abgerufen am 07.03.2024.

<sup>1358</sup> Das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) wurde eingerichtet, um demokratische Wahlen, Respekt für Menschenrechte, Toleranz und Nichtdiskriminierung sowie Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

<sup>1359</sup> Die Aufgabe des European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC) war es, Ausmaß und Entwicklung von Rassismus, „Fremden“-Feindlichkeit und Antisemitismus zu analysieren sowie bewährte Praktiken im Kampf gegen diese Phänomene zu untersuchen. Die Fundamental Rights Agency (FRA) hat den Schutz der Grundrechte in der EU zum Ziel.

<sup>1360</sup> Die IHRA ist eine 1998 gegründete zwischenstaatliche Organisation, in der Delegierte aus mittlerweile 34 Mitglieds-, 1 Partner- und 8 Beobachterstaaten zusammenkommen, um die Aufklärung, Erforschung und Erinnerung des Holocaust zu fördern.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“<sup>1361</sup>*

Wie diese Definition praktisch angewendet werden kann, zeigt ein Anfang 2021 im Auftrag der Europäischen Kommission erarbeitetes Handbuch, das Leitbeispiele vorstellt, diese auf reale antisemitische Vorfälle und Straftaten bezieht und dabei bewährte Vorgehensweisen bei der Anwendung der Definition benennt.<sup>1362</sup>

Der 2009 vom Deutschen Bundestag erstmals eingesetzte Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus (UEA)<sup>1363</sup> hat die IHRA-Definition, die in erster Linie für die politische, behördliche und polizeiliche Arbeit entwickelt wurde, durch eine abstraktere Perspektive ergänzt. Im Gegensatz zur IHRA, die das Merkmal der Religiosität als ausschlaggebend hervorhebt, sieht der Expertenkreis auch solche Gruppen und Institutionen als mögliches Ziel von Antisemitismus, die sich selbst als jüdisch, nicht aber als religiös verstehen. Beim Antisemitismus-Begriff handle es sich demzufolge um eine:

*„Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden wahrgenommenen Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen.“<sup>1364</sup>*

Zuletzt zeigte die am 26. März 2021 veröffentlichte Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) zahlreicher einschlägig engagierter Forscherinnen und Forscher, Intellektueller und anderer fachkundiger Persönlichkeiten, dass die wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung um den Antisemitismusbegriff unvermindert andauert. Die JDA nimmt für sich in Anspruch, mit ihrer Definition und insbesondere mit den diese erläuternden fünfzehn Leitlinien klarer, kohärenter und nuancierter als die IHRA-Arbeitsdefinition vorzugehen. Die JDA definiert Antisemitismus wie folgt:

<sup>1361</sup> Auswärtiges Amt: „Bundesregierung unterstützt internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ vom 22.09.2017, in: [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de), abgerufen am 06.03.2024.

<sup>1362</sup> Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus: „Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus“, Luxemburg 2021.

<sup>1363</sup> Der UEA hat 2012 einen ersten und 2017 einen zweiten Bericht Antisemitismus in Deutschland veröffentlicht. Der erste Kreis setzte sich zusammen aus Aycan Demirel, Olaf Farschid, Elke Gryglewski, Johannes Heil, Peter Longerich, Armin Pfahl-Traughber, Martin Salm, Julius H. Schoeps, Wahied Wahdat-Hagh und Juliane Wetzel. Der zweite Kreis wurde gebildet von Werner Bergmann, Marina Chernivsky, Aycan Demirel, Elke Gryglewski, Beate Küpper, Andreas Nachama, Armin Pfahl-Traughber, Patrick Siegele und Juliane Wetzel.

<sup>1364</sup> Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Berlin 2012, S. 10.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*„Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).“<sup>1365</sup>*

Abseits dieser Auseinandersetzungen um Begrifflichkeiten und Definitionen lässt sich im Grundsatz festhalten, dass es sich bei Antisemitismus um eine feindselige Positionierung gegenüber den als homogene Gruppe imaginierten Jüdinnen und Juden handelt:

*„Der einzelne Jude wird nicht als Individuum, sondern als Angehöriger eines konstruierten Kollektivs mit verbindender Agenda wahrgenommen.“<sup>1366</sup>*

Antisemitismus lässt sich demnach als Sammelbegriff für *„sämtliche Formen von Hass, Vorurteilen und Ressentiments gegen Juden“<sup>1367</sup>* verstehen, oder kurz: als *„Feindschaft gegen Juden als Juden“<sup>1368</sup>*.

Antisemitische Positionen machen somit den Wert eines Menschen von der Zugehörigkeit zu seiner (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Religion und/oder Herkunft abhängig, würdigen ihn zum bloßen Objekt von Beleidigungen und/oder einer politischen Agenda herab und richten sich damit gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG, die als Konkretisierung der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG zu verstehen sind.<sup>1369</sup> Antisemitische Ideologeme sind daher nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

#### **bb. Ideologische Erscheinungsformen**

Es lassen sich sechs typische Ausprägungen des Antisemitismus identifizieren.<sup>1370</sup> Da antisemitische Stereotype und Ressentiments zumeist nicht isoliert auftreten, sondern

<sup>1365</sup> Jerusalem Declaration: „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“, in: [jerusalemdeclaration.org](http://jerusalemdeclaration.org), 26.03.2021.

<sup>1366</sup> Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Berlin 2012, S. 10.

<sup>1367</sup> Bolsch, Gideon: „Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Ein historischer Überblick“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Nr. 28-30/2014 vom 07.07.2014, S. 10.

<sup>1368</sup> Bundesministerium des Innern (Hrsg.): „Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“, Berlin 2012, S. 10.

<sup>1369</sup> Vgl. BVerfGE 144, 20 Rn. 541.

<sup>1370</sup> Die Typologisierung folgt: Pfahl-Traughber, Armin: „Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/2007 vom 30.07.2007, S. 4 ff. Andere Forschende haben ähnliche Typologisierungen vorgeschlagen.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

vielmehr aufeinander Bezug nehmen und miteinander verschränkt sind, können antisemitische Äußerungen und Handlungen daher meist nicht nur einer der folgenden sechs Formen zugeordnet werden.

Die Anfänge des Antisemitismus in Europa liegen im christlichen Antijudaismus. Diese Form des religiösen Antisemitismus basiert auf der Absolutsetzung der eigenen Glaubensauffassung und der damit einhergehenden Ablehnung und Herabwürdigung des Judentums. Diese Form von Antisemitismus muss nicht zwingend christlich gerahmt sein, sondern ist auch im Islam anzutreffen.

Daneben entwickelte sich eine weitere Ideologieform, der soziale Antisemitismus, der zumeist ökonomisch begründet ist. Dieser geht auf soziale Konflikte zurück und manifestiert sich in der Vorstellung, dass jüdische Menschen einen besonderen Status innerhalb der Gesellschaft innehätten.

An dieses Bild schließt sich eng der politische Antisemitismus an. Die als mächtig imaginierte jüdische Minderheit verschwöre sich demnach gegen die Mehrheit, um diese zu schädigen und zu beherrschen. Beispielhaft hierfür steht das Bild von „den Juden“ als Draht- und Strippenziehern, die unter dieser Maßgabe Wirtschaftskrisen, Revolutionen oder gar Kriege anzettelten. Die Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, die letztlich auf die Weltherrschaft abzielt, ist eines der wirkmächtigsten antisemitischen Stereotype, wofür insbesondere die Anfang des 20. Jahrhunderts erstmals publizierte „Protokolle der Weisen von Zion“ stehen. Dass diese Schrift – ein vermeintlicher jüdischer Geheimplan – kurz darauf als perfide Fälschung entlarvt wurde, tat ihrer bis heute andauernden Wirkung keinen Abbruch.<sup>1371</sup>

Der rassistische Antisemitismus benutzt biologistische Argumentationsmuster und bezeichnet jüdische Menschen als Angehörige einer „minderwertigen Mischlingsrasse“. Entsprechend seien Jüdinnen und Juden an ihrem Äußeren zu erkennen. Mit dieser „niederen“ stünden alle „höheren“ und vermeintlich homogenen „Rassen“ in einem sozialdarwinistisch verstandenen Kampf um das Dasein, der lediglich Sieg oder Untergang kenne. Abweichend von anderen Formen des Antisemitismus gelte die Zugehörigkeit zum Judentum als unabänderlich. Sie könne weder durch Konversion, noch durch Verhaltensänderungen abgestreift werden.

<sup>1371</sup> Vgl. Sammons, Jeffrey (Hrsg.): „Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar“, Göttingen 1998; Ben-Itto, Hadassa: „Die Protokolle der Weisen von Zion. Anatomie einer Fälschung“, Berlin 1998.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Eine weitere Ideologieform bildet der sekundäre Antisemitismus, der auch als „Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz“ oder als „Erinnerungsabwehr-Antisemitismus“ bezeichnet wird. Die Erinnerung an die Verfolgung durch die Nationalsozialisten und den Holocaust wird als von Jüdinnen und Juden betriebene Diffamierung der deutschen Identität und als moralische Demütigung verstanden; als Mittel, um ungerechtfertigte Wiedergutmachungszahlungen zu erhalten oder die israelische Politik im Nahen Osten zu legitimieren. In einer extremen Variante wird der Holocaust nicht nur verharmlost, sondern sogar gänzlich geleugnet. Jüdinnen und Juden wird mithilfe einer Strategie der sogenannten Täter-Opfer-Umkehr vorgeworfen, sie steckten hinter dieser „Jahrhundert-Lüge“, von der sie auf Deutschlands Kosten profitierten.<sup>1372</sup>

Abschließend sei der israelbezogene Antisemitismus genannt, der teils auch als anti-zionistischer Antisemitismus bezeichnet wird. Gegenstand der Anfeindungen ist hierbei der Staat Israel, der delegitimiert und – als jüdisches Kollektiv verstanden – zugleich diffamiert wird. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass das Existenzrecht Israels verneint, auf das tradierte antisemitische Reservoir an Bildern, Symbolen und Chiffren zurückgegriffen oder die aktuelle israelische Politik mit derjenigen des NS-Staates auf eine Stufe gestellt wird. In aller Regel bezieht sich die Bezeichnung „Zionisten“ dabei auf „Juden“, die kollektiv mit den Handlungen Israels identifiziert und dafür verantwortlich gemacht werden.<sup>1373</sup>

### cc. Die AfD und das Thema Antisemitismus

Die sozialwissenschaftliche Einstellungsforschung verweist bereits seit Jahren aufgrund der erhobenen empirischen Daten wiederholt darauf, dass antisemitische Einstellungen im Elektorat der AfD eine erhöhte Ausprägung aufweisen. Auch in den Jahren der Verdachtsfallbearbeitung bestätigten verschiedene Studien diesen Befund weiterhin.<sup>1374</sup> Die Ergebnisse beziehen sich hierbei allerdings zumeist auf die Wähler-

<sup>1372</sup> Vgl. Zarusky, Jürgen: „Die Leugnung des Völkermords. ‚Revisionismus‘ als ideologische Strategie“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland“, Frankfurt am Main 2001, S. 63 ff.

<sup>1373</sup> Vgl. Salzborn, Samuel: „Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung“, in: Salzborn, Samuel (Hrsg.): „Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie“, Baden-Baden 2014, S. 103-115, hier S. 109.

<sup>1374</sup> Siehe hierzu beispielweise: Hirndorf, Dominik: „Antisemitische Einstellungen in Deutschland. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung“, Berlin 2023, S. 13; Zick, Andreas/Küpper, Beate/ Mokros, Nico (Hg.): „Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland“ 2022/23, Bonn 2023, S. 73

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

und nicht ausschließlich auf die Mitgliedschaft der AfD. Gleichwohl können die Ergebnisse als Indikator dafür dienen, dass entsprechende Einstellungen zumindest auch unter einem gewissen Anteil der Mitglieder der AfD vorhanden sein dürften.

Die AfD selbst verweist beim Thema Antisemitismus regelmäßig auf die innerparteiliche Gruppierung Juden in der AfD<sup>1375</sup>, deren Existenz als Beleg gegen antisemitische Einstellungen in der Partei gewertet werden könne. Wenn Antisemitismus durch die AfD öffentlich thematisiert wird, erfolgt dies zumeist verkürzend nur im Hinblick auf den „muslimischen Antisemitismus“.<sup>1376</sup> So wurde die Folge des Podcast „Frequenz: Freiheit“ vom 10. November 2023 folgendermaßen angekündigt:

*„Während Vertreter von Ampelregierung und Union nicht mehr als Solidaritätsbekundungen für Juden in Deutschland und für Israel hinbekommen, wird die Lage draußen immer brenzlicher: Zu Tausenden marschieren Islamisten in deutschen Städten auf und fordern unverblümt die Ausrufung eines Kalifats. Wir benennen als einzige Partei immer wieder die Ursache des wachsenden Antisemitismus: Die anhaltende Massmigration nach Deutschland.“<sup>1377</sup>*

Bereits in einem Bericht von AfD Kompakt vom 20. Oktober 2023 hieß es:

*„Doch wir lassen uns nicht für dumm verkaufen und sagen ungeachtet aller Statistik-Tricks, was Faeser und die Ampel nicht hören wollen: Antisemitismus ist in erster Linie ein importiertes Problem. Wir brauchen endlich aussagekräftige Statistiken, um das volle Ausmaß des Migrantenantisemitismus sichtbar zu machen. Vor allem aber brauchen wir Abschiebungen und ein Ende der Massmigration!“<sup>1378</sup>*

Der rechtsextremistisch begründete Antisemitismus wird hierbei von der AfD entweder komplett ausgelassen oder zumindest in seiner quantitativen Bedeutung marginali-

<sup>1375</sup> Vgl. Kapitel D. II. 3.

<sup>1376</sup> Vgl. beispielhaft Storch, Beatrix von: „Muslimischer Antisemitismus in Berlin wird weiter verharmlost“ vom 25.05.2022, in: [www.afd.de](http://www.afd.de), abgerufen am 05.03.2024.

<sup>1377</sup> AfD Kompakt: „Schluss mit dem Import von Gewalt und Antisemitismus! Frequenz: Freiheit – der Podcast der AfD Ausgabe 31/2023“ vom 10.11.2023, in: <https://afdkompakt.de>, abgerufen am 05.03.2024.

<sup>1378</sup> AfD Kompakt: „Faesers Statistik hat islamischen Antisemitismus verschleierte!“ vom 20.10.2023, in: <https://afdkompakt.de>, abgerufen am 05.03.2024.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

siert, wobei der Hinweis auf die entsprechenden antisemitischen Einstellungen in islamistischen und muslimischen Bevölkerungsgruppen für sich allein genommen keine Verfassungsschutzrelevanz aufweist.

#### dd. Antisemitisch konnotierte Codes und Chiffren

Seit 1945 tritt der verbal geäußerte Antisemitismus vorrangig in Andeutungen, Codes und Chiffren auf.<sup>1379</sup> Dies stellt eine Reaktion auf die gesellschaftliche Ächtung von unverstelttem Judenhasse wie in der NS-Zeit dar und eröffnet die Möglichkeit, sich trotz der Äußerung antisemitischer Inhalte zumindest teilweise vor strafrechtlicher Ahndung zu schützen.

Diese als Umwegkommunikation bezeichnete Vorgehensweise stellt Wissenschaftler, Juristen und Analysten regelmäßig vor die Aufgabe, darzulegen, dass eine bestimmte Äußerung als antisemitisch bewertet werden muss, selbst wenn sie aufgrund ihrer Codierung an der sprachlichen Oberfläche zunächst unverfänglich erscheinen mag.<sup>1380</sup>

Gerade im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen seit 2015 findet die Chiffre „George Soros“ gehäuft Anwendung. Der Verweis auf den ungarischstämmigen, jüdisch-amerikanischen Finanzinvestor und Geldgeber zahlreicher gemeinnütziger Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Stiftungen hat nur noch wenig mit der realen Person Soros und ihrem tatsächlichen Handeln zu tun und stellt darum in der Regel auch keine legitime Kritik an ihm als Individuum dar. Soros dient vielmehr vor allem als personifizierte Projektionsfläche. Entsprechend genügt bereits eine mehr oder weniger kontextlose Nennung des Namens „Soros“, um – ohne diese direkt aussprechen zu müssen – antisemitische Bilder vom omnipotenten Juden aufzurufen, der als Spekulant Nationen wirtschaftlich gegeneinander ausspielt, sie seinen Zielen entsprechend politisch beeinflusst, die vermeintliche kulturell-ethnische Integrität westlicher Gesellschaften durch die Förderung und Steuerung von Migration nach Europa unterminiert und daraus zusätzliche Macht und weiteren finanziellen Gewinn für sich und seinesgleichen zieht. Der Stellenwert der antisemitischen Chiffre „George Soros“ ist mittlerweile mit der Chiffre „Familie Rothschild“ vergleichbar, obgleich erstere noch nicht in vergleichbarem Maße als antisemitisch stigmatisiert ist.

<sup>1379</sup> Vgl. Butter, Michael: „Antisemitische Verschwörungstheorien in Geschichte und Gegenwart“ vom 26.11.2020, in: [www.bpb.de](http://www.bpb.de), ohne Abrufdatum.

<sup>1380</sup> Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1986): „Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Ausgabe 38, 2 (1986), S. 223 ff.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die beschriebenen Chiffren werden in den vergangenen Jahren zunehmend auch mit anderen Begriffen und Narrativen verbunden, so beispielsweise mit den verschwörungstheoretischen Erzählungen von einer „globalen Elite“ bzw. „einer von Globalisten gesteuerten Weltregierung“, dem „Great Reset“.

Die Bundestagsabgeordnete (BW/ST) Christina Baum (zum damaligen Zeitpunkt Mitglied im Bundesvorstand) beschrieb am 21. August 2022 ihr Volksverständnis folgendermaßen:

*„Mein Volk... Der Begriff des Volkes bezieht sich ganz eindeutig auf eine Abstammungsgemeinschaft – auf eine ethnisch gleiche Gruppe. In Deutschland wird jeder zum Rassisten erklärt, der sich für den Erhalt des eigenen deutschen Volkes als ethnische Einheit einsetzt. Denn das Ziel der weltweit agierenden finanzstarken, selbsternannten ‚Eliten‘ ist die Zerstörung dieser stabilen Strukturen innerhalb eines jeden Volkes, um die bindungs- und identitätslosen Menschen leichter manipulieren und lenken zu können. [...] Und wenn ich deshalb als Rassist beschimpft werde, weiß ich es richtig einzuordnen. Von den Vasallen der Deutschlandzerstörer so genannt zu werden, ist eher eine Auszeichnung.“<sup>1381</sup>*

Baum beschwört hier das Bild der Zerstörung Deutschlands herauf, die von weltweit agierenden, finanzstarken Eliten betrieben werde und die dadurch erreicht werden solle, dass ethnisch begründete Strukturen innerhalb des deutschen Volkes aufgelöst und somit eine manipulierbare Masse geschaffen würde. Als Agierende nennt Baum weltweit präsente, wohlhabende Eliten und behauptet als deren Motiv eigennützige Machtausübung, die durch Zerstörung und Entfremdung vonstattengehen solle. Hierbei handelt es sich um ein Narrativ, das klassischen antisemitischen Projektionen entspricht und das lediglich schwach codiert, dass es sich auf Juden bezieht. Auch die hierin zum Ausdruck kommende Gegenüberstellung der Juden als angeblich wurzellose Individuen, die quasi überall auf der Welt Interessen in ihrem Sinne steuern könnten, und der Rückbesinnung auf Heimat und Tradition als positives Bild stellt eine geläufige antisemitische Chiffre dar.<sup>1382</sup> Die Äußerung Baums ist dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen.

<sup>1381</sup> Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)

<sup>1382</sup> RIAS Bayern: „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen. Verschwörungsdanken und Antisemitismus im Kontext von Corona“, 3. Auflage 2023, S. 34.

## VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

### ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Baum verbreitete zudem als Reaktion auf einen Artikel der ZEIT mit dem Titel „Migranten. Sie werden die Mächtigen sein“ bei Telegram die Verschwörungserzählung des Großen Austauschs:

*„Das Ziel der Globalisten war und ist klar: der geplante Bevölkerungsaustausch soll so lange geleugnet und Mahner als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt werden, bis er irreversibel ist. Deshalb soll so lange abgelenkt, gelogen und getäuscht werden, bis man vor vollendeten Tatsachen steht.“<sup>1383</sup>*

Die Theorie vom Großen Austausch, in der insbesondere ein ethnisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff zutage tritt<sup>1384</sup>, erfährt hier auch explizit eine antisemitische Konnotation dadurch, dass der befürchtete Austausch als von den „Globalisten“ gesteuert dargestellt wird.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 12. April 2023 seine Rede zum Reichsgründungskommers. Darin sagte er aus:

*„Das Weitergeben der Flamme, wie Sie es in der Burschenschaft pflegen, ist die Antithese zur globalistischen Agenda, zum ‚Great Reset‘, zum großen Austausch. Wenn wir unsere Heimat nachhaltig schützen wollen, dann müssen wir sie von der Wurzel her bewahren. Die Deutsche Burschenschaft und der heutige Reichsgründungskommers leisten dazu einen wichtigen Beitrag.“<sup>1385 1386</sup>*

Helferich greift hier die im Kontext von Verschwörungserzählungen bekannte Figur des „Great Reset“ auf. Der Begriff geht ursprünglich auf eine Initiative von Klaus Schwab (Direktor des World Economic Forum und oftmals selbst als antisemitische Projektionsfläche missbraucht) zurück, die Weltwirtschaft nach der COVID-19-Pandemie neu zu gestalten und dabei einen Schwerpunkt auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu legen. Antisemitische Konnotation erfährt die Figur des „Great Reset“ durch die Be-

<sup>1383</sup> Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 03.06.2023, abgerufen am 11.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

<sup>1384</sup> Vgl. hierzu ausführlich Kapitel E. I. 1. a. bb. (2).

<sup>1385</sup> Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 12.04.2023, abgerufen am 13.04.2023.

<sup>1386</sup> Helferich, Matthias: „Revolution von oben“ in: [www.matthiasheflicher.de](http://www.matthiasheflicher.de) vom 12.04.2023, abgerufen am 13.04.2023.